

akl

ANTIKAPITALISTISCHE LINKE

**aufmüßig
konsequent
links**

EUROPÄISCHE UNION = BOLLWERK DES KAPITALISMUS



MILITARISIERUNG DER EU?

von Özlem Alev Demirel
S. 9-12

**ÖKOLOGISCHE
KLASSENPOLITIK**
von Carola Rackete
S. 13 - 14

RECHTSPOPULISMUS

von Sascha Stanicic
S. 33-36

Editorial

Bundessprecher:innenrat der Antikapitalistischen Linken in der LINKEN S. 2

Geopolitik der EU

Klaus Dräger..... S. 4

Militarisierung der EU

Özlem Alev Demirel S. 9

Ökologische Klassenpolitik

Carola Rackete S. 12

EU-Grenzregime

Inge Höger..... S. 15

Flucht und Migration

Lea Reisner S. 19

Sozial- und Beschäftigungspolitik

Jürgen Aust..... S. 23

Sozialpolitische Herausforderungen

Gerhard Trabert. S. 26

Die EU und die Frauen

Ingrid Jost. S. 29

Rechtspopulismus

Sascha Stanicic S. 33

Kritik am EU-Wahlprogramm

Thies Gleiss S. 37

Resolution der AKL zum Ukrainekrieg

..... S. 41

**Liebe Leserinnen, liebe Leser
Liebe Genossinnen, liebe Genossen**

Die ratlosen Artistinnen und Artisten in der Berliner Zirkuskuppel der Partei DIE LINKE haben in diesen Tagen wieder Stil bewiesen: Sie präsentieren unverdrossen ein in den letzten Monaten mühevoll ausgearbeitetes neues „corporate design“. Das Logo muss bis zum letzten Atemzug stimmen. Am Parteitag im November soll die neue Gemeinsamkeit im Äußeren endgültig an den Start gehen.

Wir wissen nicht, was dieser Spaß wieder gekostet hat, aber eines ist in diesem Herbst 2023 offenkundig: Die LINKE leidet zu allerletzt an ihrem Logo und dem Design ihrer Flugblätter, Broschüren und Websites.

der AfD eindeutig verorten kann, und selbst dann, wenn in der konkreten Tagespolitik kaum noch Unterschiede zwischen diesen Clubs zu erkennen sind, alle Parteien identifizierbar sind, ist dort, wo DIE LINKE sein sollte, ein Gestrüpp zerstrittener, unglaubwürdiger, nur auf persönliche Ränkespiele bedachter Cliques und Eitelkeiten.

Das Ganze wird von zwei operettenhaften Aufführungen umrahmt: Einen erbitterten Machtkampf der Parlamentsfraktion und der sie ausmachenden 39 IG-AGs in den Abgeordnetenbüros gegen die Parteiführung und ihren Apparat im Karl-Liebknecht-Haus. Und dazu eine



**ZUM UMGANG
MIT DER MARKE
DIE LINKE**

Das aktuelle Leiden der LINKEN an sich selbst und an den ihr gestellten gesellschaftlichen Aufgaben geht tiefer, geht an die Substanz und verdient zweifellos den Namen „Existenzkrise“.

Es gibt keine gemeinsame Identität als linke Partei mehr. Während das politische Deutschland die Christenunion, die Liberalen, die Sozialdemokratie, die Grünen und die Nationalpatrioten

groteske Personalityshow der Abgeordneten Sahra Wagenknecht, die seit Monaten ihren Bruch mit der LINKEN öffentlich erleidet und genauso lang die Medien und eine mit gesundem Menschenverstand kaum noch zu erklärenden Fangemeinde mit Spekulationen über eine „bald kommende“ Neugründung „einer Partei“ beglückt.

Diese Selbstzerlegung der LINKEN wird durch die Debatte über die Weltlage angesichts des russischen Invasionskrieges in der Ukraine auf dem Altar wirklicher historischer Probleme und Fragestellungen ausgetragen.

Bundessprecher:innenrat der Antikapitalistischen Linken in der LINKEN



Das Krisengemenge in der gegenwärtigen Lage der weltweiten kapitalistischen Produktionsverhältnisse ruft dabei eher nach einer schlagkräftigen, handlungsfähigen LINKEN. Der Kampf um die Neuaufteilung der Welt unter den alten und neuen imperialistischen Mächten hat die Gefahr eines kontinentalen Krieges so groß werden lassen wie seit Jahrzehnten nicht.

Die sich beschleunigende Klimakatastrophe wird durch die kapitalistischen Regierungen und durch das Vertrauen auf die Kräfte des Marktes nicht gestoppt oder gar zurückgedreht werden.

Die Jahrhundertziele der Vereinten Nationen bezüglich der Ausrottung von Hunger und Armut, der Sicherstellung gleicher Lebenschancen überall auf dem Globus, der umfassenden Bildung und Gesundheitsversorgung für alle Menschen, sind so weit weg, wie noch nie.

Eine Alternative zu dieser mörderischen kapitalistischen Realität, ein neuer Aufbruch einer auf solidarische Konflikt- und Problemlösungen aufbauende sozialistische Partei ist so nötig wie nie zuvor.

Die LINKE will sich neu definieren und insbesondere zu den Europawahlen 2024 mit einer attraktiven, charismatischen Wahl- und Politikalternative antreten. Wir von der AKL sind bereit, diesen Neustart mit aller Kraft mitzumachen.

Wir müssen aber leider feststellen, dass das, was bisher zur Vorbereitung

des Europawahlkampfes an programmatischen und strategischen Vorschlägen vom Parteivorstand gekommen ist, nicht überzeugt.

Selbst eine glaubwürdige Bilanz der EU, so wie sie wirklich ist, ist nicht Diskussionsthema in der LINKEN.

Wir bieten mit dieser neuen Ausgabe unseres Magazins „aufmüpfig“ deshalb ein Diskussionsangebot zu den Fragen, die im Vorfeld der Europawahlen debattiert werden müssten. Dazu findet ihr verschiedene thematische Einzelartikel, unter anderen von mehreren Kandidat:innen zur EU-Wahl.

Diese Kritik an der Europäischen Union wird ergänzt durch eine kritische Betrachtung des Leitantes des Parteivorstandes für ein Wahlprogramm zur Europawahl, über den am 18./19.

November 2023 auf einem Parteitag entschieden werden soll.

Wir wünschen uns Kritik, gerne auch Lob, und ergänzende Diskussionsbeiträge. Die AKL ist von der Notwendigkeit einer starken und erfolgreich zu Parlamentswahlen antretenden linken Partei nach wie vor überzeugt. Wir werden diese LINKE nicht kampflos aufgeben, sondern an einem wirklichen Neustart arbeiten.

Euer Bundessprecher:innenrat der Antikapitalistischen Linken in der LINKEN

September 2023



EU – GEOPOLITIK – IN WESSEN INTERESSE?

Zu ihrem Amtsantritt als Präsidentin der EU-Kommission 2019 erklärte Ursula von der Leyen, sie wolle eine ‚geopolitische Kommission‘ schaffen: „Vor uns liegen enorme Aufgaben: Brexit, Klimawandel, 5G-Ausbau, der wachsende Protektionismus und die Reform des europäischen Asylsystems – um nur einige zu nennen. Um diese Umbrüche zu schaffen, muss Europa geeint auftreten und sich global stärker behaupten¹.“ Ihr Ziel sei, eine ‚strategische Souveränität‘ der EU auf Augenhöhe mit den USA, China und Russland zu erreichen.

von Klaus Dräger



Klaus Dräger, ehemals Fraktionsmitarbeiter der Linksfraktion im EP (GUE/NGL) für Beschäftigung & Soziales, jetzt im Ruhestand. Dieser Beitrag basiert auf einem früheren Artikel, der in der Zeitschrift Z (Nr. 134) erschienen ist.

Als Mitglied des Beirats der Zeitschrift Marxistische Erneuerung (Z) etwas Werbung in eigener Sache: zu den hier angesprochenen Themen empfehle ich insbesondere Z 134 (Wessen Weltordnung? Globale Kräfteverschiebungen) und Z 135 (Rüstungspolitik und MIK: EU und USA) mit m.E. sehr lesenswerten Beiträgen.

Nicht erst seit dem Ukraine-Krieg im Februar 2022 überboten sich die EU-Granden mit Reden und Stichworten zum Thema Geopolitik: geopolitische EU, es wurden auch ‚geopolitische Subventionen‘ angekündigt. Auch zur ‚Industriepolitik‘ – was früher eine Sache der Nationalstaaten der EU war (und auch immer noch ist).

In Ihrer letzten Rede als Kommissionspräsidentin zur Lage der Europäischen Union (State of the Union Adress) am 13. September 2023 vor dem EP in Straßburg sprach Ursula von der Leyen wieder blumig die gleichen Themen an wie 2019 bei ihrem Amtsantritt. Sie kündigte an, dass der ehemalige EZB-Chef Mario Draghi damit beauftragt wurde, einen Bericht zur ‚Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der EU‘ zu liefern. Das verheißt für die lohnabhängige Bevölkerung wohl nichts Gutes, und insgesamt auch nicht.

Die Gretchenfrage wegen Geopolitik: Ist die EU in der Lage, zu einer Weltmacht auf dem Niveau von USA und China aufzusteigen? Oder ist das bloßes Wunschenkenken ihres Führungspersonals? Zu diesen und anderen Fragen versuche ich nachfolgend einen groben Überblick zu geben.

EU-Global Gateway – Alternative zu Chinas Projekt einer ‚Neuen Seidenstraße‘?

Die 2021 gestartete EU Global Gateway Initiative (Europas ‚Tor zur Welt‘) soll Chinas Neuer Seidenstraße Konkurrenz machen. Es geht der EU (unterstützt auch durch die G7-Staaten) darum, Chinas (und auch Russlands) wachsenden Einfluss bei aufsteigenden Schwellenländern und anderen des Globalen Südens streitig zu machen. Zwischen 2021 und 2027 sollen rund 300 Milliarden Euro in den Bereichen Digitales, Energie und Verkehr, Gesundheits-, Bildungs- und Forschungssystemen dafür bereit gestellt werden. Geplant sind unter anderem Investitionen in neue Bahnlinien und Straßen, eine neue Unterwasserkabelverbindung zum Datentransport zwischen der EU und Lateinamerika und der Einsatz von grünem Wasserstoff. Allerdings: die angekündigten 300 Mrd. Euro dafür wurden im Wesentlichen aus bereits bestehenden EU-Fonds für Entwicklungshilfe, Nachbarschaftspolitik etc. umgeschichtet – und so ‚gebündelt‘ als bahnbrechende neue Initiative der EU verkauft. Wie so oft bei der EU-Propaganda – kaum ‚frisches Geld‘ dafür. Chinas seit langem verfolgtes Projekt für die ‚Neue Seidenstraße‘ beläuft sich hingegen inzwischen auf rund 2500 Mrd. Dollar in Projekte auf der ganzen Welt. Die EU-Initiative (und auch die unterstützenden G7-Partner des globalen Westens) können da nicht mithalten. Erst recht nicht, seit diverse Staaten des ‚Globalen Südens‘ sich hinter dem

¹ Zitat nach ‚Auswärtiges Amt‘ – Startschuss für eine geopolitische EU-Kommission, 3.12.2019; <https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/europa/aussenpolitik-europa-eu-kommission-/2284150>



Projekt ‚BRICS+‘ versammeln. Und dieses nimmt Fahrt auf.

Zum EU Global Gateway Projekt kommentierten die Stuttgarter Nachrichten (StN vom 26.01.2023) sehr früh sarkastisch: „Auch in der EU-Kommission selbst scheinen die Verantwortlichen mit dem Verlauf eher unzufrieden zu sein. Vor einigen Monaten wurde deshalb in Brüssel ein Treffen mit mehreren Hundert Teilnehmern organisiert. (...) Sichtbares Ergebnis war eine Hochglanzbroschüre, in der im November mehrere Initiativen vorgestellt wurden. So etwa Produktionsanlagen für grünen Wasserstoff in Namibia und Kasachstan oder ein schwimmendes Solarkraftwerk in Albanien. Das Problem: alle Projekte existieren bisher nur auf dem Papier.“

EU – China: weitere wirtschaftliche Zusammenarbeit oder Bruch?

Noch in 2020 wollte die EU auf Druck von Angela Merkel ein Handels- und Investitionsabkommen mit China (Comprehensive Agreement on Investment, CAI) abschließen – das wegen der Corona-Pandemie nicht zu Ende verhandelt werden konnte. Bekannt ist, dass insbesondere das deutsche Kapital in China stark investiert ist und Deutschland der größte Exporteur von Waren (insbesondere Investitionsgüter wie Maschinenbau usw.) nach China ist. Umgekehrt ist die EU für China der größte Handelspartner und Exportmarkt.

Die US-Regierungen (Obama, Trump) ergriffen hingegen schon früh Maßnahmen, um die US-Ökonomie von China zu entkoppeln (de-coupling). Ihnen ging es stets darum, den wirtschaftlichen

Aufstieg Chinas mit ökonomischen und militärischen Strategien zu verhindern. Biden fordert seit einiger Zeit ‚präventive Wirtschaftssanktionen‘ des globalen Westens gegen China. Um verschärfte US-Sanktionen gegen China zu umgehen, überlegen deutsche Unternehmen, ihre Niederlassungen in China in lokale („chinesische“) Unternehmen umzuwandeln. Brüssel und Berlin wollen vorsorglich die wirtschaftliche Verflechtung mit China verringern, um für eine weitere Eskalation des USA-China-Konflikts gewappnet zu sein.

EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen verschärfte ihre Anti-China-Rhetorik und suchte dabei weitgehend den Schulterchluss mit Biden. Zwar solle die EU sich wirtschaftlich nicht vollständig von China abkoppeln, aber in Bezug auf ‚strategische‘ Güter und Dienstleistungen einseitige Abhängigkeiten vom Reich der Mitte drastisch abbauen (de-risking). Frankreichs Präsident Macron hingegen plädierte für eine eigenständige auf Ausgleich bedachte China-Politik der EU – unabhängig von den USA. Bei seinem Staatsbesuch in China (gemeinsam mit von der Leyen) vor Ostern 2023 wurden rund 50 Wirtschaftsprojekte französischer Firmen mit China abgeschlossen. Danach hagelte es scharfe Kritik von Bundestagsabgeordneten der CDU/CSU und der SPD an diesem Kurs von Macron. Das so oft beschworene deutsch-französische Tandem ist schon länger beschädigt. Die Widersprüche innerhalb der EU zur China-Politik liegen nun offen zu Tage.

Wettlauf um Ressourcen und neue Märkte

Bundeskanzler Olaf Scholz drängt seit einiger Zeit die Regierungen latein-

amerikanischer Staaten, endlich das seit rund 20 Jahren verhandelte EU-Mercosur-Abkommen abzuschließen. Mit dem Mercosur-Abkommen würden europäische Konzerne innerhalb von 10 Jahren Zugang zu einem Markt mit 265 Millionen Menschen erhalten, in dem 90 Prozent der Zollschränken schrittweise abgebaut würden. Es wäre die größte Freihandelszone der Welt. Aus Sicht deutscher Unternehmen könne dies helfen, die durch die gemeinsame westliche Sanktionspolitik gegenüber Russland dort rückläufigen Geschäftsmöglichkeiten mehr als auszugleichen.

Die deutschen und europäischen Grünen stehen dabei vor einem Problem. Früher hatten sie stets das Mercosur-Abkommen abgelehnt – weil es keine Sicherungen gegen die Abholzung des Regenwalds, den Anbau von Gen-Soja, den Export von billigem Rindfleisch, den Rückbau der Extraktionsökonomie (Gold und andere Rohstoffe) vorsieht.

Die deutschen Grünen setzen deshalb auf Verhandlungen über ein klimaschützendes Zusatzabkommen mit Brasiliens Präsident Lula da Silva. Um dies auszuloten wurden Agrarminister Cem Özdemir und Wirtschaftsminister Robert Habeck auf Mission nach Lateinamerika geschickt. Die Bundesregierung versprach Hilfen für den Erhalt des Regenwalds und auch für den Kohleausstieg in Kolumbien. Im brasilianischen Amazonas begrüßte Habeck eine Versammlung indigener Gemeinschaften: „Ich bin Robert, das ist Cem, und wir sind Minister in der deutschen Regierung – das ist so etwas wie euer Häuptling (chief), aber in einem anderen Land“. Zur von den Grünen zuhause gepflegten ‚wokeness‘ passt Habecks Ansprache an die Indigenen wohl nicht. Eher: grün verbrämter Neo-Kolonialismus.

Mit der Zuspitzung des Ukraine-Kriegs, der westlichen Sanktionspolitik und deren globalen

Folgen versucht insbesondere die deutsche Ampel-Regierung, Handels- und Wirtschaftsbeziehungen mit anderen Ländern auf der Welt zu diversifizieren. Einseitige Abhängigkeiten seien zu vermeiden. Es geht ihr dabei stets um den Zugriff auf Rohstoffe (z.B. seltene Erden, Lithium für Elektroauto-Batterien usw.), die Versorgung mit ‚grünen Wasserstoff‘ und vieles mehr. Dazu wird z.B. mit Ländern wie Brasilien, Kolumbien, Chile, Argentinien in Lateinamerika, aber auch z.B. mit Marokko intensiv verhandelt. Sie möchte auch mit Indien, Indonesien und südostasiatischen Län-

dern (z.B. Vietnam, Indonesien, Philippinen usw.) stärker ins Geschäft kommen, um dort als Gegengewicht zu China einen Fuß in die Tür zu bekommen. Dabei geht es im Wesentlichen um bilaterale Verhandlungen. Von deutschen Konsortien geführte Projekte werden angeboten und gepuscht - in Konkurrenz mit jenen aus anderen EU-Staaten (z.B. Frankreich, Spanien, Italien). Dieses Muster ist aus der deutschen Einkaufstour seit dem Ukraine-Krieg bekannt, um russisches Gas durch welches aus anderen Quellen (USA, Katar, Norwegen) zu ersetzen. Es geht stets darum, dass ‚Deutschland‘ sich den Löwenanteil an Ressourcen, Energie und Geschäftsmöglichkeiten sichert. Bislang gibt es für diese Strategie keine durchschlagenden Erfolge – weder für die EU, noch für Deutschland. Der bekannte neoliberale Standortwettbewerb zwischen nationalstaatlichen Regierungen im Interesse des jeweiligen heimischen Kapitals – er prägt auch weiterhin die EU. Eben: Jeder gegen Jeden’.

‚Geopolitische Subventionen‘ der EU gegen Bidens IRA?

Die EU macht sich große Sorgen wegen des ‚Inflation Reduction Act‘ (IRA) der USA. Dies ist ein Investitionsprogramm mit einem Volumen von 374

Mrd. US Dollar, die in die Förderung von Elektromobilität, Klimaschutz und ‚Zukunftsbereichen‘ fließen sollen. Die in dem Gesetz gewährten Subventionen und Gutschriften sind an inländische Lieferklauseln gebunden – Produkte und Dienstleistungen ‚made in USA‘. Die EU befürchtet, dass europäische Unternehmen wegen dieser IRA-Subventionen ihr Geschäft in die USA verlagern. Es drohe ein Exodus der ‚grünen‘ Technologiebranchen, der Hersteller von Elektroautos, sogar eine De-Industrialisierung Europas. Dies würde die Pläne für einen ‚EU Green Deal‘ massiv beschädigen.

Es gab mehrere Verhandlungsrunden (Macron, Scholz, von der Leyen) dazu mit Biden, und eine Annäherung der Standpunkte. Beim IRA wurde aber der größte Streitpunkt ausgeklammert – die Gleichstellung der EU mit anderen Handelspartnern. Somit dürften US-Subventionen weiter nur an jene Unternehmen gehen, die sich in den USA ansiedeln.

Am 1. Februar 2023 legte die EU-Kommission mit ihrem „Green Deal Industrieplan“ eine ‚europäische Antwort‘ auf den IRA vor. Unter anderem schlägt sie ‚geopolitische Subventionen‘ vor. Mit diesen sollen entsprechende Unternehmen dazu überredet werden, weiter innerhalb der EU zu investieren und dort zu bleiben. ‚Industriepolitik‘ war

zuvor eine Ägide der EU-Nationalstaaten (und wird es im Wesentlichen auch weiter bleiben). Die EU als solche hat hier eigentlich keine Kompetenzen.

Ansonsten: für diese ‚geopolitischen Subventionen‘ gibt es zunächst kein frisches Geld von der EU. Dafür wurden die ‚Beihilfe-Regelungen‘ der EU abgeschwächt – bis 2024, dann soll es wie gewohnt mit den üblichen ‚Binnenmarkt-Regeln‘ weiter gehen und der EU-Stabilitätspakt und Fiskalpakt (‚Schuldenbremse‘, Defizitregeln, Austeritätskurs) wieder angewendet werden. Das ‚timing‘ dazu ist weiterhin umstritten – die generelle Richtung zu neuer Austeritätspolitik aber nicht.

Bis Anfang 2024 dürften die Mitgliedstaaten weiterhin hohe Beträge an Beihilfen ausgeben, wenn Unternehmen ansonsten außerhalb der EU investieren würden. Sie dürften unter Auflagen den gleichen Betrag bereitstellen, den das Unternehmen außerhalb der EU an Staatshilfe bekäme. Frankreich und Deutschland könnten sich diese Subventionen leisten – kleinere EU-Länder aber nicht. Diskutiert wird auch, einen neuen und möglicherweise kreditfinanzierten „Souveränitätsfonds“ zu schaffen, um Finanzmittel für den Green Deal Industrieplan zu mobilisieren. Diese Vorschläge der Kommission sind in der EU umstritten.

Eine sehr kritische und ausführliche



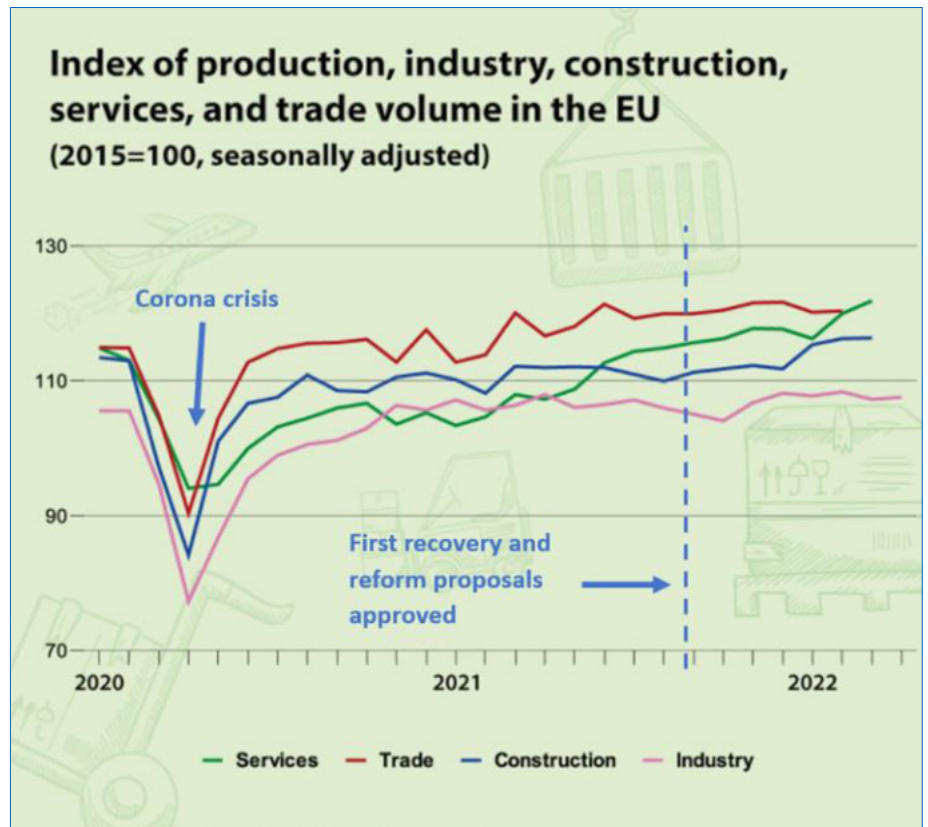
Analyse des ‚EU Green Deal Industrial Plans‘ (GDIP) gibt es auf der deutschen Website von Jacobin. Das Fazit von Alexandra Gerasimcikova

„Das wohl wahrscheinlichste Ergebnis des GDIP ist ein monopolisierter Markt für erneuerbare Energien und ein beschleunigter oligopolistischer Wettlauf im Bereich der sauberen Technologien. Der Plan konzentriert sich auf Produkte wie Batterien, Solarenergie, Windkraftanlagen, Biokraftstoffe und Wasserstoff- oder Kohlenstoffabscheidungs- und Speicherungstechnologien, die ineffizient, kostspielig und im großen Maßstab unrealistisch sind, darüber hinaus schädliche soziale und ökologische Auswirkungen haben, sich aber gut für die Steigerung der Profite großer Unternehmen eignen. Und es sind die größten Unternehmen des Energiesektors, einschließlich der Produzenten fossiler Brennstoffe – die fünf größten haben im Jahr 2022 Rekordgewinne von 195 Milliarden US-Dollar erzielt –, die von den Regierungen weiterhin staatliche Beihilfen für den Ausbau des Wasserstoffmarktes und der Kohlenstoffabscheidung fordern werden, während sie ihre ohnehin schon dürftigen Zusagen für erneuerbare Energien langsam aufweichen.“

Der DGB hingegen unterstützt sowohl Bidens IRA als auch die Initiative der EU-Kommission. Er warnt vor einem Subventionswettbewerb zwischen den großen Wirtschaftsblöcken und einem gegenseitigen Abwerben von internationalen mobilen Konzernen und Investoren. Bei der nötigen Transformation zur Klimaneutralität seien internationale Vereinbarungen zwischen großen Wirtschaftsräumen (USA, EU, China usw.) nötig, um ein solches Szenario zu verhindern. Ein solches kooperatives Vorgehen wäre wünschenswert – aber ist es auch realistisch angesichts des normalen ‚kapitalistischen Wettbewerbs‘ auf dem Weltmarkt und erst recht wegen der verschärften geopolitischen Rivalität und Konfrontation? Vielleicht kommt ja die Zeit, wo das Wünschen wieder hilft (Die Toten Hosen) – aber so schnell wohl nicht.

EU-Coronafonds – viel Moos, aber nix los ...

Der von den Medien so bezeichnete EU-Corona-Fonds wurde in 2021 letztlich auch vom EU-Parlament bewilligt und trat danach in Kraft. Erinnern wir uns an den Hype: die EU-Kommission nahm Schulden auf (700 Mrd. Euro),



um den Mitgliedstaaten zu helfen, dem Wirtschaftseinbruch wegen der Corona-Krise & Lockdowns entgegen zu wirken.

Diese Maßnahme war unter den Mitgliedstaaten zuvor sehr umstritten – es brauchte einige Zeit, sich dazu auf einen Kompromiss zu einigen.

Kernstück des Pakets ist der EU-Wiederaufbaufonds (*Recovery and Resilience Facility, RRF*). Bis 2024 soll er 312,5 Milliarden Euro an Zuschüssen bereitstellen, die andere Hälfte des Fonds sollen als Kredite vergeben werden. Hinzu kommen damit verbundene normale EU-Programme. Das Paket insgesamt wurde als ‚Next Generation EU‘ bezeichnet. Ziel: Green Deal, Digitalisierung, Modernisierung usw. unterstützen.

Die Mitgliedstaaten sollen dazu jährlich nationale Wiederaufbaupläne vorlegen, die von der Kommission geprüft und vom Rat mit qualifizierter Mehrheit gebilligt werden. Die Länder sollen Zahlungen daraus erhalten, sofern sie Fortschritte gemäß der EU-Ziele (meist neoliberale ‚Strukturreformen‘) glaubhaft belegen können. Auch hier gelten die überwiegend neoliberal orientierten Bedingungen (Konditionalität) gemäß dem ‚Europäischen Semester‘.

Im Juli 2021 wurden von der Kommission die ersten Genehmigungen für 12 Mitgliedstaaten erteilt, und die Auszahlung der ersten Tranchen der Gelder vom ‚Corona-Fonds‘ konnte beginnen. Allerdings: eine Zwischenbilanz zeigt sehr deutlich, dass ‚Next Generation

EU‘-Gelder sehr unterschiedlich in Anspruch genommen wurden. Bis Juli 2023 sind nur 153 von rund 700 Milliarden Euro an die Mitgliedstaaten geflossen. Es sind die reicheren EU-Staaten (Deutschland, Frankreich, Niederlande, Schweden etc.), die die ihnen eigentlich zustehenden Zuschüsse/Kredite aus dem Fonds nicht in Anspruch nehmen. Weil die wirtschaftlich (noch) potenten EU-Staaten eigene nationale Programme zur Krisenbekämpfung aufgelegt haben (z.B. in Deutschland: Olaf Scholz‘ ‚Doppelwums‘, das geplante ‚Wachstumschancengesetz‘ usw.), die wie immer in Konkurrenz zueinander stehen.

Auch der EU-Süden ist vorsichtig. Herman Michiel (Herausgeber der flämisch-sprachigen belgischen Website ‚Ander Europa‘) zeigt das am Beispiel von Italien: „Nehmen wir Italien, das Anspruch auf 69 Mrd. in Form von Zuschüssen und 122 Mrd. als Kredite hat. Um fast 200 Milliarden Euro sinnvoll ausgeben zu können, sind ernsthafte Vorstudien erforderlich. Allerdings müssen alle Projekte bis Ende dieses Jahres formuliert sein, um das Geld in den nächsten drei Jahren zu erhalten. Einige Politiker haben daher mehr Zeit gefordert, aber die Kommission scheint dafür kein Ohr zu haben.“

So ist das mit ‚Next Generation EU‘ – diejenigen EU-Staaten, die die EU-Gelder wirklich brauchen – kommen wegen der kurzen Frist für die Einreichung von Projekten nicht so leicht daran.

Strategische Souveränität?

Während der Trump-Ära setzte sich die EU das Ziel, eine eigenständige wirtschaftliche und militärische Weltmacht auf Augenhöhe mit den USA, China und Russland zu werden. Macron und von der Leyen kündigten an, eine ‚Europäische Armee‘ schaffen zu wollen. Die EU ist schon länger eine Aufrüstungsunion. Die Mitgliedstaaten verpflichteten sich, ihre Militärhaushalte regelmäßig zu erhöhen, in die Rüstungsforschung zu investieren und mehr und moderneres ‚Gerät‘ zu beschaffen. Mit der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (PESCO) sollten die militärischen Fähigkeiten der daran teilnehmenden EU-Staaten stärker gebündelt und mit dem Europäischen Verteidigungsfonds (EVF) zusätzliche Investitionen im Rüstungssektor angeschoben werden. Die Umsetzung dieser Pläne verlief eher schleppend.

Mit Putins Angriffskrieg gegen die Ukraine hat sich die Lage der EU dramatisch verändert.

Der EU-Außenbeauftragte Josep Borell deutete die vorherige EU-Vision radikal um. Die ‚geopolitische Kommission‘ hat laut ihm jetzt das Ziel, die ‚strategische Souveränität‘ der Nato und des Westens insgesamt zu stärken – nicht die einer eigenständigen EU. Die EU folgt blindlings der Nato und der Strategie von US-Präsident Joe Biden. Auch Frankreichs Präsident Macron reiht sich in punkto Ukrainekrieg nahtlos ein – früher hatte er die Nato als ‚hirtot‘ kritisiert. Der Wirtschaftskrieg gegen Russland wird mit immer weiteren Sanktionspaketen von EU und USA ausgeweitet. Massive Waffen- und Munitionslieferungen an die Ukraine finden nun statt, um dieser einen Sieg auf dem Schlachtfeld und die Rückeroberung der von Russland besetzten Gebiete zu ermöglichen. Außerdem sollen mehrere hundert Millionen für die Beschleunigung der europäischen Munitionsproduktion locker gemacht werden, wodurch Brüssel nun auch voll beim Aufbau einer Kriegswirtschaft mitmischte.

Offensichtlich ist: die eigenständige Steuerungs- und Handlungsfähigkeit der EU nimmt immer weiter ab. Sie agiert zunehmend als ergebener Vasall des US-Imperiums. Der Ukraine wurde hastig der Status eines EU-Beitrittskandidaten zugestanden. Bundeskanzler Olaf Scholz und Kommissionspräsidentin von der Leyen plädieren dafür, die Staaten des Westbalkans sowie die

Ukraine, Moldau und Georgien zügig in die EU aufzunehmen. Dieses Projekt ‚Groß-Europa‘ deckt sich mit der bekannten Strategie der NATO zu ihrer Osterweiterung. Das US-Magazin Foreign Policy spekuliert aber bereits über eine Föderation von Polen mit der Ukraine: *“Die polnisch-ukrainische Union würde zum zweitgrößten Land in der EU und wahrscheinlich zu ihrer größten Militärmacht werden und damit ein mehr als ausreichendes Gegengewicht zum deutsch-französischen Tandem bilden“*.¹

Es ist ohnehin deutlich, dass die polnische Regierung gemeinsam mit einigen osteuropäischen und skandinavischen Partnern in der Außenpolitik strikt den USA folgt – und diese mit ihren Forderungen nach Lieferung von Kampffjets, neuen Raketen usw. an die Ukraine erfolgreich unter Druck setzte. Biden nützt dies sehr, um den Rest der EU vor sich herzutreiben und das schon brüchige deutsch-französische Tandem zu schwächen. Dies erinnert an die Strategie von U.S. Präsident G. W. Bush im zweiten Irak-Krieg: ‚New Europe‘ (EU-Osteuropa) in seiner Koalition der Willigen gegen ‚Old Europe‘ (Frankreich, Deutschland, Benelux) in Stellung zu bringen. Mit einem EU-Beitritt der Ukraine, Moldau und Georgien würden die Kräfte innerhalb einer erweiterten EU gestärkt, die die U.S. Dominanz über Europa weiter zementieren. Scholz’ offensichtliches Kalkül, dass Deutschland als Mittler zwischen einem geschwächten Frankreich und einem aufsteigenden Polen/Osteuropa seine Dominanz in der EU sichern könne – dies ist aus meiner Sicht auf Sand gebaut.

Fazit

Der US-amerikanische Ökonom Thomas Palley lieferte in einer Studie zur Dollarhegemonie² auch eine bemerkenswerte Analyse zur ‚geopolitischen Inkohärenz der EU‘. Einige Auszüge davon (Übersetzung KD):

„Man kann also argumentieren, dass der Euro (und die Europäische Union) unter einer Überdehnung leidet, die mittel- und osteuropäische Staaten ein-gemeindet hat, die politisch fremd sind und divergierende politische Interessen

haben. Außerdem hat sich Europa dazu entschlossen, in Bezug auf Geopolitik und Konflikte die Rolle des Mitläufers der USA zu spielen. (...)

Das hat sich im Ukraine-Konflikt deutlich gezeigt, unter dem Europa enorm gelitten hat, während die USA ein geopolitischer Nettonutznier waren. Europa hat enorme wirtschaftliche Kosten in Form von Störungen und Unterbrechungen der Energieversorgung, Inflation und Verlust des riesigen russischen Exportmarktes für Luxus- und Investitionsgüter. Im Gegensatz dazu haben die USA neue Energiemärkte in Europa erschlossen, Europa in eine noch stärkere Unterwerfung unter das US-Militär verwickelt und permanent verschärfte Spannungen mit Russland geschaffen, die den USA geopolitisch zugute kommen.“

Darunter leidet am meisten die deutsche Volkswirtschaft: Wegen des doppelten Effekts von hohen Energiepreisen und dem Abwerben von Unternehmen durch Bidens IRA. Als einziges EU-Land ist Deutschland in eine vorerst leichte Rezession geschlittert (-0.3 Prozent des BIP). Dazu gibt es die üblichen Vorschläge wegen Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit = beginnender Sozialabbau.

Die von der Bundesregierung vorangetriebenen scharfen Wirtschafts-sanktionen gegen Russland wirkten nicht und kommen nun als Bumerang zurück. Die Russische Ökonomie wurde dadurch nicht so getroffen, wie vom globalen Westen erhofft: *„Demnach wächst die russische Wirtschaft dieses Jahr um 1,5 Prozent – und damit um 0,8 Prozentpunkte mehr als noch im April angenommen. Für das Jahr 2024 erwartet der IWF zudem ein Wachstum von 1,3 Prozent.“* Das gab auch Außenministerin Annalena Baerbock inzwischen zu: *„Eigentlich hätten wirtschaftliche Sanktionen wirtschaftliche Auswirkungen ... Das ist aber nicht so. Weil eben die Logiken von Demokratien nicht in Autokratien greifen.“*

Sowas kommt von sowas – Palley hat Recht. Die Ampel-Regierung und die EU mit ihr haben sich mit ihrem Kurs selbst ins Knie geschossen und damit eine große (auch globale) Misere zu verantworten.

² Zitiert nach Polskie Radio; 27.03.2023; <https://www.polskieradio.pl/400/7764/artykul/3141321,usmagazin-spekuliert>

² Thomas Palley: Theorizing dollar hegemony ...; August 2022; https://www.postkeynesian.net/downloads/working-papers/PKWP2220_v2.pdf

EU STELLT DIE WEICHEN AUF KRIEG UND SOZIALABBBAU

von Özlem Alev Demirel

Von der einst viel beschworenen „Zivilmacht Europa“ war bereits vor Beginn des Ukraine-Krieges nichts mehr übrig. Seither hat das Tempo, mit dem sich die Union in Richtung einer Militärunion bewegt, aber noch einmal in Besorgnis erregendem Ausmaß zugenommen. Die Europäische Union und hier vor allem die beiden Führungsmächte Deutschland und Frankreich versuchen sich im Kampf um Rohstoffe, Absatzmärkte und generell im immer schärfer ausgefochtenen Konkurrenzkampf der Großmächte militärisch in Stellung zu bringen. Um sich in dieser Situation zu behaupten, müsse sich die Union als einen „geostategischen Akteur der obersten Kategorie begreifen“ und die „Sprache der Macht neu erlernen.“, meint EU-Außenbeauftragter Josep Borrell 2020¹.

¹ <https://www.ipg-journal.de/rubriken/aussen-und-sicherheitspolitik/artikel/die-sprache-der-macht-4069/>



Özlem Alev Demirel ist außen- und friedenspolitische Sprecherin von DIE LINKE im Europaparlament

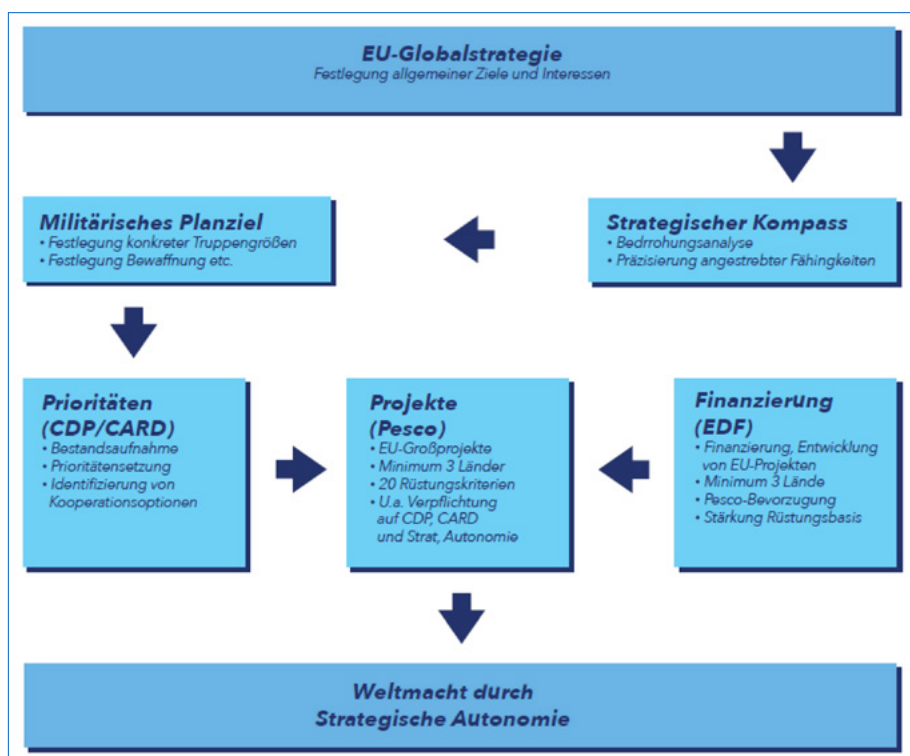
Rüstungstöpfe erste Welle: CARD – PESCO - EVF

Spätestens seit 1999 ist es mit der „Zivilmacht Europa“ vorbei. Es wurde entschieden, eine EU-Eingreiftruppe aufzubauen – erste Militäreinsätze im Rahmen der sogenannten „Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ (GSVP) folgten ab 2003. Anschließend verlief der weitere Prozess aus Sicht der Befürworter einer Militärmacht Europa äußerst zäh, weil nahezu alle Initiativen von Großbritannien blockiert wurden. Das änderte sich nach dem britischen Austrittsreferendum im Juni 2016 – von da ab ging es Schlag auf Schlag.

Zunächst waren es vor allem drei Instrumente, mit denen seither die Aufrüstung der EU forciert wird. Da wäre einmal die „Koordinierte Jährliche

Überprüfung der Verteidigung“ (engl. CARD). Sie verpflichtet die Mitgliedsstaaten zwar nicht formal, aber durch die enge Verknüpfung mit einem weiteren neuen Instrument (PESCO) de facto darauf, umfassend Rechenschaft über ihre aktuellen und geplanten Verteidigungsausgaben, Investitionen und Forschungsanstrengungen abzulegen. Gleichzeitig ist es die Aufgabe von CARD, mögliche länderübergreifende Militärkooperationsprojekte zu identifizieren, die für die Schließung vorhandener Fähigkeitslücken als besonders geeignet erachtet werden.

Umgesetzt werden derlei Projekte inzwischen vor allem im Rahmen der „Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit“ (engl. PESCO). Auf die wesentlichen PESCO-Prozeduren hatten sich Deutschland und Frankreich bereits auf ihrem Ministerratstreffen im Juli 2017



geeignet – danach holten sie Italien und Spanien mit ins Boot, wodurch die erforderliche Mehrheit zur schlussendlich im Dezember 2017 erfolgten PESCO-Aktivierung faktisch gesichert war. Obwohl eine Teilnahme an die Einhaltung von 20 Kriterien gebunden ist, u.a. die ständige Erhöhung des Verteidigungshaushaltes oder die Teilnahme an im CARD-Prozess als strategisch eingestuft Rüstungsprojekten, entschieden sich schlussendlich 25 der damals 28 EU-Staaten zu einem PESCO-Beitritt (Dänemark stieß später noch hinzu). Mittlerweile werden im PESCO-Rahmen rund 60 Projekte verfolgt, darunter auch „Hochkaräter“ wie den Bau einer bewaffneten Eurodrohne (MALE RPAS).

Die PESCO-Teilnahme ist allein deshalb von Bedeutung, weil in diesem Rahmen aufgelegte Projekte bevorzugt und mit einem höheren Zuschuss (zu 30 Prozent statt ansonsten 20 Prozent) aus dem „Europäischen Verteidigungsfonds“ (EVF) finanziert werden können. Aus dem EVF stehen im aktuellen EU-Haushalt von 2021 bis 2027 knapp 8 Mrd. Euro für die Erforschung und Entwicklung länderübergreifender EU-Rüstungsprojekte zur Verfügung. Aus diesem Grund wurde die Ausschüttung dieser Gelder explizit an die Bedingung geknüpft, dass die europäische Rüstungsindustrielle Basis davon profitieren muss.

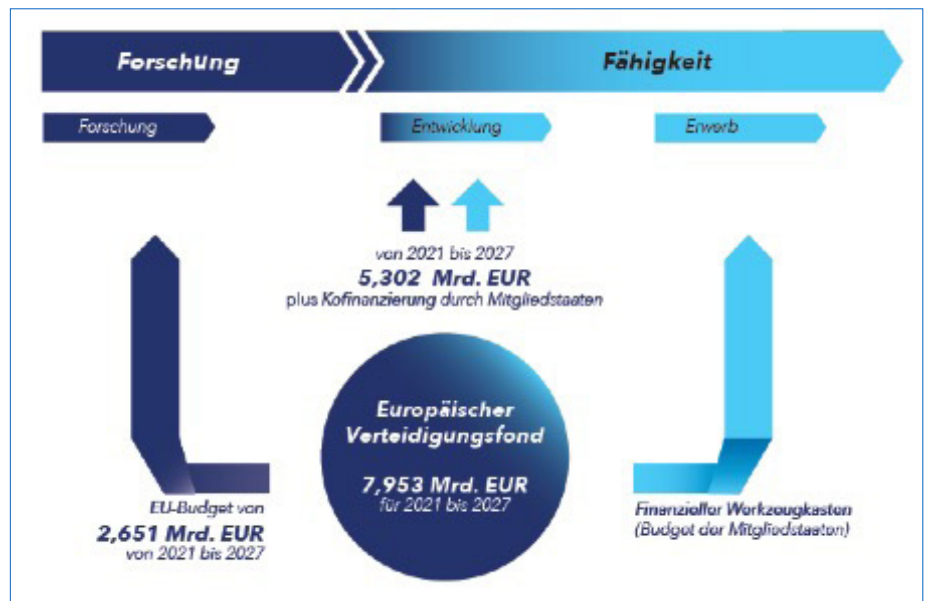
Die Einrichtung des EVF war ein Coup: Schließlich ist die Verwendung von EU-Haushaltsgeldern für militärische Maßnahmen laut Artikel 41(2) des EU-Vertrages untersagt. Dies wird dadurch umgangen, dass die Kommission kurzerhand behauptet, es handele sich hier um Maßnahmen zur Industrieförderung, was rechtlich allerdings mehr als fraglich ist, wie auch das bereits 2018 im Auftrag der Linksfraktion im Europaparlament durch den Bremer Juraprofessor Andreas Fischer-Lescano erstellte „Rechtsgutachten zur Illegalität des Europäischen Verteidigungsfonds“² ergab. Er sehe „keine hinreichende Rechtsgrundlage für die Einrichtung des Europäischen Verteidigungsfonds“, so Fischer-Lescanos vernichtendes Urteil. Was sich hier abspiele, sei eine „Militarisierung der EU auf den Trümmern des Rechts.“

Seit Jahren wurde darauf hingearbeitet, hier zu einem neuen Rechtsverständnis zu kommen, Kommission, Poli-

tik und Rüstungsindustrie arbeiteten dabei Hand in Hand. Denn wichtige Vorarbeiten für den späteren Europäischen Verteidigungsfonds leistete bereits eine im Juli 2015 auf Einladung der damaligen EU-Industriekommissarin Elzbieta Bienkowska zusammengesetzte 16köpfige „hochrangige Gruppe“³ mit Vertreter*innen aus Industrie und Politik. Insofern ist es wenig überraschend, dass es gerade an dieser Gruppe beteiligte Unternehmen sind, die überproportional von den EU-Geldern profitieren. Gleichzeitig handelt es sich dabei auch um Unternehmen aus den größten Mitgliedsstaaten, wodurch Konzentrations-

Waffenlieferungen an „befreundete“ Akteure. Hierfür wurden zunächst 5,7 Mrd. Euro für den Zeitraum zwischen 2021 und 2027 ausgelobt – nachdem sich die EFF aber schnell zum zentralen Finanzierungsinstrument für Waffenlieferungen an die Ukraine entwickelte, mussten Gelder zugeschossen werden, zuletzt wurde der Betrag im Juni 2023 auf rund 12 Mrd. Euro angehoben.

Bis Mitte 2023 wurden 5,6 Mrd. Euro von der EFF allein für Waffenlieferungen an die Ukraine bezahlt. Mit diesem Geld werden auch gemeinsame Munitionskäufe finanziert: Am 20. März 2023 kündigte der EU-Rat einen dreistufigen



prozesse weiter befördert werden.

Rüstungstöpfe zweite Welle: EFF – ASAP – EDIRPA

Mit CARD, PESCO und EVF waren EU-Strukturen zur Identifizierung und Umsetzung länderübergreifender Projekte geschaffen, die nun in ihren Forschungs- und Entwicklungsphasen wie beschrieben über den EVF querfinanziert werden können. Was lange fehlte, war die Möglichkeit, länderübergreifende Rüstungskäufe direkt mit EU-Geldern zu subventionieren. Doch auch dies hat sich inzwischen geändert.

Ein wichtiges Instrument hierfür ist die im März 2021 ins Leben gerufene „Europäische Friedensfazilität“ (EFF). Als haushaltsexternes Finanzinstrument ist sie nicht Teil des EU-Budgets, was es erleichtert, sie für den gedachten Zweck einzusetzen: Die Finanzierung von EU-Militäreinsätzen sowie von

Plan zur Lieferung, Beschaffung und Produktion von Munition an. Er besteht aus der Ko-Finanzierung von Munitionslieferungen der Mitgliedsstaaten an die Ukraine (Stufe 1), der Bezuschussung länderübergreifender Munitionseinkäufe (Stufe 2) sowie aus einem Maßnahmenpaket zur Ankurbelung der europäischen Munitionsproduktion (Stufe 3). Für Stufe eins ist eine EFF-Milliarde vorgesehen, Stufe 2 soll ebenfalls eine Milliarde aus demselben Topf erhalten. Was sich hier womöglich relativ harmlos anhört, ist ein weiterer enormer Schritt: Der direkte Einstieg in den Ankauf von Rüstungsgütern – sofern dies eben länderübergreifend und zur Stärkung der Rüstungsbasis erfolgt.

Allerdings geht Stufe drei noch einmal einen gehörigen Schritt darüber hinaus: Am 3. Mai 2023 wurde die „Verordnung des Europäischen Parlamentes und des Rates zur Förderung der Munitionsproduktion“⁴ (engl. ASAP) vorgelegt. Mit insgesamt 1 Mrd. Euro, 500

² <https://oezlem-alev-demirel.de/2019/01/rechtsgutachten-zur-illegalitaet-des-europaeischen-verteidigungsfonds/>

³ <https://eda.europa.eu/news-and-events/news/2015/06/18/high-level-group-of-personalities-on-defence-research-issues-statement>

⁴ <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=OJ:L:2023:185:FULL>

Mio. aus dem EU-Haushalt und ebensoviel von den Mitgliedsstaaten, sollen schlussendlich im Juli 2023 beschlossene Maßnahmen wie die „Optimierung, Modernisierung, Verbesserung oder Umwidmung vorhandener oder die Schaffung neuer Produktionskapazitäten in diesem Bereich [Munitionsproduktion] sowie die Schulung von Personal“ unterstützt werden.

Schon länger fordern namhafte Politiker – zum Beispiel der ehemalige Leiter der Münchner Sicherheitskonferenz, Wolfgang Ischinger, oder der Chef der konservativen EVP-Fraktion im EU-Parlament, Manfred Weber – die Umstellung auf eine Kriegswirtschaft. Sicher ist die EU davon noch ein gutes Stück entfernt, gerade mit dem ASAP-Plan werden aber wichtige erste Versatzstücke vorgeschlagen, die deutlich in diese Richtung weisen. Als „beispiellos“ bejubelte jedenfalls Industriekommissar Thierry Breton das Maßnahmenpaket: „Um die Ukraine kurzfristig zu unterstützen, müssen wir weiterhin aus unseren Beständen liefern. Aber wir müssen auch die derzeitige Produktion neu priorisieren und sie vorrangig in die Ukraine leiten. [...] Aber wenn es um die Verteidigung geht, muss unsere Industrie jetzt in den Kriegswirtschaftsmodus wechseln.“⁵

Was die finanzierbare Rüstungspalette anbelangt, soll das „Instrument zur Stärkung der Europäischen Verteidigungsindustrie durch Gemeinsame Beschaffung“⁶ (engl. EDIRPA) über die Beschränkung auf Munition hinausgehen. Vorgeschlagen wurde das Instrument bereits im Juli 2022, beschlossen wurde es endgültig aber erst im September 2023, unter anderem, weil der Unterausschuss Sicherheit & Verteidigung des Europäischen Parlaments (engl. SEDE) auf die Zuständigkeit pochte. Weil die Kommission hier allerdings denselben Trick wie schon beim Verteidigungsfonds anwendete, indem sie EDIRPA zu einer industriefördernden Maßnahme erklärte, musste die Federführung unbedingt an den Industrieausschuss (engl. ITRE) gehen, um rechtlich auf „sicherem“ Boden zu stehen. Über die 300 Mio. Euro des EDIRPA-Topfes soll künftig über Munition hinaus auch die länderübergreifende Anschaffung

anderer Rüstungsgüter bezuschusst werden. „EDIRPA ist bahnbrechend, da erstmals Mittel aus dem regulären EU-Haushalt für die gemeinsame militärische Beschaffung bereitgestellt werden“, freuten sich Nicole König und Leonard Schütte am 28. August 2023 in der „Internationalen Politik“, um dann allerdings einschränkend hinzuzufügen: „Doch angesichts des gewaltigen Investitionsbedarfs ist das Budget tatsächlich unbedeutend.“⁷

Rüstungstöpfe künftige Welle: EDIP – EDAP

In der Tat ist die Bedeutung von EDIRPA qualitativer Natur, indem nun auch der Weg für EU-Rüstungsankäufe geebnet wurde – es soll außerdem als Türöffner und Brücke zu einem weiteren Instrument dienen, mit dem dies künftig noch einmal weit systematischer betrieben werden soll. Gemeint ist das „Programm für europäische Verteidigungsinvestitionen“ (engl. EDIP), mit dem künftig „Konsortien für Verteidigungsfähigkeiten“ (engl. EDCC) gebildet werden können. Sie sollen unter anderem den „Vorteil“ genießen, beim Einkauf von Rüstungsgütern von der Mehrwertsteuer befreit zu werden. In der entsprechenden Kommissionsmitteilung „Analyse der Defizite bei den Verteidigungsinvestitionen und die nächsten Schritte“⁸ vom Mai 2022 lässt sich nachlesen: „Mit [EDIP] sollen die Bedingungen und Kriterien festgelegt werden, unter denen die Mitgliedsstaaten Konsortien bilden können, die als Europäisches Konsortium für Verteidigungsfähigkeiten (EDCC) gelten; solche Konsortien beschaffen gemeinsam Verteidigungsfähigkeiten zur Nutzung durch die beteiligten Mitgliedstaaten, die in der EU in Zusammenarbeit entwickelt werden und für eine Mehrwertsteuerbefreiung infrage kommen. [...] Die Mehrwertsteuerbefreiung würde auch für den Betrieb, die Wartung und die Stilllegung gelten, die während des gesamten Lebenszyklus von Verteidigungsgütern mit erheblichen Kosten verbunden sind. [...] Die EDIP-Verordnung könnte als Dreh- und Angelpunkt für künftige gemeinsame Entwicklungs- und Beschaffungsprojekte von hohem gemeinsamen Interesse [...] dienen,

insbesondere bei Projekten, die kein Mitgliedstaat allein entwickeln oder beschaffen könnte.“

Darüber hinaus berichtete am 4. September 2023⁹ das EU-Nachrichtenportal euractiv, die Kommission plane ein weiteres „EU-Kriegswirtschaftsgesetz“ („European Defence Production Act“, EDPA). Es soll augenscheinlich ASAP dahingehend ergänzen, dass es die Möglichkeit zur Unterstützung der Rüstungsproduktion auf alle denkbaren Waffenarten ausweiten soll. Es solle ein „ständiger Mechanismus sein, der darauf abzielt, den gesamten Prozess der Verteidigungsproduktion im Falle eines dringenden Bedarfs zu beschleunigen.“ Euractiv zitiert dazu nicht näher genannte Kommissionskreise: „Wir brauchen ein Programm, um die Unterstützung für die europäische Industrie zu konsolidieren und zu erweitern, aber auch, um möglicherweise einen regulatorischen Rahmen zu schaffen, der aktiviert werden kann, um die Verteidigungsproduktion bei Bedarf zu unterstützen – eine Art europäisches Kriegswirtschaftsgesetz.“

Sozialabbau und Militarisierung

Auch wenn viele Details noch unklar sind, klar ist: Nachdem das Verbot, Militärausgaben aus dem EU-Haushalt zu bestreiten, mit dem Verteidigungsfonds endgültig ausgehebelt wurde, könnten die in diesem Bereich ausgelobten Summen rasch enorme Dimensionen annehmen.

Unter anderem, um diese Fonds zu füllen, sollen die Militärhaushalte der EU-Staaten massiv ansteigen: Beim NATO-Gipfel in Vilnius sprachen sich alle Allianzmitglieder, also auch diejenigen, die EU-Mitglieder sind, im Juli 2023 dafür aus, künftig 2 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) als Mindestgrenze der Militärausgaben festzulegen. Zwar handelt es sich dabei um keine rechtliche Verpflichtung, sie wird aber dennoch erhebliche politische Bindewirkung haben.

Bei Umsetzung bedeutet das Mehrausgaben in dreistelliger Milliardenhöhe: Die aktuellsten Angaben der Europäischen Verteidigungsagentur weisen für 2021 EU-Militärausgaben von 221 Mrd. Euro oder 1,5% des BIP aus (2014 waren es noch 147 Mrd. Euro). Im Jahr 2022 lag das BIP bei 15.840 Mrd. Euro,

5 <https://www.euractiv.de/section/innenpolitik/news/eu-kommission-will-munitionsherstellung-ankurbeln/>

6 [https://www.europarl.europa.eu/Reg-Data/commissions/afet/lcag/2023/07-05/CJ42_LA\(2023\)004484_EN.pdf](https://www.europarl.europa.eu/Reg-Data/commissions/afet/lcag/2023/07-05/CJ42_LA(2023)004484_EN.pdf)

7 <https://internationalepolitik.de/de/verteidigungswende-jetzt>

8 <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:52022JC0024&from=EN>

9 <https://www.euractiv.de/section/eu-aussenpolitik/news/eu-kommission-erwaegt-neues-kriegswirtschaftsgesetz/>

die aktuelle EU-Wirtschaftsprognose geht für dieses Jahr von einem Wachstum um 0,8 und im nächsten um 1,4 Prozent aus. Um 2024 das anvisierte 2%-Ausgabenziel zu erreichen, müssten die EU-Militärbudgets also auf rund 320 Mrd. Euro angehoben werden, allein Spanien müsste seine Ausgaben um etwa 11 Mrd. Euro erhöhen, Italien ebenso. Woher diese Länder das Geld angesichts ihrer Haushaltslage nehmen sollen, bleibt die NATO natürlich schuldig, es ist aber klar: Es wird noch weiter bei den Sozialausgaben gespart werden müssen.

In Deutschland klopft sich die Regierung derweil auf die Schulter, im kommenden Jahr besagte 2 Prozent des BIP zu erreichen – dies gelingt allerdings nur durch 19,2 Mrd. Euro aus dem „Sondervermögen“ der Bundeswehr, Gelder, die in Wahrheit nichts anderes als Schulden sind. Spätestens 2027 wird dieser Topf aber leer sein und im Vergleich zur bisherigen Finanzplanung würde eine Lücke von rund 30 bis 35 Mrd. Euro entstehen, um die der offizielle Militärhaushalt erhöht werden müsste, um das 2%-Ausgabenziel nicht zu reißen. Das wäre nur durch einen Sozialkahlschlag sondergleichen möglich, für den jetzt schon von interessierten Kreisen geworben wird. Die Absage an Militarisierung und Sozialabbau wird deshalb eine Forderung sein, die in künftigen Wahlkämpfen der LINKEN eine entscheidende Rolle spielen muss.

Eine starke Friedensbewegung in einer Welt des robusten Machtkampfes

Wichtig bleibt dabei auch festzuhalten, dass diese Milliarden für Aufrüstung

nicht nur für soziale Projekte und Infrastrukturausgaben fehlen, sondern auch die Welt nicht sicherer machen werden. Der Krieg in der Ukraine geht einher mit geopolitischen Verschiebungen. Robuster werden die Auseinandersetzungen der unterschiedlichen ökonomischen und politischen Mächte in der Welt geführt. Bereits am 15. September 2021¹⁰ (also vor dem Ukraine Krieg) erklärte Kommissionspräsidenten Von der Leyen, die Welt trete „in eine neue Ära verstärkter Konkurrenz ein“, man befinde sich in einer „Ära regionaler Rivalitäten und großer Mächte, die ihr Verhältnis zueinander neu austarieren.“ Um hier bestehen zu können, brauche es eine „Europäische Verteidigungsunion“, so von der Leyens Forderung. Dazu gehören aus ihrer Sicht nicht nur europäische Interventionskräfte, sondern vor allem auch der „politische Wille“, diese auch einzusetzen.

Aktuell baut die EU ihre militärischen Fähigkeiten im Einklang mit der NATO aus. Sie rüstet sich aber auch für den Fall, dass es zu größeren Auseinandersetzungen mit den USA kommen könnte.

Vor diesem Hintergrund verabschiedeten die EU-Staatschefs in dieser Legislaturperiode ein neues Grundlagendokument: den sogenannten Strategischen Kompass. Er gibt die Richtung für die EU Außen- und Sicherheitspolitik vor. Auf Basis einer erstmals vorgenommenen Bedrohungsanalyse wird ein ganzes Maßnahmenbündel zum Ausbau der militärischen Fähigkeiten vorgestellt.

Konkret legt das Dokument dar, wie EU-»Interessen« strategisch autonom umgesetzt werden können. Was diese

Interessen sind, wurde bereits in der Global Strategie 2016 ausgeführt: Die EU müsse in der Lage sein, weltweit wichtige Handelsrouten und Seewege zu sichern – zur Not auch militärisch. Der Strategische Kompass bettet diese Zielsetzung und die bereits geschaffenen wie zusätzlich noch »benötigten« Instrumente in eine Gesamtstrategie ein. Die Message der EU ist deutlich: Die Union als eigenständige Macht ist gut gerüstet für kommende Auseinandersetzungen um Einflussphären. Rüstungskontrolle und Diplomatie fallen nahezu völlig unter den Tisch.

So rühmte sich die Kommissionspräsidenten auch in ihrer Rede zur Lage der Union am 13.09.2023¹¹ eine geopolitische Kommission geschaffen zu haben und sagte, 27 Mitgliedstaaten hätten sich auf den Weg gemacht eine Militärunion aufzubauen und 30 Mitgliedstaaten würden diese vollenden.

Das große Kriegspotenzial, das hinter den Ankündigungen und den getroffenen Maßnahmen steht, der laufende Krieg in der Ukraine und der verhärtete Machtkampf um den afrikanischen Kontinent zwischen der EU und China und Russland, die Eskalationsspirale am Indopazifik sollten uns ein Warnsignal sein. Denn die Kriege und Machtkämpfe werden überall auf dem Rücken der Armen und der Arbeiter*innen ausgetragen. Damit sie dafür nicht mit Leib und Leben oder Hab und Gut bezahlen müssen, braucht es eine starke Friedensbewegung. Auch Linke müssen sich entscheiden, wo sie in diesem Kampf stehen: an der Seite des Militarismus für Kapitalinteressen oder an der Seite der Arbeiter*innen und Armen.

10 https://state-of-the-union.ec.europa.eu/state-union-2021_de

11 https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/speech_23_4426

Die Waffen nieder!

Nein zum Krieg, nein zum Völkerrechtsbruch durch Russland, für Deeskalation und Abrüstung.



GELD ODER LEBEN: FÜR EINE ÖKOLOGISCHE KLASSENPOLITIK

“Sich selbst zu verändern, glaubwürdig zu werden, Menschen zu überzeugen und den verschiedenen Formen von Ausbeutung und Terror entgegenzuwirken, das mag in manchen Augenblicken ungeheuer schwer erscheinen, und dennoch gibt es keine Alternative.”

– Rudi Dutschke –

von **Carola Rackete**

Die Europawahl 2024 wird eine Schicksalswahl: Konservative und Rechtsradikale könnten eine absolute Mehrheit ergattern und für Jahre jede progressive Entwicklung blockieren. Ganz ähnlich den Tipping Points in der Klimakrise, könnte der Rechtstrend vieler EU-Staaten auf der EU-Ebene einen kritischen Punkt überschreiten und sich dadurch eskalierend verselbstständigen. Das gilt es zu verhindern.

Ihre Stärke zieht gerade die radikale Rechte aus realen Abstiegsängsten und einer diffusen Unzufriedenheit mit dem neoliberalen Status Quo. Nach wie vor verkaufen sie sich erfolgreich als Rebell:innen und einzige Alternative – obwohl diese „Alternative“ selbst für große Teile ihrer eigenen Wähler:innen desaströse Auswirkungen hätte. Die Linke



Die Klima- und Migrationsaktivistin Carola Rackete will für die Linkspartei ins Europaparlament einziehen.

verliert sich derweil in Grabenkämpfen mit ihrem eigenen rechten Rand und in haarspalterischen Debatten darüber, ob man nun mit den neuen sozialen und ökologischen Bewegungen oder doch den alten Gewerkschaften koalieren sollte. Dabei ist doch gerade die künstliche Trennung von sozialer Bewegung und Klassenpolitik seit den 1970er Jahren einer der neoliberalen Mechanismen, um wirklichen politischen Wandel zu verhindern. Gerade weil die Linke es weder als Partei noch als Bewegung schafft, die aktuellen ökologischen und sozialen Herausforderungen mit einem vermittelbaren antikapitalistischen Programm zu beantworten, steckt sie in der Krise.

Weder die Reste der organisierten Arbeiter:innenschaft in ihren strukturalistischen Gewerkschaften (denen es deutlich an Bewegung mangelt), noch die auf- und ab-ebbenden sozialökologischen Bewegungen (die oft an Klassenbewusstsein zu wünschen übrig lassen), noch die Partei in ihrer aktuellen, parlamentsorientierten Form (ohne direkte Rückkopplung an eins von beiden) haben das linke Projekt in den letzten Jahren vorangebracht.

Von 69 lernen

Die letzte Welle demokratisch-sozialistischer Aufbegehren, in den 1960er und 1970er Jahren, war ein Wechselspiel aus Streiks der (oft jungen) industriellen Arbeiter:innenschaft, der Antikriegs-, Frauen- und Bürgerrechtsbewegungen und einer sozialliberalen, jugendlichen Gegenkultur. Auch heute ließe sich eine ähnliche Gemengelage ausmachen; zwischen den Streiks der

Plattformarbeiter:innen und Krankenhausbewegung, einer Klimabewegung, die Massen mobilisiert und einer oft zu einfach als „woke“ abgetanen, wachsenden Aufmerksamkeit für Unterdrückungsmechanismen. Leider scheinen sich diese heutigen gesellschaftlichen Bewegungsmuster weniger gegenseitig zu befruchten, als dies 1973 der Fall war – und wieder fehlt das Scharnier einer verbindenden sozialistischen Partei.

Während stattdessen die neoliberalen Parteien der Mitte ihren fossilen Goldesel einen grünen Anstrich verpassen, kanalisiert die Rechte von Merz bis Höcke und Salvini den breit gestreuten Unmut, die Krisen- und Abstiegsängste in rassistische, antifeministische und nationalistisch-fossilistische Ressentiments. Das rechte Lager hat die Mitte-Parteien bei der Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) erfolgreich – und wenn wir ehrlich sind, ohne große Mühe – vor sich hergetrieben und zielt nun auf die schon jetzt viel zu kurz greifende Klimagesetzgebung.

Radikale Ehrlichkeit und ökologische Umverteilung

Was haben wir ihnen also entgegenzusetzen? Das weitaus bessere Programm: Radikale Ehrlichkeit statt Realitätsverweigerung. Ökologische Umverteilung statt grünem „weiter so“. Internationale Solidarität statt nationaler Konkurrenz.

Große Teile der Klimabewegung haben mittlerweile begriffen, dass es mehr braucht, als die leeren Versprechen des Grünen Kapitalismus auf Energie-, Verkehrs- oder Landwirtschaftswende.

Von Ende Gelände bis Fridays for Future wird nach Klimagerechtigkeit, Dekolonialisierung und einer Abkehr von der Wachstumsideologie gerufen. Oft fehlt allerdings eine benennbare Alternative. Auf der anderen Seite zeigen sich sicherlich in Teilen der industriellen Arbeiter:innenschaft Abwehrreflexe gegenüber einer radikalen Dekarbonisierung. Man macht es sich aber zu einfach, wenn man diese, oft von rechts gefütterten Affekte zum Klassenstandpunkt verklärt. Das wäre eine chauvinistische für-dumm-Erklärung der eigenen Basis. Genauso wenig wie Menschen in prekären Verhältnissen automatisch Nationalisten werden, werden Industriearbeiter:innen automatisch zu Klimaleugner:innen. Die Linke war mal eine Kraft der gesellschaftlichen Aufklärung, der radikalen, gemeinsamen Analyse, der Bewusstseins-schaffung und dadurch der Hoffnung auf eine bessere Welt. Warum sollten wir gerade jetzt, konfrontiert mit der größten Katastrophe, der sich die Menschheit bisher gegenüber sah, vor dem falschen Bewusstsein kapitulieren, es gar fördern?

Kampagnen wie #WirFahrenZusammen von ver.di und Fridays for Future, für mehr und gerechter bezahlten ÖPNV, zeigen, dass gemeinsame Kämpfe möglich sind. Mehr noch, sie sind notwendig: Der gerade zu Ende gehende Sommer war eine einzige Naturkatastrophe. Auf Tornados und Eisschollen in den Straßen Milans folgten Hitzetote auf Baustellen. Nachdem Griechenland erst von den größten Waldbränden in der Geschichte der EU heimgesucht worden war, prasselte anschließend die Regenmenge von drei Jahren in zwei Tagen auf das Land nieder. Der gleiche Sturm zog nach Libyen weiter und tötete Zehntausende. In Deutschland wird, trotz allem Regen, die Wasserknappheit immer drastischer. Die Klimakatastrophe ist unsere neue Realität. Ihre Schäden tragen wir (fast) alle, während fossile Konzerne Milliardenprofite eintüten; zuletzt korrigierte RWE Anfang August seine Gewinnprognose um über eine Milliarde Euro nach oben.

Die Relevanz der EU und eine neue linke Erzählung

Viele wegweisende Entscheidungen für oder gegen Klimagerechtigkeit auf der ganzen Welt – von Lieferketten, über Carbon-Offsetting, bis hin zu LNG-Importen – werden derzeit auf EU-Ebene getroffen. Der dort verhandelte Green Deal ist, wie so viele Klimamaßnahmen auf nationaler Ebene, ein voll-

kommen unzureichender erster Schritt: weder ist er sozial gerecht ausgestaltet noch angemessen, um die Katastrophe für die globale Gesellschaft zu stoppen. So deprimierend sich dieser State of the Union auch darstellt, bietet er gerade deshalb auch den größtmöglichen Raum für eine linke Perspektive. Diese wollen wir entwickeln; als Bindeglied zwischen der LINKEN und der internationalen Klimagerechtigkeitsbewegung. Erste Schritte auf diesem Weg sind wir bereits gegangen: Die Forderung nach einer Dekarbonisierung der EU bis 2040 könnte mit Maßnahmen wie dem im Entwurf des Wahlprogramms vorgeschlagenen EU-weiten CO₂-Budget, das auf die Mitgliedstaaten umgelegt wird, durchgesetzt werden. Dass für solche ambitionierten Klimaziele ein ambitionierter Eingriff der öffentlichen Hand in den privaten Sektor notwendig wäre, versteht sich von selbst. Dieser müsste auch für eine soziale Umsetzung aller Klimamaßnahmen Sorge tragen. Das ist die große Chance radikaler Klimapolitik: Durch das Primat des Klimaschutzes und der aus ihm resultierenden Gerechtigkeitsfragen die Alternativlosigkeit des neoliberalen Wirtschaftens brechen. Eine neue linke Erzählung, bei der ein gemeinschaftliches Überleben und Wiedergutmachen im Zentrum steht.

Eine solche Erzählung braucht es auch und gerade auf der internationalen Ebene. Klassische linke Motive von internationaler Solidarität und Dekolonialisierung stehen schon länger im Fokus der radikaleren Klimagerechtigkeitsbewegung. Eine Kampagne wie Debt for Climate, die einen vollumfänglichen Erlass aller Schulden der Länder des globalen Südens bei Weltbank und Internationalem Währungsfonds fordert, sollte unsere volle Solidarität erfahren. Weil der geforderte Schuldenschnitt moralisch geboten ist und den betreffenden Ländern sowohl ermöglichen würde, fossile Bodenschätze ruhen zu lassen, als auch Geld in dringend nötige Klima-Anpassung zu investieren.

Ein weiteres Thema, das den globalen Süden mit dem globalen Norden und die Eigentumsfrage mit der Ökologie verbindet, ist das Landgrabbing durch Reiche und Großkonzerne. Im Programmentwurf zur Europawahl werden gleich mehrere solide Vorschläge für weitreichende Reformen der Bodenverteilung gemacht, die Bäuer:innen in den ärmeren Mitgliedsstaaten ebenso zugute kämen, wie ihren deutschen Kolleg:innen und für die wir gerne in und außerhalb des Parlaments mobilisieren

würden: Ein generelles Landgrabbing-Verbot, auch durch sogenannte Share Deals – also der strategischen Anteilseignerschaft an Bauernhöfen, um sich Bodenkaufrechte zur Spekulation zu sichern – greift eine Kernforderung der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) auf, ebenso wie die Pachtpreisbremse. Beide Maßnahmen würden es gerade Jungbäuer:innen erleichtern, Höfe zu übernehmen und überlebensfähig zu machen, kleine und mittlere Betriebe absichern und damit Ernährungssouveränität jenseits der industriellen Landwirtschaft stärken. 30 Prozent des EU-Haushaltes fließen außerdem in Landwirtschaftssubventionen. Diese nicht an der Fläche des subventionierten Betriebs, sondern an Kriterien des Gemeinwohls zu bemessen – faire Bezahlung der Mitarbeitenden, Reduzierung von Tierbeständen oder Naturschutzmaßnahmen – wäre ein Game Changer in einem oft von der Linken vernachlässigten Bereich.

Darüber hinaus brauchen Partei und Bewegung wachsame Augen und Ohren im EU-Parlament, da hier technokratische Richtungsentscheidungen getroffen werden, die trotz ihrer Tragweite leider oft nicht leicht vermittelbar sind. So zum Beispiel die Schaffung neuer Finanzmärkte, wie im Falle des geplanten Nutrient Trading und der Biodiversity Credits. Hier will die EU-Kommission, nach gutem Vorbild des von ihr eingerichteten Treibhausgas-Emissionshandels, nun auch Märkte für Wasserverschmutzung und die Zerstörung von Biodiversität einrichten. Natürlich ist die absehbare Folge auch hier in erster Linie ein neu erschlossener, profitabler Markt in Euro-Währung – und nicht eine effektive Reduktion von Umweltschäden.

Wir wollen die einzelnen Themen in engem Austausch und als Delegierte der politisch aktiven, primär betroffenen Menschen angehen. Nichts anderes heißt es für uns, Bewegungspolitik ins Parlament zu tragen. Wir glauben, wenn verschiedene Abgeordnete der linken Fraktion mit verschiedenen Hintergründen, thematischen Schwerpunkten und für verschiedene Teile der Arbeiter:innenklasse – gleichzeitig aber entschlossen gemeinsam – arbeiten, dann kann die LINKE ihren gesellschaftlichen Gebrauchswert wieder realisieren. Das ist aus unserer Sicht die so einfache wie herausfordernde Voraussetzung, um glaubwürdig zu werden, Menschen zu überzeugen und alten wie neuen Formen der Ausbeutung und des Terrors erfolgreich entgegenzuwirken.

DAS EU–GRENZREGIME – ABSCHOTTUNG STATT ASYLSYSTEM!

Laut dem aktuellen Global Trends Report vom Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen UNHCR waren Ende 2022 weltweit 108,4 Millionen Menschen auf der Flucht. Insgesamt sind Ende 2022 19 Millionen Menschen mehr auf der Flucht als noch Ende 2021 – dies entspricht einem Anstieg von 21 Prozent. Dies ist der größte Anstieg innerhalb eines Jahres, den UNHCR je verzeichnet hat¹. Seit 2013 – also binnen weniger als zehn Jahren – hat sich die Zahl der gewaltsam Vertriebenen damit verdoppelt.

von Inge Höger

Immer mehr Menschen fliehen vor Kriegen und Konflikten. Die meisten kommen aus Syrien, der Ukraine und Afghanistan. Der Krieg um die Ukraine hat Millionen Menschen zur Flucht gezwungen. Der UNHCR schätzt, dass durch den Konflikt im Sudan die Zahl der weltweit Vertriebenen inzwischen auf 110 Millionen angestiegen ist. 45,9 Millionen Menschen haben laut UNHCR im Jahr 2022 außerhalb ihres Landes Zuflucht gesucht. 62,5 Millionen Menschen sind als Binnenvertriebene innerhalb ihres Herkunftslandes auf der Flucht vor Gewalt und Konflikten.

Von 159.324 Geflüchteten, die bis Anfang September 2023 die Mittelmeeranrainerstaaten erreichten, sind 154.800 übers Mittelmeer gekommen, 2.323 ertranken bei der Überfahrt. Seit

dem Sommer der Migration 2015 sind mindestens 26.800 Menschen im Mittelmeer ertrunken. An den EU-Außengrenzen verloren Zehntausende durch das Grenzregime ihr Leben.

Erregte das alltägliche Sterben von Männern, Frauen und Kindern auf den Fluchtwegen in den Jahren bis 2015 noch Entsetzen und Fassungslosigkeit, hat sich die Stimmung inzwischen verändert. AfD, Pegida und Co. machen Stimmung gegen Migration und Politik und Medien lassen sich zu immer neuen Vorschlägen gegen die angebliche Überlastung treiben. Die Öffentlichkeit schaut kaum noch auf die Situation von Geflüchteten. Stattdessen überbieten sich deutsche und europäische Politiker mit Vorschlägen, wie man die Tore Europas vor ungebeten Schutzsuchenden endgültig verschließen könnte.

Kein Mensch flieht freiwillig

Die häufigste Fluchtursache sind Kriege. Laut Angaben des UNHCR gab es im Jahr 2022 fast 103 Millionen Menschen, die aufgrund bewaffneter Konflikte und Gewalt von ihrem Zuhause vertrieben waren. In allen zehn Staaten, aus denen 2022 die meisten Menschen sich auf den Fluchtweg machten, herrschte Krieg oder ein bewaffneter Konflikt. Die meisten dieser Kriege gingen von den USA und den westlichen Verbündeten aus, die versuchten eine Weltordnung in ihrem Sinne zu erhalten. So in Afghanistan, dem Irak, Syrien,

Libyen, aber auch in Afrika. Aus Syrien sind über fünf Millionen geflohen und es gibt über sechs Millionen Binnenflüchtlinge. In dem aktuellen Krieg um die Vorherrschaft um die Ukraine sind bereits über acht Millionen Menschen ins europäische Ausland geflohen. Hinzu kommen 5,35 Millionen Binnenflüchtlinge.

Der zweite Grund zur Flucht vieler Menschen sind Perspektivlosigkeit und Armut. 700 Millionen Menschen leiden weltweit unter extremer Armut. Armut macht Krank und Krankheit macht Arm. Viele Menschen haben keinen Zugang zu gesunder Ernährung und guter Gesundheitsversorgung, es fehlt an sauberem Wasser und sanitären Anlagen. Die Kindersterblichkeit ist hoch und die medizinische Versorgung schlecht. Viele Länder des Südens wurden durch Strukturanpassungsprogramme der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds zu Einsparungen bei Gesundheit und Bildung und zu Privatisierungen der Daseinsvorsorge gezwungen.

Die zehn ärmsten Länder der Welt sind alle reich an Rohstoffvorkommen. Die Industrienationen haben seit dem Ende der Kolonialzeit Mittel und Wege gefunden, diese Rohstoffe weiter auszuubeuten und sich das zu holen, was sie für die kapitalistische Produktion benötigen. In einer Vielzahl rohstoffreicher Länder, vor allem in Afrika, lebt die Mehrheit der Bevölkerung in Armut. Über Kreditauflagen, Entschuldungs-



*Inge Höger ist Mitglied im Bundessprecher*innenrat der AKL, frühere Landessprecherin der LINKEN in NRW*

¹ <https://www.uno-fluechtlingshilfe.de/informieren/fluechtlingszahlen>

programme, aber auch mittels sog. Freihandelsverträge, wird dieses System der Ausbeutung der Ressourcen aufrechterhalten. Inzwischen kommt auch noch der Landraub fruchtbarer Böden dazu. Dadurch werden Menschen massenhaft ihrer Existenzgrundlage beraubt. Vielen bleibt nichts anderes, als Auswanderung oder Flucht.

Die auf ständiges Wachstum ausgerichtete Produktionsweise und die zunehmende Konkurrenz auf dem Weltmarkt verschärfen den Raubbau und die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen. Die Schmierstoffe des Kapitalismus, die Verbrennung fossiler Brennstoffe wie Kohle, Öl und Gas, aber auch die zunehmende Entwaldung sowie die intensive Land- und Viehwirtschaft verursachen die hohe Treibhausgaskonzentration in der Erdatmosphäre, die unser Klima bedroht. Das Weltklima verändert sich. Viele Regionen der Erde sind mit langanhaltenden Dürren konfrontiert; Unwetter nehmen zu. Und zu nimmt auch die Zahl der Klimaflüchtlinge. Nach Zahlen des UNHCR haben 2022 rund 32,7 Millionen Menschen ihre Heimat aufgrund von Naturereignissen, wie Dauerregen, langanhaltenden Dürren, Hitzewellen und Stürmen sowohl kurz- als auch langfristig verlassen müssen. 80 Prozent der Flüchtlinge stammen aus armen krisengeschüttelten Ländern, die vom Klimawandel betroffen sind, aber kaum Ressourcen haben, um die Auswirkungen zu verhindern oder abzumildern². Für das Jahr 2050 werden bereits 200 Millionen Umweltflüchtlinge prognostiziert.

² <https://www.uno-fluechtlingshilfe.de/informieren/fluchtursachen/klimawandel>



Der Umgang der EU mit Geflüchteten

In die USA und die EU bzw. die reichen Industriestaaten fliehen nur wenige der weltweit flüchtenden und migrierenden Menschen: Mehr als vier von fünf Geflüchteten leben in sogenannten Entwicklungsländern. Die meisten finden Zuflucht in den Ländern des Südens. Trotzdem schottet sich die EU immer mehr gegen Flucht und Migration ab. Die EU und ihre Mitgliedsstaaten haben in den vergangenen Jahren große Anstrengungen unternommen, um ihre Außengrenzen durch Mauern und Zäune gegenüber Geflüchteten zu befestigen und die Außengrenzen hermetisch abzuriegeln.

Seit 1999 wurde in der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und dem gemeinsamen Europäischen Asylsystem beschlossen, die Asyl- und Flüchtlingspolitik zu vereinheitlichen.

Aber anstatt sich auf die Entlastung der Länder an den Außengrenzen, faire Asylverfahren und die Verteilung von Geflüchteten zu verständigen, wurden mit dem Dublin III-Abkommen geregelt, dass die Einreiseländer für die Asylverfahren zuständig sind.

Die EU-Regelung schiebt damit die Verantwortung an EU-Randstaaten – das sind vor allem die Mittelmeerländer – ab. Diese Länder werden wegen Überlastung motiviert, Flüchtlinge an den Grenzen abzuwehren oder sie so schlecht zu behandeln, dass sie in andere EU-Staaten weiterfliehen. Flüchtlinge irren durch Europa, versuchen in anderen Ländern Asyl zu beantragen und werden hin- und hergeschoben und häufig in die Erstaufnahmeländer zurückgeführt. Für Flüchtlinge bedeutet Dublin III Elend und Abschiebungen und die Aufhebung des Grundrechts auf Asyl. Für das Sterben an Europas Außen- und Binnengrenzen ist die Flüchtlings- bzw. Abschottungspolitik der EU verantwortlich.

Mit dem EU-Türkei-Deal ab März 2016 gilt für Geflüchtete, die über die Türkei nach Griechenland fliehen, die Inhaftierung in Lagern und die Rücküberführung in das angeblich sichere Drittland Türkei. In von der EU finanzierten Unterbringungslagern werden Schutzsuchende festgesetzt, registriert und einem Screening unterzogen. Diese Lager sind seit Beginn völlig überfüllt, die Infrastruktur ist häufig zusammengebrochen. Der Brand im Lager Moria auf der Insel Lesbos hat die katastrophalen Bedingungen dramatisch aufgezeigt. Nach dem Brand sollte alles besser werden. Nun wurden Closed Controlled Access Centres (CCAC) – »Geschlossene Zentren



mit kontrolliertem Zugang« gebaut. Die weit von den urbanen Zentren der Inseln entfernten CCACs sind eher Hochsicherheitsgefängnisse.

Das gemeinsame Abschottungssystem wurde nun im Juni 2023 von den EU-Innenminister*innen im EU-Innenrat perfektioniert. Es wurden neue Grenzverfahren beschlossen. Das Dublin-System bleibt weiter bestehen. Alle Geflüchteten, die es in die EU geschafft haben, sollen an den EU-Außengrenzen in Lagern nach dem Vorbild Griechenlands festgesetzt werden. Dort soll geklärt werden, ob sie überhaupt ein reguläres Asylverfahren erhalten. Ziel dieser neuen Grenzverfahren ist es, möglichst viele Geflüchtete bereits bei der Einreise abzuweisen. Wer aus einem angeblichen sicheren Herkunftsstaat kommt oder durch Staaten gereist ist, die als „sicherer Drittstaat“ eingestuft sind, hat kaum noch Chancen auf ein individuelles Asylverfahren. Es wird ein rechtliches Konstrukt der „Fiktion einer Nichteinreise“ konstruiert, um das Grundrecht auf Asyl auszusetzen. Der überwiegenden Mehrheit der Ankommenden wird damit die Möglichkeit genommen, das Grundrecht auf Asyl wahrzunehmen und ein Asylverfahren zu durchlaufen.

Die EU-Innenminister haben mit der Einigung auf diese Verfahren rechte Forderungen erfüllt. Die Rufe nach der Einstufung weiterer Länder als sichere Herkunftsstaaten nehmen seither zu. Im Koalitionsvertrag der Bundesregierung stand noch: „Wir wollen die illegalen Zurückweisungen und das Leid an den Außengrenzen beenden. Der Asylantrag von Menschen, die in der EU ankommen, oder bereits hier sind, muss inhaltlich geprüft werden.“ Inzwischen hat die Ampel-Koalition der Asylrechtsreform zugestimmt. Das Festsetzen von Schutzsuchenden in Lagern wird aber nicht dazu führen, dass weniger Menschen sich auf die Flucht begeben und versuchen nach Europa zu kommen. Fluchtursachen sind damit nicht beseitigt. Eine aktuelle Studie³ belegt, dass es keine Verbindung gibt zwischen lebensrettenden Aktionen im Meer und der Zahl der Menschen, die auf diesem Weg versuchen, nach Europa zu kommen. Menschen verlassen ihre Heimat aufgrund der Lage in ihrem Herkunftsland, auch wenn die Wege gefährlich sind.



Frontex: Militärische Sicherung der Außengrenzen der EU

Neben der Reform des Gemeinsamen europäischen Asylsystems (GEAS) soll nach den Vorstellungen der Kommissionpräsidentin Ursula von der Leyen die europäische Grenzagentur Frontex weiter aufgerüstet werden. Die Grenzschutzagentur Frontex ist seit 2005 für den militärischen Grenzschutz der EU-Außengrenzen zuständig und wurde im Laufe der Jahre mit immer neuen Kompetenzen und Mitteln ausgestattet. Das Budget der Europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex) ist in den Jahren zwischen 2005 und 2023 stark angestiegen. Im Jahr 2005 betrug das Budget sechs Millionen Euro, im Jahr 2023 lag es bei 845 Millionen Euro⁴.

Einen Sprung machte der Etat nach dem Sommer der Migration 2015 von 142 auf 254 Millionen Euro und seitdem sind der Aufrüstung kaum noch Grenzen gesetzt. Seit 2016 darf Frontex eigene Fahrzeuge, Flugzeuge und Drohnen anschaffen. Seit 2019 wird eine sogenannte „Ständige Reserve“ mit 10.000 Beamt*innen aufgebaut. Sie besteht derzeit aus rund 2.000 Mitstreiter*innen und soll bis 2027 vollständig rekrutiert sein und ist direkt dem Hauptquartier von Frontex in Warschau unterstellt. Diese „Ständige Reserve“ ist eine eigenständige Polizeitruppe und soll an den EU-Außengrenzen eingesetzt werden und eigenständig Abschiebungen organisieren. Zudem betreut sie eine riesige Datenbank für Reisende aus Drittstaaten.

Für die Umsetzung der EU-Abschottungspolitik wird viel Technologie benötigt. Diese liefert die Rüstungsindustrie. Sie verdient zum einen an der Aufrüstung der EU- und NATO-Staaten und durch Rüstungsexporte in Konflikt- und Krisengebiete weltweit. Die Menschen die vor Kriegen und Konflikten fliehen, werden durch NATO-Stachelndraht, Drohnen, Satellitenbilder, Wärmebildkameras, biometrische Anwendungen und KI-basierte Auswertungsdaten an der Einreise in die EU gehindert. Die Rüstungsindustrie erforscht und entwickelt neue Werkzeuge und verkauft diese an Frontex und nationale Grenzpolizeien.

Mit Drohnen wird dann vor den Seegrenzen weit vor der EU nach Flüchtenden gesucht. Aber nicht um die Daten an Boote für Rettungsmissionen weiter zu geben, sondern z.B. an die libysche Küstenwache. Die libysche Küstenwache wurde von der EU für die Grenzkontrolle ausgerüstet und ausgebildet und führt Schutzsuchende widerrechtlich mit Push Backs teilweise unter Einsatz von Schusswaffen nach Libyen zurück. Durch die Luftüberwachung durch Drohnen wird die Grenzüberwachung in Hoheitsgewässer außerhalb der EU verschoben. Die libyschen Gefängnislager für Geflüchtete sind berüchtigt, die Lebensbedingungen unerträglich und die Küstenwache ist mit in den Sklavenhandel verwickelt.

Deshalb weichen immer mehr Flüchtlinge nach Tunesien aus und versuchen von dort mit Booten über das Mittelmeer Italien zu erreichen. Auch aus Tunesien selbst fliehen aufgrund des wirtschaftlichen und sozialen Nie-

³ <https://www.nature.com/articles/s41598-023-38119-4>

⁴ <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1172183/umfrage/budget-der-europaeischen-agentur-fuer-die-grenz-und-kuestenwache-frontex/>



dergangs immer mehr Menschen. Nach mehreren Besuchen von Vertretungen aus der EU und zähen Verhandlungen erreichte die EU im Sommer 2023 einen Vertrag mit Tunesien zur Migrationskontrolle. Tunesien verpflichtet sich, keine Ansiedlung von illegalen Migranten zu dulden und seine eigenen Grenzen zu schützen. Dazu gehört ein System zur Identifizierung und Rückführung in ihre Heimatländer auch von schon in Tunesien lebenden Migrant*innen. Operationen zur Suche und Rettung auf hoher See sollen effizienter werden.

So verschiebt die EU die Grenzkontrollen zunehmend in Nicht-EU-Länder. Geflüchtete sollen abgefangen und daran gehindert werden, in die EU zu gelangen und dort Asyl zu beantragen. Damit das alles noch den Anschein von Rechtsstaatlichkeit hat, werden diese Länder als „sichere Drittstaaten“ eingestuft. Allein diese Einstufung ist ein Hohn. Die angeblich menschenrechtsbasierte Außenpolitik der EU ist an Zynismus nicht zu überbieten.

Dass es auch anders geht, zeigt der Umgang mit den Flüchtlingen aus der Ukraine. Seit Beginn des Krieges um die Ukraine ist ein Drittel der ukraini-

schen Bevölkerung auf der Flucht. Über fünf Millionen Menschen sind innerhalb des Landes Binnenflüchtlinge. Über 8,2 Millionen leben in europäischen Staaten als Flüchtling. 5,1 Millionen sind ohne Asylverfahren im Rahmen der sog. „Massenzustrom-Richtlinie“ in der EU registriert. Das bedeutet, sie bekommen vorübergehenden Schutz sowie eine Arbeitserlaubnis und Zugang zu Sozialleistungen, medizinischer Versorgung und Bildung. Dieser Aufenthaltsmöglichkeit galt erst mal für zwei Jahre und soll nach Ankündigung von Frau von der Leyen bis 2025 verlängert werden.

Große Probleme bei ihren Anträgen auf Asyl haben bisher Deserteure und Kriegsdienstverweigerer aus Russland, Belarus und auch aus der Ukraine. Männern aus der Ukraine ist die Ausreise verboten und ihnen wird in der Ukraine das Recht auf Kriegsdienstverweigerung verweigert bzw. sie landen im Gefängnis. Aus Russland und Belarus flüchten viele vor dem Kriegsdienst und ihnen wird häufig das Recht auf Asyl verweigert. Sie sollen beweisen, dass sie vor einer Einberufung geflohen sind. Die meisten warten aber die Ein-

berufung nicht ab. Mehr als 150.000 russische Militärdienstpflichtige und Deserteure lehnen den Angriffskrieg ab und sind in Nachbarländer geflohen. Auch schätzungsweise 22.000 belarussische Militärdienstpflichtige haben ihr Land verlassen, weil sie sich nicht am Krieg in der Ukraine beteiligen wollen. Sie alle müssen wegen ihrer Haltung gegen den Krieg eine mehrjährige Verfolgung befürchten. Notwendig sind sichere Wege und eine klare Regelung bzw. das Grundrecht auf Asyl muss für alle Menschen, die aus ihrem Land fliehen, gelten.

Es wird Zeit Fluchtursachen zu bekämpfen und nicht Flüchtlinge. Eine Voraussetzung ist ein der Stopp aller Rüstungsexporte. Aber vor allem eine andere Wirtschafts- und Handelspolitik, die aufhört die Ressourcen der Länder des Südens auszubeuten und diese durch Schulden und Freihandelsabkommen in immer neue Abhängigkeiten zu treiben. Bis es soweit ist brauchen Flüchtlinge sichere Fluchtwege. Menschen brauchen das Recht zu kommen, das Recht zu bleiben und das Recht zu gehen.

**DAS RECHT ZU KOMMEN,
DAS RECHT ZU BLEIBEN
UND DAS RECHT ZU GEHEN!**

FLUCHT UND MIGRATION LASSEN SICH NICHT VERHINDERN – DIE MÖRDERISCHEN FOLGEN DER EU-POLITIK SCHON

von Lea Reisner



*Lea Reisner, *1989, Gesundheits- und Krankenpflegerin, Berlin/NRW, seit 2017 aktiv in der zivilen Seenotrettung als Krankenpflegerin, Einsatzleiterin und Projektkoordinatorin, Co-Autorin des Buches "Grenzenlose Gewalt - Europas unerklärter Krieg gegen Flüchtende", Kandidatur für das EU Parlament*

Ich habe 2019 als Einsatzleiterin der Luftaufklärung von Sea Watch sehr viel Zeit auf Lampedusa verbracht, der Insel, die schon lange ein Symbol für die Festung Europa ist. Seit dem Schiffsunglück 2013, bei dem mehr als 300 Menschen starben, ereignen sich auf und vor Lampedusa regelmäßig politisch herbeigeführte und gewollte Tragödien. Gleichzeitig ist der sogenannte "Schiffsfriedhof", auf dem all die Boote abgeladen werden, die es geschafft haben, die Küste zu erreichen, ein Beweis dafür, dass selbst eine noch so hoch aufgerüstete Grenze durchbrochen werden kann.

Im September 2023 bestimmen Nachrichten über den Inselbesuch der EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen und der faschistischen Regierungschefin Italiens, Giorgia Meloni, die Schlagzeilen. Ich finde bei der Google-Suche auf den ersten drei Seiten genau einen Artikel, in dem der Tod eines Neugeborenen und der eines fünf Monate alten Babys im Mittelpunkt steht. Die restlichen Artikel beschäftigen sich mit den Rufen nach weiterer Militarisierung der Grenzen.

Das spiegelt die aktuellen Prioritäten der europäischen Grenzpolitik nur allzu deutlich wider. Der Fokus liegt auf Abschottung und nicht auf den davon betroffenen Menschen. Während rechte

bis faschistische Kräfte vehement behaupten, man könne und müsse "Grenzen schützen", beweist die aktuelle Situation auf Lampedusa einmal mehr, dass dies nicht möglich ist. Migration ist ein Phänomen, das sich durch Grenzen, Zäune und Mauern nicht verhindern lässt. Was sich jedoch verhindern lassen würde, sind die zahlreichen Toten, die Europas Grenzregime fordern.

Politik mit Bildern

Bilder der überfüllten Pier in Lampedusa gehen um die Welt und sind wohl kalkuliert. Natürlich könnten die Menschen sofort auf das Festland gebracht werden, doch dann könnten Faschist*innen und Konservative aus ganz Europa nicht wieder von "Invasion" oder "Überschwemmungen" fabulieren. 7000 Menschen auf dem italienischen Festland – das wäre keine Schlagzeile wert.

Vor Ort zeigt sich aber auch etwas anderes: Die Segregation zwischen Einheimischen, Tourist*innen und den illegalisierten Flüchtenden ist implodiert. Sie existiert nicht mehr.

Die Zäune der Erstaufnahmeeinrichtung, die dafür sorgen sollten, dass Menschen auf der Flucht von den reichen Urlauber*innen ferngehalten werden, wurden durchbrochen. Die der-

zeit 7000 auf der Insel gestrandeten Menschen ließen sich nicht auf die 600 vorgesehenen Einrichtungsplätze pferchen.

Es geht eine Welle der Solidarität durch die Straßen der einzigen Stadt Lampedusas. Menschen, die gerade erst angekommen sind, teilen sich Schlafplätze; Einwohner*innen verteilen Essen und aufmunternde Worte; lokale NGOs versuchen ihr Bestes, um den Geflüchteten die Ankunft in Italien zu erleichtern.

Die Einwohner*innen von Lampedusa haben zu einem Lichtermarsch aufgerufen. Das Motto: "Stoppt das Sterben auf See – legale Einreisewege jetzt!" Eine Trauerfeier für das fünf Monate alte Baby wurde organisiert. Erneut zeigt sich, was wir auch 2015 in Deutschland erlebt haben: Menschen solidarisieren sich und packen die Herausforderungen an.

Grenzen der Solidarität und die Verantwortung der EU

Natürlich ist die Situation trotz allem untragbar und natürlich ist bei all der lokalen Solidarität klar, dass die Lösungen nicht Lebensmittelspenden von Pri-

vatpersonen sein können.

Es wäre die Verantwortung der EU, finanzielle Unterstützung zu leisten und rechtliche Rahmenbedingungen für eine tatsächliche Lösung zu schaffen: Eine schnelle und unbürokratische Aufnahme, insbesondere in die zahlreichen Kommunen und Städte in ganz Europa, die sich z.B. der Seebrücke angeschlossen haben und ihre Aufnahmebereitschaft signalisiert haben. Doch der Wille, solidarische Strukturen zu unterstützen, ist schlicht nicht vorhanden. Stattdessen konzentrieren sich alle Bemühungen auf die weitere Abschottung.

Das geschieht beispielsweise durch Deals mit Diktatoren wie in Tunesien. Das Foto der toten Frau mit ihrem ebenfalls toten Kind in der Wüste wurde auf sozialen Medien tausendfach geteilt. Gleichzeitig wurden die Hochglanzbilder von Meloni, von der Leyen und Rutte verbreitet, die dem tunesischen Machthaber Saied 100 Millionen Euro in Aussicht stellen - wenn er die Migration über das Mittelmeer stoppt.

Heute kennen wir den Namen der Frau und ihres Kindes: Fati Dosso (30) von der Elfenbeinküste und Marie (6), die in Libyen geboren wurde. Sie wurden von tunesischen Polizisten in der

Wüste ausgesetzt und sind dort verdurstet.

Sogenannte "Entwicklungshilfegelder" der EU sind häufig an Bedingungen geknüpft, durch die Empfängerländer dazu verpflichtet werden, Menschen auf der Flucht schon weit vor den europäischen Grenzen aufzuhalten. Sie dienen damit weitaus mehr der Abschottung, als dass sie tatsächlich zu einer Emanzipation und Befreiung afrikanischer Länder beitragen. Die Abhängigkeiten des Globalen Südens werden somit aufrechterhalten.

Schon seit vielen Jahren versucht die EU ihre Grenzen auf den afrikanischen Kontinent vorzuverlagern und dadurch auch die Verbrechen, die im Namen des "Grenzschutz" begangen werden, unsichtbar zu machen. Denn während im Mittelmeer und auf der Balkanroute zivile Organisationen trotz aller Repression ein wachsames Auge auf Grenzwächter*innen haben und Menschenrechtsverletzungen laut und deutlich anprangern, sterben die Menschen in der Sahara, in libyschen Foltercamps oder der tunesischen Wüste relativ unbemerkt. Nur wenige Journalist*innen des Globalen Nordens sind hier tätig. Die Arbeit von Aktivist:innen und Men-



schenrechtsorganisationen aus den Regionen ist gefährlich und wird oftmals wenig beachtet.

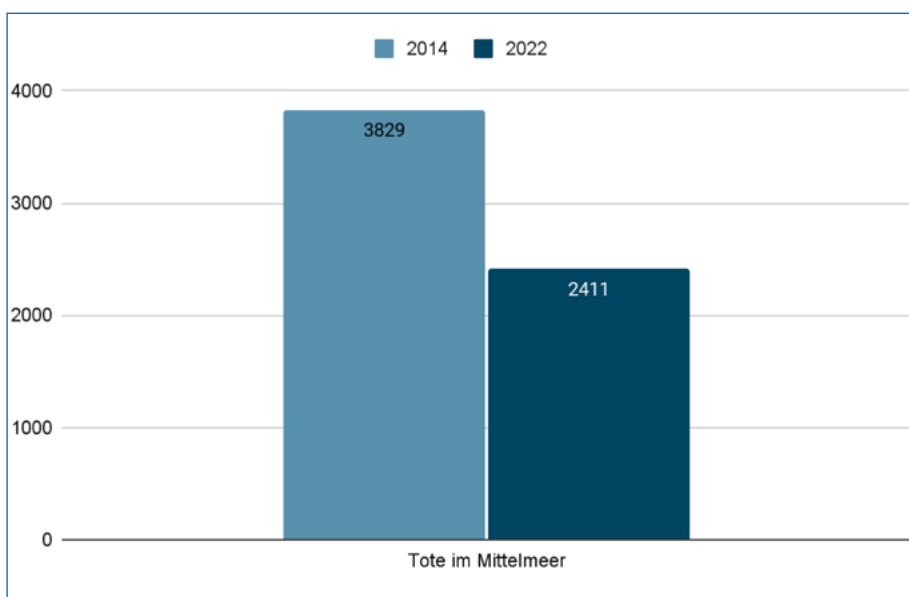
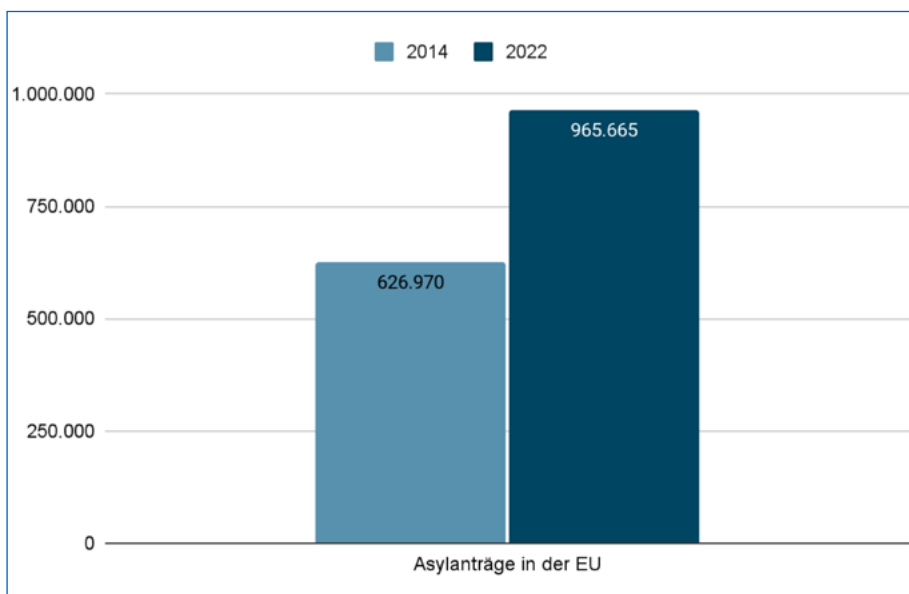
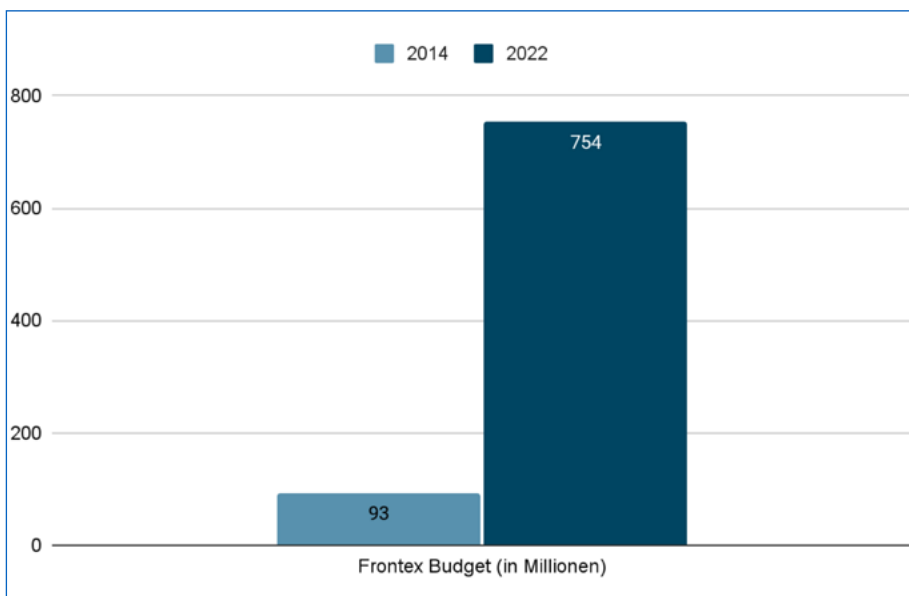
Militarisierung des Grenzregimes

Neben der Auslagerung der Grenzen wird auch die fortschreitende Militarisierung und Aufrüstung der europäischen Grenzschutzagentur Frontex mit Hochdruck vorangetrieben. Während das jährliche Budget der Agentur im Jahr 2014 bei rund 93 Millionen Euro lag¹, durfte Frontex im Jahr 2022 mit insgesamt 754 Millionen Euro aus der EU aufrüsten². Während das Budget massiv aufgestockt wurde, sind weder die Zahlen der Asylanträge noch die Todeszahlen im Mittelmeer relevant zurückgegangen. Im Jahr 2014 gab es 626.970 Asylanträge in der EU³, im Mittelmeer waren im selben Zeitraum 3829 Tote zu beklagen⁴. 2022 wurden in der EU fast eine Million Asylanträge gestellt⁵, auf dem Mittelmeer sind mindestens 2411 Menschen gestorben⁶.

Selbst nach den Maßstäben einer flucht- und migrationsfeindlichen Politik, ist diese ganze Operation absolut sinnbefreit, während Unsummen von EU-Geldern verpulvert werden. Die einzigen, die profitieren sind - neben denen, die sich als Law&Order-Politiker*innen profilieren - Rüstungs- und Überwachungsunternehmen. Denn im rechtsfreien Raum an unseren Außengrenzen werden all jene Überwachungstechnologien getestet, die in der EU aufgrund der Gesetzeslage (noch) nicht einsetzbar sind.

Keine Kontrolle, keine Rechenschaftspflicht für Frontex

Ein weiteres fatales Problem mit Frontex ist, dass trotz des drastischen Machtzuwachses, kaum eine Rechenschaftspflicht für die EU-Agentur besteht. Offiziell stehen Frontex-Beamt*innen den nationalen Grenz-



1 https://frontex.europa.eu/assets/Key_Documents/Annual_report/2014/General_Report_2014.pdf

2 https://frontex.europa.eu/assets/Key_Documents/Budget/Frontex_VOBU_2022.pdf

3 https://www.europarl.europa.eu/infographic/asylum-migration/index_de.html#filter=2014

4 https://missingmigrants.iom.int/region/mediterranean?region_incident=All&route=All&year%5B%5D=2511&month=All&incident_date%5Bmin%5D=&incident_date%5Bmax%5D=

5 https://www.europarl.europa.eu/infographic/asylum-migration/index_de.html#filter=2022

6 https://missingmigrants.iom.int/region/mediterranean?region_incident=All&route=All&year%5B%5D=10121&month=All&incident_date%5Bmin%5D=&incident_date%5Bmax%5D=



schutzbehörden nur unterstützend zur Seite. Dadurch entsteht ein Verantwortungsvakuum, in dem weder die nationalen noch die europäischen Grenzwachter*innen für Vergehen zur Rechenschaft gezogen werden. Die derzeitigen EU-parlamentarischen Kontrollmechanismen, die die Einhaltung der Menschenrechte durch Frontex überwachen sollen, können getrost als zahnlose Tiger bezeichnet werden.

Die Perfidität dieser berechneten Unverantwortung zeigte sich kürzlich beispielhaft in der Abweisung einer Klage durch den Europäischen Gerichtshof⁷. Eine syrische Familie versuchte dort, Frontex wegen des an ihr verübten illegalen Pushbacks aus Griechenland in die Türkei zu verklagen. Der Europäische Gerichtshof verwies jedoch darauf, dass einzig die jeweiligen Mitgliedstaaten der EU für die Einhaltung der Menschenrechte verantwortlich seien und Frontex als solches, trotz offensichtlicher Involvierung, nicht belangt werden könne.

Dies wirft neben moralischen, auch rechtliche Fragen nach dem Mandat von Frontex auf. Bei der aktuellen EU-Kommission wird man sich jedoch weiterhin darauf verlassen können, dass die Macht der Agentur ungebrochen und ihre Taten ungestraft bleiben werden.

Die hehren Werte und erklärten Ziele der EU und all ihrer Mitgliedstaaten, wie z.B. die Unantastbarkeit der Menschenwürde, die Wahrung von Menschenrechten, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit, entpuppen sich mit Blick auf eine Abschottungspolitik, deren Ziel nicht der Schutz von Flüchtenden, sondern vor Flüchtenden ist, als reine Farce.

Die Menschenrechte werden nicht mehr nur verbal in Frage gestellt, sondern faktisch abgeschafft. Da inzwischen selbst die SPD und die Grünen Forderungen nach mehr Abschiebungen und Grenzkontrollen stellen, ist DIE LINKE die letzte deutsche Partei, um für jene Rechte zu kämpfen. Das Recht auf Asyl, das nach dem zweiten Weltkrieg als Konsequenz auf die Ermordung von Millionen Menschen eingeführt wurde, muss verteidigt werden. Denn wird eines der universellen Menschenrechte abgeschafft, so stehen automatisch alle Menschenrechte zur Disposition. Es ist Zeit, das Sterben an den Grenzen durch die Schaffung legaler und sicherer Einreise- und Fluchtwege in die EU zu beenden und einen radikalen Wandel der europäischen Migrationspolitik anzugehen. Für das Recht zu kommen, zu bleiben und zu gehen!

Fluchtursachen umfassend bekämpfen

Wenn wir über die Bekämpfung von

Fluchtursachen sprechen, dann muss dies die konsequente Bekämpfung des Klimawandels sowie ein Ende der Ausbeutung des Globalen Südens beinhalten. Dafür braucht es laute und kompetente Stimmen in den Parlamenten, eine aktive Zivilgesellschaft und die Unterstützung der Menschen auf der Flucht sowie der Fluchthelfer*innen.

Fünf Jahre lang habe ich auf Schiffen und Flugzeugen der zivilen Seenotrettung gearbeitet und wenn ich eines in dieser Zeit gelernt habe, dann ist es den unfassbaren Mut und die Kraft all jener zu bewundern, die tagtäglich Grenzen einreißen. Die sich nicht mit den aktuellen kapitalistischen, rassistischen und neo-kolonialen Gegebenheiten abfinden, sondern den vom Globalen Norden zementierten Machtstrukturen entgegenstellen.

Das chronisch bemühte Narrativ, dass Migration verhindert werden könne und solle, ist nicht nur beschämend, sondern rückwärtsgerichtet und zum Scheitern verurteilt. Eine Vernetzung über Staatsangehörigkeiten und Grenzzäune hinweg und die Erkenntnis, dass wir diese Mauern nur gemeinsam einreißen können, eröffnen neue Chancen, der Brutalität der Festung Europas grenzenlose Solidarität entgegenzusetzen.

⁷ <https://www.notonourborderwatch.com/>

GESCHÖNTE FASSADE – MARODE SUBSTANZ

Während die herrschenden Medien relativ regelmäßig über die menschenverachtende Migrations- und Flüchtlingspolitik in der EU berichten, allerdings nicht, um die herrschende Politik anzuklagen, sondern um sog. Schlepperbanden für das Massensterben im Mittelmeer verantwortlich zu machen, müssen wir Berichte über ähnlich menschenunwürdige Verhältnisse in anderen Politikfeldern nahezu mit der Lupe suchen. Die Anpassung an die herrschenden Machtverhältnisse verhindert in den meisten Redaktionen, die EU auf die Anklagebank zu stellen, wenn es um den dasaströsen Abbau von sozialen Standards oder sklavenartige Arbeitsverhältnisse wie u.a. bei den Ernte- und Saisonarbeiter*innen in Italien oder Spanien geht, den Armutsverhältnissen in den Ländern, die im Rahmen der „Osterweiterung“ EU-Mitglieder wurden oder die, wie z.B. in Griechenland unter dem Diktat der Troika zu nahezu 30 % der Einwohner*innen von einer Krankenversicherung abgeschnitten wurden.

von Jürgen Aust

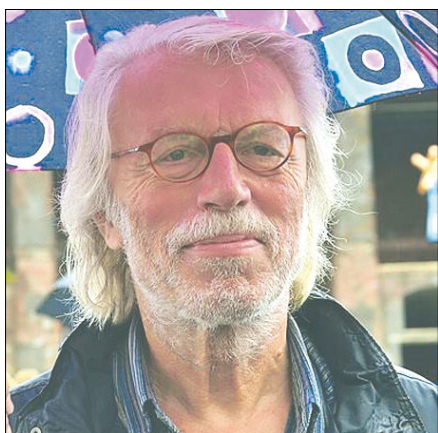
Europa als der Garten Eden

Doch die hochbezahlten Vertreter der EU bzw. der EU-Kommission, wie z.B. Josep Borell, zuständig für Außen- und Sicherheitspolitik, haben den Auftrag, sich gegen diese monströsen Verhältnisse nahezu zu immunisieren und die höchst prekären Verhältnisse bei Auftritten vor der Öffentlichkeit schönzureden: „Europa ist ein Garten, in dem alles funktioniert. Es ist die beste Kombination aus politischer Freiheit, wirtschaftlichem Wohlstand und sozialem Zusammenhalt, die die Menschheit je aufbauen konnte....Der größte Teil der übrigen Welt ist ein Dschungel. Und der Dschungel könnte in den Garten einfallen. Und die Gärtner sollten sich darum kümmern.“

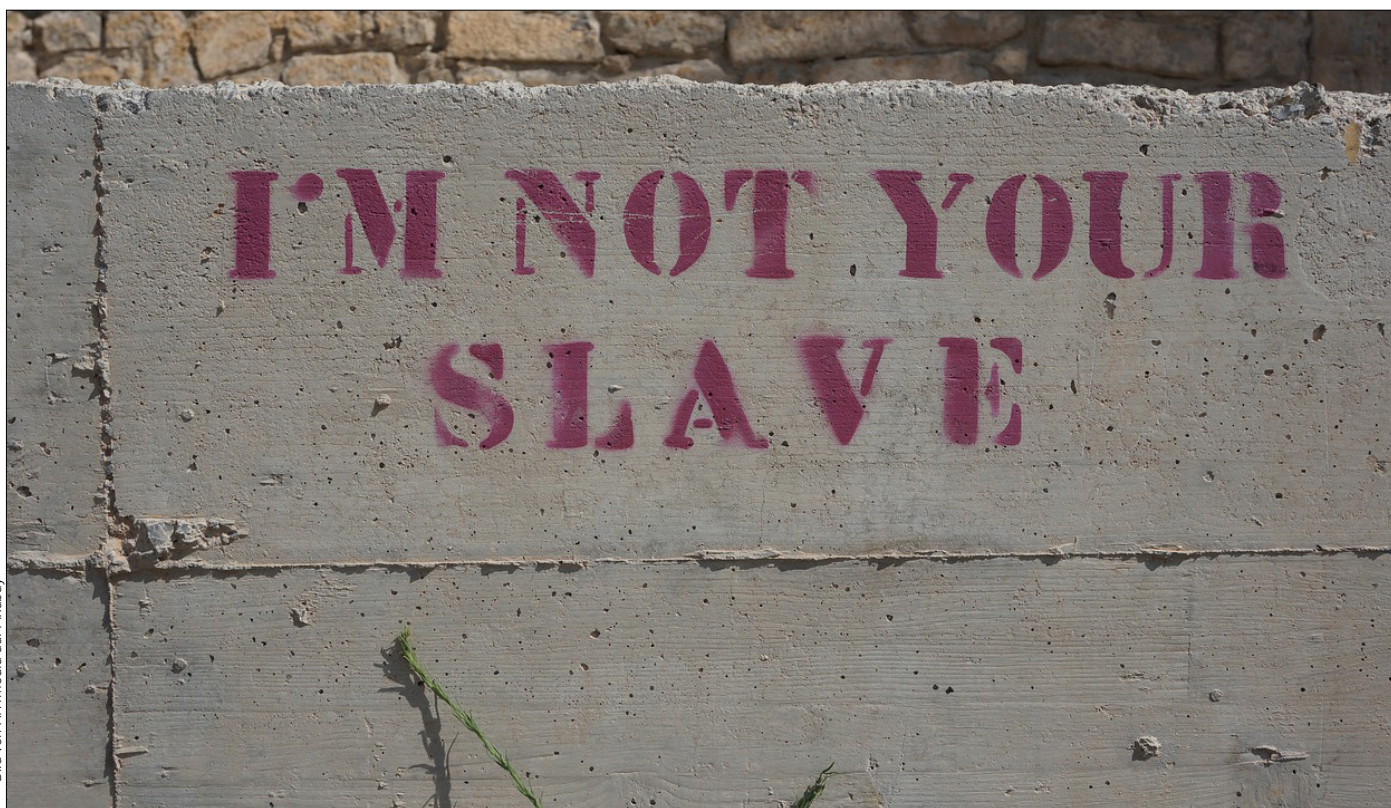
Um diesen „Garten Eden“ u.a. am Beispiel der Austeritätspolitik der Troika etwas näher zu beleuchten, die 2015 mit einer erpresserischen Politik die griechische Regierung zu dramatischen Sozialkürzungen zwang, seien die Folgen im Bereich des Gesundheitswesens benannt:

„Besonders dramatisch sind die Auswirkungen der Vorgaben der Troika im Gesundheitssektor, die neben Kürzungen die Privatisierung des gesamten Bereichs vorsahen. Der ehemalige Gesundheitsminister Andreas Loverdos hat zugegeben, dass die Regierung zu ihrer Erfüllung „Schlachtermesser“ benutzt

hat. Die Zahlen sprechen für sich: Von 183 Krankenhäusern im Land sind seit Beginn der Krise etwa 100 geschlossen worden, rund 35.000 Klinikstellen fielen dabei weg. Die 350 Polykliniken, mit denen bislang die ambulante Grundversorgung sichergestellt wurde, wurden komplett geschlossen. Im Gesundheitssystem sind insgesamt 26.000 Stellen abgebaut worden, davon 9.100 Stellen von Ärzten. Da viele Krankenhäuser ihre Lieferanten nicht oder nur verspätet bezahlen, kommt es immer wieder zu Engpässen bei Medikamenten und medizinischen Gütern, so fehlen mitunter selbst einfachste Dinge wie Handschuhe, Desinfektions- oder Schmerzmittel. Viele Krankenhäuser verschieben Behandlungen in die Zukunft und nehmen nur noch die allernotwendigsten chirurgischen Eingriffe vor, weil ihr Budget erschöpft ist. Allein 2011 gab es eine Kürzung von 60 % des Budgets für die laufenden Betriebskosten des öffentlichen Gesundheitswesens, sodass die Angehörigen von Patienten selbst Kanülen oder Verbandsmaterial zur Verfügung stellen und bei der Behandlung mithelfen müssen. Vor diesem Hintergrund ist die Rede von einer Reform des Gesundheitswesens, bei dem übrigens Experten des Bundesministeriums für Gesundheit federführend waren, schlicht irreführend“ (Gregor Kristidis „Kein Ende des Ausnahmezustands“): <https://www.sopos.org/aufsaetze/556ecf153d092/1.phtml.html>



*Jürgen Aust ist Mitglied im Bundessprecher*innenrat der AKL und seit Jahren in Duisburg in der Sozialberatung tätig.*



Auch in Italien wird insbesondere im Arbeitssektor diese Art von menschenverachtender Politik u.a. an den Jahr für Jahr auf den riesigen Erntefeldern in der Landwirtschaft arbeitenden Arbeitsklaven exekutiert. Dazu ein Artikel im ND v. 03.01.2021:

„Die Landarbeitergewerkschaft FLAI Cgil hat kürzlich eine Untersuchung durchgeführt, die erschreckende Zahlen ans Licht gebracht hat. 39 Prozent aller Landarbeiter haben demnach keine regulären Arbeitsverträge; über 300 000 Personen (zum größten Teil Bulgaren, Rumänen, Afrikaner und Inder) werden offiziell für weniger als 50 Tage im Jahr angestellt und erhalten einen Tageslohn zwischen 20 und 30 Euro für bis zu 12 Stunden harter Arbeit. In einigen Fällen wurden auch Löhne von nur 1,50 Euro pro Stunde verzeichnet. Die Frauen erhalten noch einmal 20 Prozent weniger Lohn als ihre männlichen Kollegen. Es handelt sich um ein komplexes Ausbeutungssystem, das von der Anwerbung bis in die Supermärkte reicht und in Italien »Agromafia« genannt wird. Deren Profit betrug 2018, so das Forschungsinstitut Eurispes, 24,5 Milliarden Euro. Diese Milliarden werden buchstäblich auf dem Rücken von Hunderttausenden von »unsichtbaren« Landarbeitern und Landarbeiterinnen »erwirtschaftet«:
<https://www.nd-aktuell.de/artikel/1146516.landarbeiter-in-italien-moderne-sklaverei-in-italien.html>

Die Europäische Kommission „bekämpft“ derartige Verhältnisse mit

wohlfeilen Erklärungen bzw. Richtlinien wie u.a. „Die Europäische Säule Sozialer Rechte“, die keinerlei Rechtsansprüche enthalten, sondern ausschließlich deklaratorischer Natur sind (file:///C:/Users/juerg/Downloads/KE-01-18-212-DE-N.pdf). Keines der EU-Länder hat sich in der Folgezeit an diesen Grundsätzen in seiner Arbeits- und Sozialpolitik orientiert, vielmehr haben sie auf zahlreichen Politikfeldern soziale Standards abgebaut wie in Frankreich mit der sog. „Rentenreform“, in Italien vor wenigen Wochen mit der Abschaffung sozialrechtlicher Leistungsansprüche im Falle von Arbeitslosigkeit und Armut oder in Deutschland als dem „Vorgezeigeland“ für eine fortschrittliche Sozialpolitik mit einer drastischen Kürzung von Sozialleistungen im Rahmen der aktuell vorgestellten Haushaltsplanung für 2024. Es lohnt sich, zur besseren Beurteilung einer „wertebasierten“ Politik à la Baerbock sich einige dieser Maßnahmen näher anzuschauen:

* das „Jahrhundertprojekt“ der Ampelregierung, die sog. „Kindergrundsicherung“ würde lt. Familienministerin Paus (Grüne) einen Finanzbedarf von ca. 12,5 Mrd. € erfordern, die auf Veranlassung des Porsche-Ministers Lindner auf völlig unzureichende 2,6 Mrd. € zusammengestrichen wurden und an den langjährig kritisierten Armutsverhältnissen von Kindern nichts substantiell ändern würden

* die von Anfang an verlogene Paro-

le „Wir werden Hartz IV abschaffen“ (so die ehemalige Arbeitsministerin Andrea Nahles) endete mit der „Bürgergeld-Reform“ als Rohrkrepierer: das seit Jahren von nahezu allen Sozialverbänden massiv kritisierte Sanktions-System wurde in einer leicht abgeänderten Form beibehalten. Die völlig unzureichenden Regelsätze wurden zwar geringfügig erhöht, allerdings deckte die Erhöhung noch nicht einmal die Inflation ab, die insbesondere die Lebensverhältnisse der von Armut betroffenen Menschen massiv einschränkten

* mit Beginn der Pandemie erfolgten in Deutschland nicht nur Massenentlassungen (u.a. wurden ca. 825.000 Minijobs abgebaut), sondern die eingeführte „Kurzarbeit“ führte bei Millionen von Beschäftigten zu massiven Einkommensverlusten. Während in einigen wenigen Ländern (z.B. Dänemark, Niederlande oder Norwegen) das Kurzarbeiter*innen-Geld 90% bis 100% des letzten Nettolohnes entsprach, wurden in Deutschland die von Kurzarbeit betroffenen Menschen mit 60% abgespeist. Selbst in Italien wurde zunächst für die Dauer eines Jahres ein Kündigungsverbot erlassen, während die deutschen Unternehmen bei den Massenentlassungen freie Hand hatten.

Die EU als Selbstbedienungsladen der Konzerne

Insbesondere während der Pandemie konnten zahlreiche deutsche Großkonzerne ihre teilweise wegbrechenden Umsätze durch milliardenschwere staatliche Finanzhilfen kompensieren. Während u.a. kleinere Mittelstandsbetriebe zu Tausenden schließen mussten, wurde für wenige Konzerne ein goldener Teppich ausgerollt. So erhielten die Lufthansa 6 Mrd. €, der Touristik-Konzern „TUI“ erhielt 1,24 Mrd. €, die Gruppe FTI Touristik 603 Mio. € und die MV Werften 300 Mio. €, um nur einige der Firmen zu nennen, die aus dem Topf insgesamt mit 27 Mrd. € bedient wurden. Hinzu kamen Kreditermächtigungen von 50 Mrd. €, die zusätzlich in Anspruch genommen werden konnten. Während die Konzerne damit ihre üppigen Vorstandsbezüge weiter zahlen konnten, gingen die Beschäftigten völlig leer aus. Die Bundesregierung hat von den bedachten Firmen noch nicht einmal die Verpflichtung abverlangt, während der Laufzeit dieser Kredite keine Entlassungen vorzunehmen, was dafür spricht, dass die Lobbyisten ganze Arbeit geleistet haben.

Ist die EU noch zu retten ?

Die anstehende Europawahl ist für zahlreiche Akteure im linken Spektrum erneut eine willkommene Gelegenheit, in ständiger Neuauflage zu verkünden, dass die EU sich (selbstverständlich) reformieren lässt. Es wird zwar konstatiert, dass die EU sich an einem „Scheideweg“ befindet oder aber, dass der Euroraum in einer „akuten Krise“ stecke, ja, es wird insbesondere auch konstatiert, dass das autoritäre „Einstimmigkeitsprinzip“ bei allen zentralen Entscheidungen der EU keine reformorientierten Vertragsänderungen zulasse, was ihre Vertreter*innen aber nicht daran hindert, in nahezu religiöser Gläubigkeit das „Modell eines solidarischen Europas“ zu verkünden. Für eine linke und antikapitalistische Alternative ist es deshalb notwendig, deutlich zu machen, dass die EU alles andere als ein internationalistisches Projekt ist. Sie war von Anfang an ein Kartell imperialistischer Staaten, denen es darum ging, die europäische Wirtschaft und die europäischen Konzerne im globalen Wettbewerb konkurrenzfähig zu machen. Und um diese Konkurrenz- und Wettbewerbsfähigkeit beständig zu „reformieren“, greifen insbesondere die Kernländer der EU zu den Mitteln der Deregulierung des Arbeitsmarktes in Form der Ausweitung prekärer Arbeit

in Gestalt von Minijobs, Leiharbeit oder Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte, zur Absenkung der Lohnkosten oder zur Einschränkung sozialer Leistungen.

Trotz dieser unbestreitbaren Fakten versuchen jedoch zahlreiche linke Politiker*innen und Autor*innen einmal mehr, dem geeigneten Publikum ihre Erzählung von einem „Sozialen Europa“, in dem beständig Milch und Honig fließt, schmackhaft zu machen. Um dies an einem aktuellen Beispiel zu verdeutlichen: im Heft 6/2023 von „Sozialismus.de“ haben Daphne Weber und Alban Werner einen Artikel mit der Überschrift „Die EU als Kampffeld“ veröffentlicht, mit dem sie die These vertreten, dass „die gegenwärtigen Reformen ...ein Zeitfenster für einen grundsätzlichen Wandel in Europa (öffnen).“ Mit Reformen verbinden sie u.a. den von der EU-Kommission zu Beginn der Pandemie beschlossenen Wiederaufbaufonds, der zum ersten Mal eine Vergemeinschaftung der Schulden vorsieht, die einige Zeit vorher noch von Merkel und einigen EU-Ländern vehement abgelehnt wurden. Dass mit diesen EU-Mitteln ebenso wie mit den nationalen Stützungsprogrammen in erster Linie einige wenige Großkonzerne unter ihre notleidenden Arme gegriffen wurde, während die Masse der Beschäftigten von Kündigung und abgesenkten Sozialleistungen betroffen war, dazu fehlt in diesem Beitrag jedes Wort. Klassenkampf war gestern. Insbesondere findet sich in diesem Beitrag kein Wort dazu, wer denn die gewünschten Reformen gegen die bestehenden Machtverhältnisse durchsetzen soll. Dass der Widerstand gegen die kapitaldominierte EU-Kommission doch offensichtlich in erster Linie von unten kommen muss, auch dazu verliert der Beitrag kein einziges Wort. So wird der Eindruck bestärkt, dass es nur einer fortschrittlichen Erzählung und einer „transformativen“ Gestaltungspolitik bedarf, um die neoliberalen Grundfeste der EU quasi zu erschüttern. Doch solange ein anderes Europa nicht von unten erkämpft wird, bleibt es ein ständiges „Illusionstheater“, von einer „Republik Europa“ oder von einer „europäischen Sozialunion“ zu träumen, während die realen Entwicklungen beständig in die entgegengesetzte Richtung laufen.



GEGEN RECHTS HILFT LINKS

von Gerhard Trabert

Die gegenwärtigen sozialpolitischen Herausforderungen auf der europäischen Ebene zu benennen, bedeutet für mich drei dominante wichtige Bereiche zu thematisieren.

An erster Stelle steht für mich die in Europa, wie in Deutschland, festzustellende Stimmenzunahme an rechtspopulistischen, rassistischen und faschistischen Vertreter*innen im Europaparlament zu bekämpfen. Dies ist eine große Gefahr für die demokratische Identität und Realität in Europa. Eine weitere Gefährdung der europäischen Demokratien sehe ich im Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine. Den dritten Bereich, der von zentraler politischer Bedeutung ist, sehe ich im Dualismus von sozialer Ungerechtigkeit und dem zunehmenden Klimawan-

del! Die Bekämpfung von Umweltverschmutzung und Klimawandel sowie der Kampf gegen soziale Ungleichheit und Ungerechtigkeit u.a. im Kontext einer Armutsbekämpfung sind für mich zwei nicht trennbare Seiten einer „Medaille“.

Die Zunahme von rassistisch-faschistisch orientierten politischen Gruppierungen in Europa hat meines Erachtens sehr viel mit der zunehmenden ungleichen Verteilung von materiellen und immateriellen Ressourcen in unseren demokratischen Gesellschaften zu tun. Die sozialpolitischen Herausforderungen in Europa zu thematisieren, bedeutet natürlich auch immer parallel die Kriegsgefahr mitzudenken, den Angriffskrieg Russlands in der Mitte Europas.

Ich räume ein, dass ein militärisches Entgegenreten einem Diktator und Despoten gegenüber, im Kontext eines Schützens, insbesondere der Zivilbevölkerung, notwendig sein kann. Ich war zu oft in Bürgerkriegs- und Kriegsregionen als Arzt tätig und musste erfahren, dass gerade die Zivilbevölkerung nur dadurch etwas geschützt werden konnte, gegenüber der Gewalt durch einen Aggressor, wenn man ihm in der Akutphase eines militärischen Konfliktes mit einem militärischen Gegengewicht begegnete.

Rüstungsausgaben ins Grundgesetz zu schreiben, ist höchst fragwürdig. Dann fordere ich auch die Festsetzung von finanziellen Mittel im Grundgesetz zur gesellschaftlichen Realisierung von sozialer Gerechtigkeit und damit Armutsbekämpfung. Die derzeitige Kriegsrhetorik, gerade auch in Deutschland, ist beängstigend. Man ist kein Putin-Versteher, wenn man sich für Waffenstillstandsverhandlungen und Friedensverhandlungen einsetzt. Nein, man ist eben dann sehr nahe bei den Menschen in der Ukraine, an den Auswirkungen von Krieg auf die Menschen in dieser Kriegsregion. Die zahlreichen Gespräche, aufgrund meiner Besuche

in der Ukraine in den letzten beiden Jahren, haben mir immer wieder gezeigt, wie sehr der Krieg, physisch und psychisch, die Menschen zerstört, traumatisiert und demoralisiert.

Und natürlich müssen Wirtschaftsunternehmen, insbesondere die Rüstungsindustrie, die von dieser militärischen Aufrüstung profitieren eine Solidaritätsabgabe an den Staat zahlen, und natürlich muss eine Übergewinnsteuer, eine Zufallsgewinnabgabe, wie auch immer man sie nennen mag, erhoben werden, damit die Sicherung der Demokratie vor äußeren Aggressoren nicht zu einem sozialen Unfrieden innerhalb dieser Demokratie führt. Diese Gelder müssen insbesondere den Menschen zu Gute kommen, die schon in der Pandemie und davor ausgegrenzt, sozial benachteiligt und von Armut betroffen waren und sind.

In Europa nimmt, wie in Deutschland, Armut deutlich zu. Nach den neuesten Daten sind ca. 100 Millionen Menschen in Europa armutsgefährdet. 20 Millionen Kinder leben in Armut. Mindestens 20 Millionen Menschen sind in der EU trotz Erwerbsarbeit von Armut bedroht. Die „soziale Säule“ der EU sollte ein Gegengewicht zur neoliberalen Politik und ihren Folgen schaffen. Mehr als 100 Millionen Menschen arbeiten im Niedriglohnsektor, in prekärer Beschäftigung und sind trotz und mit Arbeit arm.

Wenn die Europäische Union Milliarden Euro für Aufrüstung zur Verfügung hat, um unsere Demokratie nach außen zu schützen, hat sie auch das Geld um unsere Demokratie von innen zu schützen. Denn Menschen die sich nicht mehr wertgeschätzt und respektvoll behandelt sehen, und dies zeigt sich in einer ausreichenden finanziellen Unterstützung was die Partizipationsmöglichkeiten in dieser Gesellschaft angeht, und einer authentisch gelebten, würdevollen und respektvollen Sprache, werden für Agitationen gegen und Infragestellung von dieser unserer Demokratie,



Gerhard Trabert ist Arzt, Sozialarbeiter & Aktivist für soziale Gerechtigkeit. Parteiloser Kandidat für das Amt des Bundespräsidenten.

nachvollziehbarer Weise, empfänglicher sein. Genau dies geschieht u.a. durch rassistische, rechtspopulistische politische Strömungen in Europa. Und dies destabilisiert Demokratien von Innen. Soziale Ungleichheit schürt zudem Ressentiments in unserer Gesellschaft. Hier sind derzeit viel zu wenige Initiativen durch die Europäische Union erkennbar, was einer inneren Gefährdung der freiheitlichen Demokratien in Europa gleichkommt. Und immer wieder, quasi gebetsmühlenartig, wird die existentiell bedrohende Armut in Europa und speziell auch in Deutschland relativiert und verharmlost. Armut tötet aber Menschen in Europa.

Bezogen auf die mittlere Lebenserwartung bei Geburt, liegt der Lebenserwartungsunterschied beispielsweise in Deutschland zwischen der niedrigsten und höchsten Einkommensgruppe bei **Frauen bei 4,4 Jahren und bei den Männern bei 8,6 Jahren**. Dies bedeutet das von Einkommensarmut betroffene Menschen in dieser reichen bundesdeutschen Gesellschaft und auch in Gesamteuropa deutlich früher sterben als wohlhabende Mitbürger*innen. Diese konkreten Unterschiede in der Lebenserwartung sind eine extreme Ausprägungsform von sozialer Ungleichheit in einer Gesellschaft.

Wer die finanziellen Ressourcen zur Unterstützung von sozial benachteiligten Menschen hat, oder zumindest deren Einnahmen beschließen kann und dies nicht tut, der praktiziert eine Form von **struktureller Gewalt**. Kein Politiker kann behaupten die Dimension und das Ausmaß von Leid durch die ungleiche Verteilung von Ressourcen und gesellschaftliche Ausgrenzungsmechanismen nicht gewusst zu haben.

Neben den gesellschaftlichen Unterdrückungs- und Ausgrenzungsmechanismen die sich in den Begriffen **„Rassismus“ und „Sexismus“** widerspiegeln, spielt der Begriff des **Klassismus eine zunehmende Bedeutung**. **Kemper (2016)** bezeichnet Klassismus verkürzt als klassenbezogene Diskriminierung, die aufgrund der sozialen Herkunft oder/und der sozialen Position entsteht. Er fasst die Wirkung von diesem praktizierten Klassismus in folgendem Satz zusammen: „Auf den Punkt gebracht: Klassismus ist Ausbeutung, Marginalisierung, Gewalt, Macht und Kulturimperialismus aufgrund der sozialen Herkunft oder Position.“ Sind wir wieder, beziehungsweise wir waren wohl nie davon entfernt, beim Klassenkampf angelangt? Und was bedeutet dies konkret? Jeder möge sich

dazu selbst seine Gedanken machen. **Kludt** und viele andere kritisierten schon vor Jahren sogenannte sozialrassistische Einstellungen, die in einem fundamentalen Widerspruch zum Geist und Inhalt des Grundgesetzes stehen würden, insbesondere zu Artikel 1 und 20 Grundgesetz. Es handele sich dabei um eine Form des akademischen Sozialrassismus, der in Menschen jeglicher Religion und Hautfarbe aus der Unterschicht eine Art Unterrasse von ewigen Niedrigleistern sehe. Aber umgekehrt beruflich kommerziell erfolgreiche Menschen jeglicher Hautfarbe und Religion als eine Art Oberrasse der geborenen Leistungsträger bezeichnen.

Zahlreiche Politiker der sogenannten konservativen, oft sich auch als christlich definierenden Parteien, versuchen genau in diesem Kontext Politik zu machen. Oder ist dies einfach nur Hetze und eine Facette dieses sozialrassistischen Vorgehens.

Das Negieren der **Gleichwertigkeit** aller Menschen ist der Anfang des Rassismus und des Sozialrassismus/Klassismus. Das nicht Praktizieren der **Gleichwürdigkeit** in der Begegnung mit meinem Mitmenschen, insbesondere mit den Menschen die Diskriminierungs- und Ausgrenzungserfahrungen sammeln mussten, manifestiert Rassismus/Klassismus.

Das Thema der „Umverteilung“ ist

dabei genauso bedeutsam, wie die Umsetzung von sensiblen, kreativen und wirksamen sozial-strukturell angelegten Lösungsideen. Natürlich sind in diesem Land genügend finanzielle Ressourcen vorhanden. Es geht also um eine **Einnahme- und Verteilungsgerechtigkeit in Europa**.

Armutsbekämpfung muss zu einem Querschnittsthema in der Politik werden. Jede Entscheidung muss auf deren Auswirkung im Hinblick auf die Lebenssituation sozial benachteiligter, ausgegrenzter, armutsgefährdeter Menschen hinterfragt werden.

Die europäische Asylpolitik hat nichts mehr mit der Einhaltung von Menschenrechten zu tun. Zur Erinnerung: **Non-Refoulement-Prinzip**: Art. 33 der Genfer Flüchtlingskonvention: „Keiner der vertragsschließenden Staaten wird einen Flüchtling auf irgendeine Weise über die Grenzen von Gebieten ausweisen oder zurückweisen, in denen sein Leben oder seine Freiheit wegen seiner Rasse, Religion, Staatsangehörigkeit, seiner Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen seiner politischen Überzeugung bedroht sein würde.“ Dieses Prinzip wird bewusst und nachhaltig immer wieder verletzt und ignoriert.

Ein weiteres Beispiel für die gezielte Ausgrenzung und Stigmatisierung von Menschen die vor Krieg, existentiell





mit **patriarchalischen Machtstrukturen** in unserer Gesellschaft. Dieses Patriarchat beinhaltet immer noch Ausbeutung, Unterdrückung und Benachteiligung in zentralen Lebensbereichen wie der Erwerbsarbeit, Sexualität, im kulturellen Sektor, der Care-Arbeit. So sind zum Beispiel sozialpolitische Transfer-Leistungen eng geknüpft an Versicherungsprinzipien der lückenlosen Erwerbsarbeit. Und diese Erwerbsarbeit wird in einem „normalen Arbeitsverhältnis“, was gleichbedeutend ist mit unbefristet und tariflich entlohnte Vollzeitätigkeit, geleistet. Geringes Einkommen und eine Erwerbsbiografie, die sich durch Unterbrechungen wie zum Beispiel, Mutterschutz, Kindererziehung, Pflege von Angehörigen, auszeichnet, wird mit deutlich geringeren sozialen Transferleistungen „bestraft“.

Hier fordert die Linke im Europäischen Parlament schon seit Jahren u.a.:

- die monetäre Aufwertung frauen-dominierter Berufe,
- die Schließung des Gender-Pay-Gap,
- die Eindämmung von prekärer Beschäftigung und die Schaffung sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung und die Schaffung von existenzsichernden Mindestlöhnen für alle,
- flächendeckender Ausbau qualitativ hochwertiger Kita- und Hortplätze,
- einen individuellen Rechtsanspruch auf Schutz und Hilfe bei häuslicher Gewalt,
- flächendeckende, geschlechtersensible Beratungsangebote,
- eine stärkere Berücksichtigung von Betreuungs- und Pflegezeiten bei der Bemessung der Rente.

Demokratien von innen zu schützen, den sozialen Frieden im gesellschaftlichen Miteinander zu gewährleisten, geht nur durch die Praktizierung von sozialer Gerechtigkeit, Armutsbekämpfung, Gendergerechtigkeit, Bildungsgerechtigkeit und damit auch Verteilungsgerechtigkeit. Soziale Gerechtigkeit ist die Bewährungsprobe einer jeden freiheitlichen Demokratie.

bedrohender Armut, Umweltkatastrophen, die aufgrund des insbesondere von den reichen Nationen verursachten Klimawandels, nach Europa fliehen, ist die Gesundheitspolitik. Seit Jahren ist in Europa, in Deutschland eine zunehmende restriktive Migrationspolitik zu beobachten. **Hostile environment** (Edmond-Pettitt 2019) beschreibt diese Politik, die unter anderem durch drei Charaktermerkmale besonders gekennzeichnet ist.

1. Es findet eine Entmenschlichung von ausländischen Menschen statt.
2. Der behördlich ausgegebene Aufenthaltstitel entscheidet über die Einhaltung von Menschenrechten.
3. Die Ausgabe von Sozialleistungen wird von nationalistischen Prinzipien, zum Beispiel der Staatsangehörigkeit abhängig gemacht.

Diese systematische und politisch gewollte, sozial ungerechte und mit der Einhaltung der Menschenrechte nicht kompatible Gesetzgebung muss auch im Kontext eines **strukturellen Rassismus** kritisch hinterfragt werden. Obwohl Deutschland internationale Menschenrechtskonventionen unterschrieben hat. Zum Beispiel den WHO-Strategieplan bis 2030: universal health coverage, in denen unter anderem das Recht auf den Zugang zur medizini-

schen Grundversorgung für alle festgeschrieben ist, verletzt sie diese Vereinbarungen massiv.

Ein weiteres skandalöses Beispiel für das Versagen deutscher und europäischer Politik ist die Realität, dass es immer noch keine Gleichbehandlung von Frauen und Männern und Menschen einer anderen Geschlechtsidentität gibt. Das Thema Gender-Ungerechtigkeit begleitet uns schon Jahrzehnte.

Frauenarmut in den reichen Demokratien Europas ist eine skandalöse Realität basierend hauptsächlich auf weiterhin dominant bestehenden patriarchalischen Machtstrukturen. Begriffe und die damit verbundenen lebensbestimmenden Realitäten für die Mehrheit der Frauen, wie Gender-Pay-Gap, Gender-Pension-Gap, Care-Arbeit/Sorgearbeit, Gender-Data-Gap, „Periodenarmut“, Menschenhandel, Armutsprostitution, sexualisierte Gewalt, Armutsrisiko Alleinerziehend, weisen auf dringend notwendige gesellschaftsstrukturelle Veränderungen hin, die endlich die Benachteiligung von Frauen abschaffen!

Der „patriarchalische Blumenstrauß“ für die Frauen unserer Gesellschaft!

(Rechte an der Abbildung Mauerer / Trabert, Verein Armut und Gesundheit in Deutschland)

Diese ungerechte und ungleiche Behandlung von Frauen ist tief verwurzelt

DIE EU UND DIE FRAUENRECHTE

Europa bedeutet im Griechischen „die mit der weiten Sicht“ es ist aber auch aus dem Phönizischen ableitbar und bedeutet hier „dunkel“ bzw. Abend – eventuell als Hinweis für das Abendland. Europa war eine phönizische Prinzessin, die Tiere liebte. Der Göttervater Zeus verliebte sich in sie und verwandelte sich, um sie für sich zu gewinnen, in einen prächtigen weißen Stier. Soweit die Sage. Aus einem Teil Europas ist die EU geworden und hat viele Menschen mit dem Narrativ für sich gewonnen, dass es um Wohlstand, Frieden und die unbegrenzte Reisefreiheit ginge. Soweit die Sage.

von Ingrid Jost

Ein Kernanliegen der EU ist jedoch die Stärkung und Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit mittels Freihandelsabkommen u.v.m. Frauen sind in diesem Zusammenhang wichtig und „nützlich“, wenn sie zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit beitragen können. Dazu gehören die Kranken- und Altenpflegerinnen sowie die saisonalen Erntehelferinnen aus Nachbarländern mit einem niedrigeren Lohnniveau. Dafür wurden Sonderregelungen beim



Arbeitsrecht geschaffen, die die Ausbeutung erleichtern aber zu Lasten von ArbeitnehmerInnenrechten gehen. Ein allgemeines gesellschaftliches Problem ist die geschlechtsspezifische Gewalt gegen Frauen und Mädchen. Die Istanbul-Konvention des Europarats ist ein internationales Abkommen zur Bekämpfung dieser Gewalt.

Ratifizierung der Istanbul-Konvention durch die EU

Zu den Frauenrechten in Europa gehören zwar die Rechte auf körperliche Selbstbestimmung und körperliche Unversehrtheit. Rund 62 Millionen Frauen, das ist jede dritte Frau in der EU, hat bereits geschlechtsspezifische körperliche oder sexuelle Gewalt erlebt. Das Übereinkommen von Istanbul soll mit rechtlichen und politischen Maßnahmen dazu beitragen, diese Gewalt zu beenden, die Opfer zu schützen und die Täter zu bestrafen. Die Ratifizierung sollte ursprünglich bereits 2016 erfolgen, die erforderliche Einstimmigkeit konnte jedoch nicht erreicht werden, deshalb entschied der EU-Gerichtshof 2021, dass das EU-Übereinkommen trotzdem ratifiziert werden konnte und die jeweiligen Mitgliedsstaaten in der Pflicht sind, die Istanbul-Konvention für

ihr Land zu ratifizieren. Sechs Länder müssen das Übereinkommen noch ratifizieren: Bulgarien, Tschechien, Ungarn, Lettland, Litauen und die Slowakei.

Das Recht auf körperliche Selbstbestimmung und Unversehrtheit in Deutschland

Trotz der Ratifizierung der Istanbul-Konvention meldete das Bundeskriminalamt einen Anstieg der häuslichen Gewalt im Jahr 2022 um 9,4%. Täglich wurden in Deutschland 432 Menschen Opfer häuslicher Gewalt. Im Vorjahr waren es noch 144.044 Fälle und 2022 bereits 157.550. 80% der Opfer waren Frauen und 78% der Tatverdächtigen Männer, in der Regel Partner und Ex-Partner. Sexuelle Nötigung und sexuelle Übergriffe sind sogar um 20% angestiegen. Statistisch gesehen wird alle 72 Stunden – also jeden dritten Tag – eine Frau durch ihren gegenwärtigen oder Ex-Partner getötet. Wie erschreckend hoch die Akzeptanz von Gewalt gegen Frauen ist, zeigt auch eine online-Befragung von 1000 Männern und 1000 Frauen im Alter von 18 – 35 Jahren einer internationalen Hilfsorganisation, die kürzlich ergeben hat: „Mehr als ein Drittel der befragten Männer (34 Pro-



*Ingrid Jost ist Dipl. Päd. und Familientherapeutin und Mitglied im Bundessprecher*innenrat der AKL.*

zent) gibt an, dass sie gegenüber Frauen schon mal handgreiflich werden, um ihnen Respekt einzuflößen.“ „Für jeden dritten Mann (33 Prozent) ist es akzeptabel, wenn ihm bei einem Streit mit der Partnerin gelegentlich die Hand ausrutscht.“ Selbst wenn diese Ergebnisse nicht repräsentativ sind, so sind sie

erschöpft. Im Vergleich zeigt sich der Staat äußerst großzügig bei der staatlichen Subventionierung von ca. 10 Milliarden für rund 3.000 qualifizierte Arbeitsplätze im Hightech-Bereich. Auch wenn zur Verpflichtung durch die Ratifizierung der Istanbul-Konvention der Ausbau des Angebots an Frauen-

en gibt es in Bulgarien viel zu wenige, lediglich 18 Betten in der Millionenstadt Sofia und rund 180 im ganzen Land. Die zahlreichen Opfer haben es unglaublich schwer, überhaupt einen Platz zu bekommen. Doch durch die zahlreichen Proteste nimmt der Druck auf die Politik zu, endlich geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um die Situation von Frauen zu verbessern und die Geschlechterrollen zu hinterfragen.

Gewalt gegen Frauen in Tschechien

Im Jahr 2022 wurden durch die Polizei bis Nov. 1.253 Fälle von häuslicher Gewalt registriert. Die Mitbegründerin der Hilfsorganisation Rosa, Zdena Prokopová gab an, dass die Dunkelziffer um ein Mehrfaches höher liegen muss. Eine Einschätzung die durchaus zutreffend ist, wenn man vergleicht, dass die Zahl der gemeldeten Gewalttaten in Österreich allein in Wien 5.000 Fälle beträgt. Es wird eine Zunahme häuslicher Gewalttaten während gesellschaftlicher Krisen wie der Pandemie und der Inflations- und Preiskrise registriert. Die Zahl der Hilferufe bei den Nottelefonen erhöhte sich während der Corona-Pandemie in Tschechien um etwa 50 Prozent. Verschärft wird das Problem häufig durch die aktuelle Inflations- und Preiskrise.

Seit 2007 gibt es in Tschechien ein Netz aus Interventionszentren für gefährdete Personen mittlerweile in jeder Kreisstadt, die allerdings noch nicht allen Hilfesuchenden bekannt sind. Hier erhalten nicht nur Frauen, sondern auch Männer Hilfe. Die Hilfsangebote sind jedoch unzureichend und die staatliche Finanzierung ebenfalls. Landesweit gibt es nur drei sogenannte „anonyme Asylhäuser“. Im Jahr 2022 sind durch häusliche Gewalt bereits 24 Frauen und acht Kinder ermordet worden. Tschechien hat die Istanbul-Konvention zwar bereits vor einigen Jahren unterschrieben, jedoch immer noch nicht ratifiziert, weil die Widerstände auch im tschechischen Parlament noch zu hoch sind. Der erforderliche gesellschaftliche Wandel im Kampf gegen Gewalt an Frauen ist noch lange nicht abgeschlossen und das nicht nur in Ländern, die die Istanbul-Konvention noch nicht unterschrieben haben, sondern weltweit.

Das Recht auf Abtreibung in der EU

Frauen in Europa sind immer noch mit Hürden konfrontiert, die sie dar-



doch ein wichtiger Indikator dafür, wie notwendig es ist, Geschlechterstereotypen zu hinterfragen in Deutschland, Europa und der Welt.

Wer es ernst meint mit dem Schutz vor geschlechtsspezifischer Gewalt, muss die Finanzierung geeigneter Maßnahmen sichern.

Selbst im relativ wohlhabenden Deutschland gibt es nur 7.000 Übernachtungsmöglichkeiten, es fehlen 14.000 Frauenhausplätze (August 23). Vorhanden sind lediglich ein Drittel der erforderlichen Plätze. Bereits im April dieses Jahres waren die Mittel des Bundesförderprogramms „Gemeinsam gegen Gewalt an Frauen“ ausgegeben und das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend bat bereits im Frühjahr darum, von weiteren Förderanfragen abzusehen. Es werden nur noch alte Projekte weitergefördert und die Förderung im Jahr 2024 eingestellt, obwohl die Zahlen noch gestiegen sind und ebenso der Bedarf. 120 Millionen € in vier Jahren haben offenbar die Bereitschaft und den politischen Willen zur Finanzierung von Schutz für Opfer geschlechtsspezifischer Gewalt

häusern gehört, gab es offenbar andere Prioritäten. Die Kreditaufnahme von 100 Milliarden Sondervermögen für die Bundeswehr wurde kurzfristig beschlossen. Der Vorschlag der Linken, das Geld für soziale Zwecke zu nutzen, wurde mit großer Mehrheit abgelehnt.

Gewalt gegen Frauen in Bulgarien

Auslöser massiver landesweiter Proteste in Bulgarien gegen die Gewalt an Frauen war ein justizpolitischer Skandal. Das 18-jährige Opfer erlitt eine gebrochene Nase, einen kahrsierten Kopf und 21 Messerstiche. Der Täter war erst vier Monate mit dem Opfer zusammen und hatte aus Eifersucht gehandelt. Die Richterin hatte ihn nach 72 Stunden bereits wieder frei gelassen, weil das Opfer nur geringfügige physische Verletzungen habe.

Der bulgarische Ministerpräsident Nikolaj Denkow bezeichnete den Vorgang als schockierend. Desislava Dimitrova von der Organisation „Feministische Mobilisierung“ sagte jedoch, dass in Bulgarien bisher viel zu viele beim Thema „Gewalt gegen Frauen“ einfach weggeschaut hätten. Gewalt gegen Frauen sei in vielen Familien immer noch „normal“. Zufluchtsorte für Frau-

an hindern, ihre Rechte und Freiheiten wahrzunehmen. Gesetzlicher Einschränkungen schränken ihr Recht auf reproduktive Selbstbestimmung ein und gefährden ihr Leben unnötig.

Auslöser für eine erneute Debatte in der EU war die Entscheidung des Obersten Gerichtshofs der USA vom 24. Juni 2022 das Recht auf Abtreibung, das es seit ca. 50 Jahren in den USA gab, wieder abzuschaffen. Am 7. Juli 2022 forderte die Mehrheit der Abgeordneten des EU-Parlaments, das Recht auf eine sichere und legale Abtreibung in die Charta der Grundrechte der EU aufzunehmen. Die im Jahr 2000 verabschiedete Grundrechtecharta der EU ist, wie die Verträge, rechtlich bindend. Für die Änderung der Charta ist derzeit die Einstimmigkeit der Mitgliedsstaaten erforderlich, die beim Recht auf Abtreibung jedoch aktuell nicht besteht. In Polen wurde die Aktivistin Justyna Wydrzyńska zu acht Monaten gemeinnütziger Arbeit verurteilt, weil sie einer Frau die Abtreibungspille gegeben hatte. In Malta

wurde einer amerikanischen Touristin die Abtreibung verboten, obwohl deren Gesundheit gefährdet war, so einzelne Beispiele aus der Einlassung. Die große Sorge zahlreicher Abgeordneter, dass es Rückschritte bei den erkämpften Freiheits- und Selbstbestimmungsrechten von Frauen gibt, sobald eine eher konservative Regierung an der Macht ist, ist durchaus berechtigt, wie die Regelungen in Polen und den USA zeigen.

Stand der Kinderbetreuung in der EU

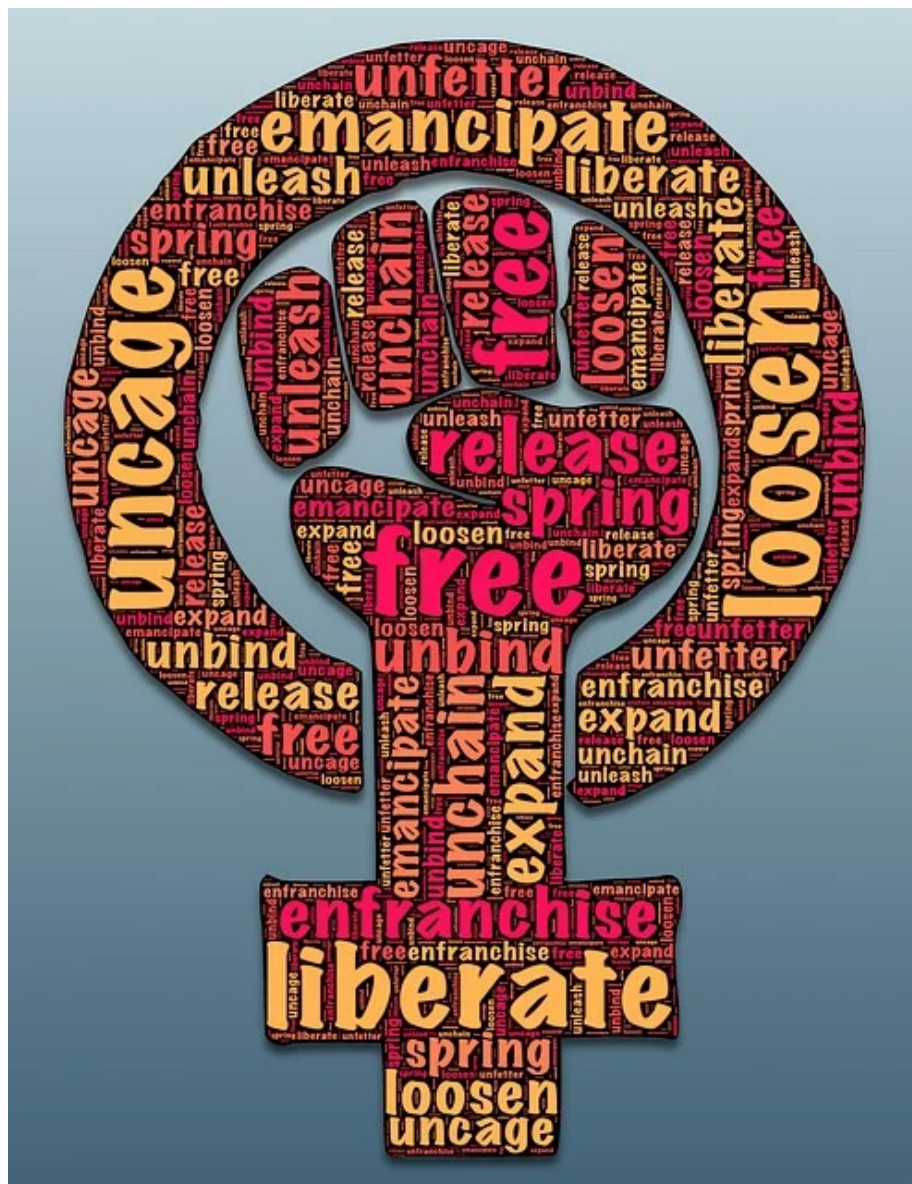
Eine entscheidende Voraussetzung für die Berufstätigkeit von Müttern ist eine gut geregelte professionelle Kinderbetreuung. Zwar haben die Kinder seit ca. zehn Jahren in Deutschland ab dem vollendeten ersten Lebensjahr einen Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz. Trotz dieses Rechtsanspruchs fehlen bundesweit 378.000 Kitaplätze (Stand 07.05.23), in der Gruppe der ein- bis dreijährigen sind es 291.000 und in der Gruppe von drei bis sechs

Jahren sind es 87.000 (basierend auf Zahlen von 2021). Die Betreuung von Kleinkindern in Deutschland im Jahr 2022 mit 23,9% entspricht noch nicht einmal dem EU-Durchschnitt der Mitgliedsstaaten, der 35,9% beträgt. Der Unterschied würde sogar noch größer ausfallen, wenn die Betreuungsquote in Ostdeutschland nicht relativ hoch wäre. Es gibt sehr große Unterschiede in einzelnen Ländern, in Dänemark liegt die Quote der Betreuung von Kleinkindern bei 74,7 % in der Slowakei bei nur 2,4 %, während sie in Slowenien bei 52,3% liegt. In den anderen Bewerberstaaten ist die Kinderbetreuung durchgängig niedrig. Wegen des Mangels an Kitaplätzen und der Betreuung pflegebedürftiger Erwachsener müssen Frauen in den jeweiligen Ländern zusätzliche Care-Arbeit leisten. Im Jahr 2021 gaben 26,2 % der Frauen in der EU an, dass sie vor allem deswegen keiner Vollzeitstätigkeit nachgehen. Bedenkt man, wie armselig die Betreuungszahlen für Kleinkinder in einem so wohlhabenden Land wie Deutschland sind, darf man bezweifeln, dass der Stellenwert für die berufliche Eingliederung von Frauen besonders hoch ist. Auch wenn bei der Betreuung von Kleinkindern die Zahlen im EU-Vergleich unterdurchschnittlich sind, so erreicht Deutschland bei der Lohndiskriminierung von Frauen jedoch Spitzenwerte.

Der Gender-Pay-Gap in der EU

Im Jahr 2022 lag der Gender Pay Gap in Deutschland noch immer durchschnittlich bei insgesamt 18 % pro Stunde, in Ostdeutschland bei 7% und in Westdeutschland bei 19%. Damit liegt die Lohndifferenz beträchtlich über dem EU-Durchschnitt von 13%.

Das Gesetz zur Förderung der Transparenz von Entgeltstrukturen war am 6. Juli 2017 in Deutschland in Kraft getreten. Es soll sicherstellen, dass Frauen im gleichen Betrieb für gleiche und gleichwertige Arbeit den gleichen Lohn erhalten wie Männer. Das Entgelttransparenzgesetz sichert in einem zweiten Schritt (Anfang 2018) Beschäftigten in Betrieben mit mehr als 200 Beschäftigten einen „individuellen Auskunftsanspruch“ gegenüber den Arbeitgebern, Fragen nach dem durchschnittlichen Gehalt der Kollegen des jeweils anderen Geschlechts zu beantworten, die ähnliche Arbeit verrichten. Frau Prof. Dr. Maria Wersig bescheinigt dem Entgelttransparenzgesetz am 13.08.2019,



dass es keinen nennenswerten Beitrag zur Durchsetzung der Entgeltgleichheit zwischen Männern und Frauen leistet. Zu ähnlichen Ergebnissen kommen auch andere WissenschaftlerInnen, die deshalb eine Verschärfung des Gesetzes forderten.

Mit der Verbesserung des Entgelttransparenz-Gesetzes auf EU-Ebene hat das Parlament einem zahnlosen Tiger Milchzähne eingesetzt, die Geburtsfehler jedoch nicht beseitigt. Die Beweislast bleibt bei denjenigen, die diskriminiert werden, auch wenn es einige Fortschritte gibt. EU-Unternehmen müssen darüber informieren, wie viel sie Frauen und Männern für gleichwertige Arbeit zahlen und Maßnahmen ergreifen, wenn ihr geschlechtsspezifisches Lohngefälle 5 % übersteigt. Außerdem haben die Opfer bei nachgewiesener Lohndiskriminierung Anspruch auf Entschädigung und ArbeitgeberInnen können sanktioniert werden und Geldbußen auferlegt bekommen. Zunächst gilt die Berichtspflicht der EU-Richtlinie für Betriebe ab 150 MitarbeiterInnen, sie soll aber demnächst für Betriebe ab 100 MitarbeiterInnen gelten.

Eine weitaus bessere Lösung zur Bekämpfung von geschlechtsspezifischer Lohndiskriminierung hat Island bereits seit Januar 2018 mit dem „Equal Pay Act“. Hier sind die Unternehmen in der Pflicht zu dokumentieren, dass sie fair bezahlen. Die Beweislast liegt nicht bei den Frauen. Die Betriebe müssen alle drei Jahre einen Nachweis erbringen und erhalten dann ein entsprechendes Zertifikat. Außerdem gilt diese Regelung bereits für Betriebe mit 25 und mehr Beschäftigten. Auch wenn die Ungleichbezahlung gesetzlich ver-

boten ist, gibt es trotzdem noch eine geschlechtsspezifische Lohndiskriminierung von 10,4% im privaten Sektor und von 8,2% im öffentlichen Sektor. (Stand 2021)

Fazit

Es gibt ein allgemeines gesellschaftliches Problem der Gewalt gegen Frauen. Mit der Ratifizierung der Istanbul-Konvention hat sich die Mehrheit der EU-Länder bereit erklärt, die Gewalt gegen Frauen durch die Finanzierung entsprechender Maßnahmen zu reduzieren. Die Bereitschaft zur Finanzierung dieser Maßnahmen ist allerdings sehr unterschiedlich ausgeprägt. Auch in ein scheinbar so fortschrittliches Land wie Deutschland liegt im Vergleich zu anderen europäischen Ländern noch nicht einmal unter den ersten 10, was die Gleichstellung der Geschlechter angeht.

Das Recht auf reproduktive Selbstbestimmung ist in der EU sehr unterschiedlich ausgeprägt und reicht vom Verbot über die Fristenregelung bis hin zu einem leichten Zugang zur legalen Abtreibung. Die erreichten Fortschritte sind jedoch nicht endgültig sicher, wie die Verschärfungen des Rechtes auf Abtreibung in Polen und den USA zeigen. Die berufliche Integration von Frauen ist auch abhängig von den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, die zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf beitragen. Hier spielt eine angemessene Kinderbetreuung eine entscheidende Rolle. Auch hierbei sind die Unterschiede recht groß, wobei trotz dem gesetzlichen Anspruch auf Betreuung von Kleinkindern in Deutsch-

land der EU-Durchschnitt von 35,9% erheblich unterschritten wird. Auch beim Gender-Pay-Gap hat Deutschland leider nur Spitzenwerte in der Ungleichbezahlung. Hier ist die EU-Richtlinie zur Entgelttransparenz mit Sicherheit ein Fortschritt verglichen mit dem deutschen Entgelttransparenz-Gesetz. Das Verbot der Ungleichbezahlung widerspricht jedoch den Wirtschaftsinteressen, denn die EU ist in erster Linie an ökonomischen Interessen ausgerichtet, der soziale Wandel ist kein Kernanliegen. Ungleiche Löhne bieten bessere Möglichkeiten, sich die ArbeitnehmerInnen durch neue Sonderregelungen grenzübergreifend nutzbar zu machen. Dafür ist der private Pflegesektor ein besonders gutes Beispiel.

Da Deutschland in Sachen Gleichstellung eher ein „Entwicklungsland“ als eine „Vorzeigeneration“ ist, sind die „Best Practice Beispiele“ in der EU sicher eine Motivation für die Bemühungen zur Gleichstellung der Geschlechter. Doch die Situation der Frauen insgesamt wird sich nur verbessern durch weltweite, grenzüberschreitende internationale Solidarität, die Bereitschaft sich zu verändern, diese Veränderungsprozesse mit förderlicher Gesetzgebung zu begleiten und last but not least die Finanzierung dafür sicherzustellen. Für eine Beschleunigung der sehr schleppenden Bemühungen um Gleichstellung der Geschlechter braucht es auch den Druck von der Straße, gut wäre eine weltweite Aktion, die mit Nachdruck dazu auffordert, die Frauenrechte zu verbessern, denn Frauenrechte sind Menschenrechte.



RECHTSPOPULISMUS IN EUROPA – WAS TUN?

Am 16. September erschien im britischen Magazin „The Economist“ ein Artikel mit dem Titel „Die harte Rechte kommt in ganz Europa der Macht näher“. Und tatsächlich scheinen rechtspopulistische und rechtsextreme Parteien die Hauptgewinnerinnen aus der aktuellen multiplen Krise des Kapitalismus zu sein. Das Phänomen ist in den meisten Ländern nicht neu, aber viel spricht dafür, dass es eine neue Qualität erreicht hat. Nicht nur, weil in Meinungsumfragen und bei Wahlen der Stimmenanteil dieser Parteien deutlich gewachsen ist, sondern auch weil sie in immer mehr Ländern auf regionaler oder auch nationaler Ebene in der einen oder anderen Form an den Schalthebeln der Macht angekommen sind.

von Sascha Staničić



Sascha Staničić ist Bundes-sprecher der Sozialistischen Organisation Solidarität (Sol) und Mitglied des AKL. Er ist (Co-)Autor der das Thema Rechtspopulismus behandelnden Bücher „Anti-Sarrazin“ und „Brandstifter – AfD. Pegida. Islamhass.“, die unter www.manifest-buecher.de bestellt werden können.

Das gilt für Polen, Ungarn und Italien, wo rechtspopulistische Parteien die Regierungen stellen. In anderen Ländern, sind sie an Regierungen direkt oder indirekt beteiligt: in Schweden, der Schweiz und Finnland auf nationaler Ebene, in Österreich und Spanien auf regionaler Ebene. In Frankreich droht bei den nächsten Präsidentschaftswahlen ein Sieg Marine Le Pens, in Österreich ist die FPÖ mit Abstand stärkste Kraft in Meinungsumfragen und es droht erstmals eine FPÖ-ÖVP-Koalition mit „freiheitlicher“ Kanzler*innenschaft, in Ostdeutschland ist die AfD stärkste Kraft und es ist nicht ausgeschlossen, dass sie in einigen Bundesländern nur durch (Fast-)Allparteienkoalitionen von den Regierungsbänken fern gehalten werden kann. Ähnliches gilt für Belgien, wo der Vlaams Belang, der ja nur den flämischen Teil der Bevölkerung zu vertreten vorgibt, auf landesweiter Ebene mit 22 Prozent stärkste Kraft in Umfragen ist. Zum Teil existieren diese Parteien schon sehr lange, auch mit parlamentarischer Vertretung, sind aber in den letzten Jahren deutlich gestärkt worden. In anderen Ländern sind sie relativ neue Phänomene. Das gilt letztlich auch für die Bundesrepublik, wo sich die AfD erst 2013 gegründet hat und zuvor keiner der vielen rechtsextremen, neofaschistischen oder auch rechtspopulistischen Parteien(versuche) von NPD über Schill-Partei bis zu Pro-Deutschland der bundesweite Durchbruch gelungen war. Ebenso ist die Vox-Partei in Spanien ein neues Phänomen und selbst in Südirland erhoben rechtsextreme und rassistische Kräfte im letzten Jahr offen

ihr Haupt. Bei den Europawahlen 2024 droht ein Triumph der Rassisten, Nationalisten und Rechtspopulisten.

Polarisierung

Es wäre jedoch falsch, daraus einen allgemeinen Rechtstrend in der Gesellschaft oder gar der Arbeiter*innenklasse abzuleiten, obwohl die rechtspopulistischen Parteien auch innerhalb der Arbeiter*innenklasse eine Wähler*innenbasis haben. Das Jahr 2023 war und ist gleichzeitig ein Jahr des Aufschwungs von Streiks und Arbeiter*innenkämpfen. Große Streikwellen gab es in Großbritannien, Frankreich, Deutschland, aber auch wichtige Streiks und Arbeiter*innenproteste in anderen Ländern, wie Österreich, Norwegen, Belgien, Kroatien. Es ist auch keine zwei Jahre her, dass in Berlin eine Mehrheit in einer Volksabstimmung für die Enteignung der Immobilienkonzerne gestimmt hat, in Spanien gab es Massenproteste für ein besseres Gesundheitswesen, Griechenland erlebte den größten Generalstreik seit der Euro-Krise vor zehn Jahren. Doch diese Kämpfe finden auf der politischen Ebene zur Zeit kaum einen Ausdruck. Trotzdem zeugen sie davon, dass wir es mit einer gesellschaftlichen Polarisierung statt eines Rechtsrucks zu tun haben – eine Polarisierung, die jedoch in den meisten europäischen Ländern von der politischen Linken nicht aufgegriffen und zur Stärkung der eigenen Position genutzt wird. Diese Unfähigkeit und Krise der Linken ist ein wesentlicher Grund für das Erstarken rechtspopulistischer Kräfte,

aber sie ist weder alleiniger Grund noch tiefer liegende Ursache. Sehr wohl aber ist sie der entscheidende Grund, dass der Aufstieg der Rechten bisher nicht gestoppt wurde.

Gründe für das Erstarken

Der historische Wendepunkt, den der Zusammenbruch des Stalinismus (also der bürokratisch organisierten nicht-kapitalistischen Planwirtschaften in der Sowjetunion, DDR und anderen Staaten) in den Jahren 1989 bis 1991 und die Restauration kapitalistischer Verhältnisse in diesen Staaten markierte, leitete auch eine Umwälzung politischer Verhältnisse ein bzw. beschleunigte diese. Die Sozialdemokratie wurde von einer bürgerlichen Arbeiter*innenpartei zu einer durch und durch prokapitalistischen Partei und Vorreiterin neoliberaler Angriffe auf die Arbeiter*innenklasse. Die Arbeiter*innenklasse war dementsprechend politisch entwaffnet angesichts der scharfen Offensive des Bürgertums gegen ihre Errungenschaften und verfügte nicht einmal mehr über eine reformistische Vertretung. Diese Offensive, einhergehend mit der Fortsetzung von wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Krisen, untergrub aber gleichzeitig die gesellschaftliche Stabilität und die Bindung von weiten Teilen der Bevölkerung an die traditionellen politischen Kräfte. Es entstand ein politischer Raum, den rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien teilweise füllen konnten, während gleichzeitig ein immer größer werdender Teil vor allem der untersten Schichten der Arbeiter*innenklasse dem politischen System gänzlich den Rücken kehrte und die Nichtwähler*innenquote von Wahl zu Wahl anstieg. Diese Nichtwähler*innen sahen und sehen offenbar weder in den so genannten etablierten bürgerlichen Parteien noch in den linken Parteien eine Vertretung ihrer Interessen – nehmen aber auch das Angebot von ganz Rechts nicht wahr. Studien haben in der Vergangenheit gezeigt, dass sich unter Nichtwähler*innen überproportional viele Menschen als links verstehen. Diese zu erreichen, müsste eine vordergründige Aufgabe für eine linke Partei sein.

Der Aufstieg rechtsextremer und rechtspopulistischer Parteien hatte aus meiner Sicht nach 1989-91 drei wesentliche Grundlagen: die wirtschaftlichen und sozialen Krisen (also die Nichteinhaltung der kapitalistischen Versprechen von „blühenden Landschaften“

und dem „Ende der Geschichte“) und die damit einhergehende wachsende Unzufriedenheit in der Bevölkerung, den staatlichen Rassismus und den Rechtsruck bzw. die Untätigkeit in der Führung der organisierten Arbeiter*innenbewegung und Linken. Der staatliche Rassismus (und Nationalismus) darf hierbei nicht unterschätzt werden, denn dieser hat über Jahre dazu geführt, dass sich migrationsfeindliche bzw. -skeptische Haltungen in einem Teil der Bevölkerung festgesetzt haben. Die Rechtsextremen und Rechtspopulisten können darauf aufbauen und sich als diejenige Kraft präsentieren, die die Logik der etablierten Parteien konsequent zu Ende denkt – und auch handeln will.

Neuere Entwicklungen

In den letzten Jahren konnten die Rechtsparteien jedoch auch weitere politische Faktoren und Themen ausnutzen. Entscheidend bleibt die Enttäuschung und Verbitterung mit den etablierten Parteien. Oftmals ist die wesentliche Motivation für eine Stimmabgabe an Rechtspopulisten, den Etablierten eins auszuwischen. Tom Hoffmann schreibt dazu auf solidaritaet.info: „Nur 20 Prozent der AfD-Wähler*innen geben an der Partei und ihren politischen Grundvorstellungen sehr nahe zu stehen, jeder*jedem Fünfte*n steht sie weniger, vier Prozent gar nicht nahe. Das heißt nicht, dass diese Wähler*innen frei von Rassismus und Vorurteilen sind, aber es zeigt dass sie sich nicht fest an die AfD gebunden fühlen.“

Auch die Frage der Migration hat in den letzten Monaten wieder eine

größere Bedeutung erlangt. Vor allem angesichts der katastrophalen infrastrukturellen Lage löst ein Anstieg der Einwanderungszahlen bei vielen soziale Ängste aus in Bezug auf die Versorgung mit Wohnraum, der Situation im Bildungs- und Gesundheitswesen, Kinderbetreuung etc.

Ein neuer Faktor ist die Auseinandersetzung um Klimaschutzmaßnahmen. Der Übergang zu einem „grünen Kapitalismus“ soll, geht es nach den Regierenden, von der Masse der abhängig Beschäftigten bezahlt werden. Debatten, wie die um das so genannte Heizungsgesetz in Deutschland haben in großen Teilen der Arbeiter*innenklasse und der Mittelschichten eine tiefe Verunsicherung ausgelöst. Bei einem Teil von diesen können Rechtspopulist*innen mit ihrer Leugnung bzw. dem Herunterspielen der Gefahren des Klimawandels deshalb ein offenes Ohr finden. In den Niederlanden hat die BBB (Bauern-Bürger-Bewegung) einen rasanten Aufstieg hinlegen können und erreicht zur Zeit bis zu 18 Prozent in Meinungsumfragen, weil Klimaschutzmaßnahmen der Regierung auf Kosten der Landwirte gingen. Auch der Ukraine-Krieg ist in manchen Ländern ein Faktor, mit dem die Rechtspopulisten punkten können. Das wachsende Unbehagen mit der endlosen militärischen Unterstützung für die Selenskyj-Regierung bietet den Rechtspopulisten in manchen Ländern die Chance, sich als Antikriegskraft zu präsentieren und dem Slogan „Das ist nicht unser Krieg“ einen nationalistischen Inhalt zu geben. Außerdem setzen rechtspopulistische Kräfte verstärkt auf antifeministische und Anti-LGBTQ+-Propaganda und befeuern einen Kulturkrieg und können dabei ein Gefühl in Teilen auch der ärmsten Schichten der Arbeiter*innenklasse ausnutzen, dass liberale und linksliberale Kräfte sich mehr um politisch korrekte Sprache kümmern als um ihre drängenden Nöte.

All diese Themen können von den Rechten genutzt werden, weil die Linke und die Arbeiter*innenbewegung keine starke, überzeugende und einheitliche Klassenposition zu diesen Fragen formuliert und es nicht gelingt, die gemeinsamen Interessen von Lohnabhängigen unabhängig von Nationalität, religiöser Zugehörigkeit, Geschlecht, sexueller Orientierung etc. zu formulieren und dafür zu mobilisieren. Identitätspolitische Positionen in Teilen der Linken verstärken dabei die Wahrnehmung, dass das Trennende und nicht das Gemeinsame in den Mittelpunkt gerückt

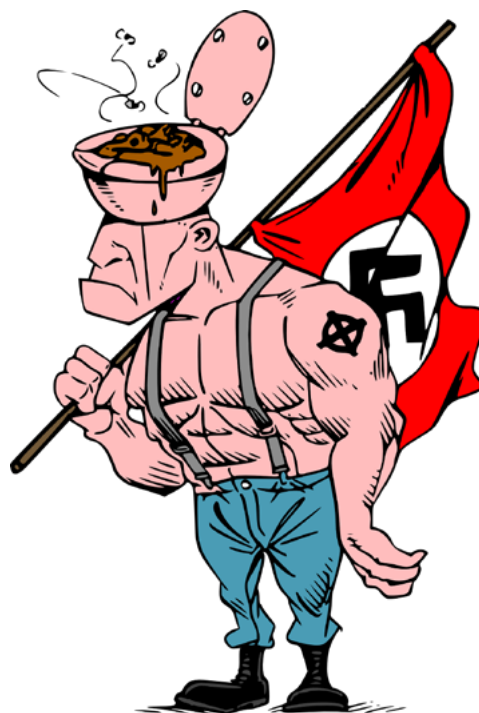




Bild von Jackie Ramirez auf Pixabay

wird. Gemeinsame Kämpfe finden trotzdem statt – in den gewerkschaftlichen Tarifrunden, in Mieter*innenkämpfen etc. – aber sie finden keine politische Verallgemeinerung durch eine linke Partei, die daraus die gemeinsamen politischen Klasseninteressen zur Geltung bringen könnte. Das gilt in unterschiedlicher Ausprägung zur Zeit in den meisten europäischen Ländern.

Regierungsbeteiligungen

Es gibt eine eindeutige Tendenz, dass rechtspopulistische Parteien Teil prokapitalistischer Regierungen werden. Die so genannte „Brandmauer“ der traditionellen bürgerlichen (konservativen oder liberalen) Parteien gegen eine Zusammenarbeit mit Rechtspopulisten bröckelt in einem Land nach dem anderen. Das ist Ausdruck der Instabilität und des Verlustes der eigenen Basis. Gleichzeitig versuchen bürgerliche Parteien selbst mit rechtspopulistischen Inhalten und Rhetorik den Verlust von Wähler*innen nach rechts zu verhindern. Am weitesten fortgeschritten ist dieser Prozess bei den Republikanern in den USA, die mit dem Flügel um Donald

Trump selbst die rechtspopulistische Kraft im Land darstellen und auch bei den britischen Tories, die sich mehr und mehr in eine rechtspopulistische Partei verwandeln und mit aggressivem Nationalismus und Rassismus agieren, wie zum Beispiel ihre „Keine Boote mehr“-Kampagne gegen Geflüchtete zeigt.

Teile des Bürgertums sehen keine Alternative dazu, rechtspopulistische Parteien in Regierungskoalitionen aufzunehmen und hoffen auch, diese dadurch zu bändigen. Es ist richtig, dass diese Parteien an der Regierung nicht einfach ihre Programmatik umsetzen können. Gleichzeitig verwandelt eine Regierungsbeteiligung sie aber nicht in „normale“ bürgerliche Parteien, sondern sie bleiben auch aus Sicht der Kapitalist*innen eine Quelle der Instabilität und Unberechenbarkeit. Die österreichische FPÖ ist dafür das beste Beispiel. Aber trotzdem zeigt sich auch bei rechtspopulistischen Regierungsbeteiligungen, dass an der Regierung zu sein nicht bedeutet auch an der Macht zu sein. Die italienische Regierungschefin und Post-Faschistin Meloni musste kürzlich nicht nur höhere Einwanderungszahlen akzeptieren, weil dies aus

Sicht der italienischen Kapitalist*innen für den Arbeitsmarkt notwendig war, sondern sie musste auch ihre Haltung zur EU an die Haltung der dominierenden Teile des italienischen Bürgertums anpassen und ihre traditionell pro-russischen Koalitionspartner konnten eine Fortsetzung der Unterstützung der Ukraine durch Italien nicht verhindern. Gleichzeitig hat die Meloni-Regierung aber massive Angriffe gegen Geflüchtete und LGBTQ+Rechte zu verantworten.

Versagen der Linken

Offenbar hat die vertiefte gesellschaftliche Krise seit Beginn der Pandemie bisher in den meisten Ländern zu einer Stärkung rechtspopulistischer Kräfte geführt, während – mit wenigen Ausnahmen – die Linke schwächelt. Warum ist das so? Nach der so genannten Großen Rezession 2007-09 war es anders. Damals erstarkten in vielen Ländern alte oder auch neue linke Parteien und Strömungen – Syriza, Podemos, die Partei der Arbeit in Belgien, Mélenchons Projekte in Frankreich, der Corbyn-Flügel in der Labour Party, Bernie Sanders in den USA, auch DIE LINKE hatte in dem Zeitraum ihre besten Ergebnisse. Gerade Corbyn und Sanders zeigten auch, dass glaubwürdige linke Alternativen die Rechten schwächen können. Es gab mehrere Studien, die darauf hinwiesen, dass Bernie Sanders eine Präsidentschaftswahl gegen Trump 2016 gewonnen hätte. Die Labour Party unter Jeremy Corbyn und mit einem linksreformistischen Programm gewann bei den Parlamentswahlen 2016 1,5 Millionen Stimmen von ehemaligen Wähler*innen der rechtspopulistischen UKIP (UK Independence Party) und erzielte die meisten Stimmen seit Jahrzehnten. Aber in der einen oder anderen Art und Weise haben die linken Parteien und Führungsfiguren in den letzten Jahren versagt, den Ansprüchen der Zeit gerecht zu werden. Am offensichtlichsten ist dies bei Syriza und Podemos der Fall, die durch ihre Regierungspolitik alle in sie gesetzten Hoffnungen enttäuscht haben und einen großen Teil ihrer Wähler*innen, vor allem aber der aktiven Unterstützung verloren haben. Im Fall des spanischen Staates hat dies auch den Weg für den Aufstieg der rechtspopulistischen Vox-Partei eröffnet.

Das gilt auch für DIE LINKE, die nicht zuletzt aufgrund der Regierungsbeteiligungen in verschiedenen Bundesländern und Kommunen und aufgrund ihrer braven Parlamentstätigkeit immer mehr als linker Teil des Establishments aber

nicht als Anti-Establishment-Opposition gesehen wird. Ihr Versagen, sich sowohl in der Corona-Pandemie als auch der Kriegsfrage für alle sichtbar und verständlich von den herrschenden prokapitalistischen Parteien abzusetzen, hat diese Wahrnehmung noch verstärkt. Was nützen Parteivorstandsbeschlüsse gegen Waffenlieferungen, wenn prominente Abgeordnete, Regierungsglieder oder Kandidat*innen öffentlich verkünden, dass sie diese außenpolitische Positionierung eh falsch finden. Die sich nun über Jahre entwickelnde und wahrscheinlich bald zum Abschluss kommende Spaltung von Sahra Wagenknecht und ihren Unterstützer*innen ist hier weniger Ursache als Ausdruck der Fehler der Parteiführung. Eine mögliche Wagenknecht-Partei mag kurzfristig zu einer parlamentarischen Schwächung der AfD führen können, wie einige Meinungsumfragen vermuten lassen. Das würde beweisen, dass die Wähler*innenbasis der AfD fragil ist. Sahra Wagenknecht nimmt aber Anleihen bei der

Rhetorik der AfD, um dies zu erreichen und das wird leider dazu führen, dass der Rechtspopulismus gesellschaftlich nicht zurück gedrängt werden wird. Dazu bedarf es einer starken wirklich linken und sozialistischen Alternative.

Was tun?

Die auf der Linken und in der LINKEN dominierende Gegenstrategie gegen die AfD wird letztlich nur zu einer weiteren Stärkung der Rechtspopulisten führen. Wenn immer wieder „breite Bündnisse“ zusammen mit prokapitalistischen Parteien gebildet werden, deren einziger Konsens eine moralische Ablehnung der AfD ist, bedient man damit nur diejenigen, die ohnehin schon moralisch empört sind. Diejenigen, die die AfD aber aus berechtigter Wut und Enttäuschung über die herrschende Politik wählen oder dies in Erwägung ziehen, werden sich eher darin bestätigt fühlen, dass es auf der einen Seite des

politischen Spektrums die Parteien von CDU/CSU über SPD bis zur LINKEN und als einzige Opposition dagegen eben nur die AfD gibt. „Erst kommt das Fressen, dann die Moral“, wusste schon Bertolt Brecht. Ob es einem gefällt oder nicht, gilt das auch heute in Bezug auf Rechtspopulismus und Rassismus. Eine effektive Gegenstrategie gegen Rechts muss eine Pro-Strategie für eine wirkliche Alternative im Interesse der Arbeiter*innenklasse und sozial Benachteiligten sein. Eine solche aufzubauen hat zur Voraussetzung, eine völlige politische Unabhängigkeit von prokapitalistischen Parteien zu bewahren und diese nicht als Bündnispartner, sondern als Gegner zu betrachten. Sie hat zur Voraussetzung die Rechtspopulisten nicht nur als Rassisten und Nationalisten anzugreifen, sondern ihre arbeiter*innenfeindliche Politik zu entlarven und deutlich zu machen, dass sie keinen Deut besser sind als die etablierten bürgerlichen Parteien. Vor allem aber wird der Aufbau einer solchen Alternative zur Voraussetzung haben, dass diejenigen linken Kräfte, die sie schaffen wollen, in den Gewerkschaften und Arbeitskämpfen, Mieter*innenbewegungen, Nachbarschaften und sozialen Bewegungen tätig sind, um diese sowohl zu stärken, aber auch die Idee einer sozialistischen Alternative in sie hineinzutragen.

DIE LINKE ist in einer Krise, die nur durch einen radikalen Bruch mit der Politik der Vergangenheit (und zwar der Politik sowohl der Regierungsozialist*innen, Wagenknecht-Anhänger*innen und Bewegungslinken) und einem sozialistischen Kurswechsel gelöst werden könnte. Leider deutet nichts darauf hin, dass das gelingen wird. Eine Abspaltung des Wagenknecht-Lagers wird nicht die Parteilinke stärken und eine „Wagenknecht-Partei“ wird keine sozialistische und klassenpolitische Alternative zur LINKEN darstellen. Die Notwendigkeit einer sozialistischen Arbeiter*innenpartei wird dadurch nicht geringer und ohne eine solche werden AfD in Deutschland und andere Rechtspopulisten international nicht zurück gedrängt werden können. Sie aufzubauen bleibt unsere Aufgabe. Neue Chancen dafür werden sich aus den Kämpfen und Bewegungen, aus gewerkschaftlicher und anderer Selbstorganisation ergeben. Je stärker sozialistische Kräfte sich bis dahin organisieren, desto besser werden neue Anläufe gelingen, in denen natürlich auch Teile der Linkspartei eine wichtige Rolle zu spielen haben.



Bild von Klaus Hausmann auf Pixabay

ALLER SCHLECHTEN DINGE SIND VIER

Der Parteivorstand der LINKEN legt dem Europa-Parteitag im November 2023 in Augsburg einen Leitantrag als Entwurf für ein Europawahlprogramm vor, der eine traurige Tradition fortschreibt: Die wichtigste Frage, die bei dieser Wahl gestellt wird, bleibt unbeantwortet: Wie steht die LINKE zu dem von mehreren Krisen existenziell geplagten Bündnis kapitalistischer Staaten aus Europa, das sich „Europäische Union“, oder noch anmaßender „Europa“ nennt? Genaugenommen bieten die EU-Programme der LINKEN nur widersprüchliche Antworten an: „Für die EU“ und „Gegen die EU“.

von Thies Gleiss

Dreimal ist die LINKE zu den Europawahlen mit einem solchen Programm angetreten, das sich vor der Hauptfrage des Wahlgangs drückt, und dreimal hat die Partei eine Klatsche erhalten. Das Wahlvolk ist speziell bei ihr nicht zum Wählen gegangen. Warum sollte es auch? Wer über Seiten und in allen thematischen Kapiteln beschreibt, dass die EU ein reines Bündnis der kapitalistischen Klassen eines Teils von Europa zur Verbesserung ihrer Lage im weltweiten kapitalistischen Konkurrenzkampf ist, das in allen Ländern mehr Nachteile für die lohnabhängigen und ausgebeuteten Menschen bedeutet, um dann als Schlussfolgerung dennoch die Europäische Union zu verteidigen und als alternativlos darzustellen – der muss sich nicht wundern, dass die Wählerinnen und Wähler sich kopfschüttelnd abwenden.

Alles in der EU – so ist das eine Gesicht der LINKEN – muss sich ändern, von den Gründungsverträgen, den sie tragenden Strukturen, bis zur täglichen Politik. Die EU ist, so lautet die bis heute immer mehr zutreffende Zusammenfassung, militaristisch, undemokratisch und neoliberal, sie ist nicht reformierbar. Dennoch wird auf den restlichen Seiten der bisherigen und auch des neuen Wahlprogramms die Erzählung der herrschenden Elite wiedergekaut: Die EU wäre ein Friedensbündnis, die EU wäre identisch mit „Europa“, die EU wäre die einzig mögliche Alternative zum Nationalismus.

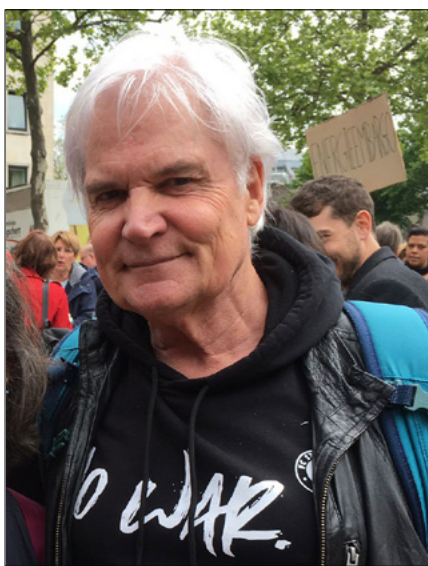
Alles an dieser „Erzählung“ ist falsch. Die EU und ihre Vorläufer wurden ausschließlich als Projekt der wichtigsten

europäischen kapitalistischen Staaten gegründet, um einen mit den USA und Japan konkurrenzfähigen großen gemeinsamen Binnenmarkt zu schaffen, um Kapital zu mobilisieren, das zu den notwendigen Investitionen in der Industrie, im Verkehr, in der Chemie, der Energieversorgung und heute zusätzlich in der Informationstechnologie in der Lage ist, die kein europäisches Land oder einzelne nationale Konzerne allein stemmen können.

Die EU war ein Kind des Kalten Krieges und immer ausdrücklich gegen den nicht-kapitalistischen Teil Europas in Stellung gebracht. Heute, nach dem Kollaps des nicht-kapitalistischen Blocks in Europa und der Wiedereinführung kapitalistischer Produktionsverhältnisse in allen früheren RGW-Staaten, ist die EU nach wie vor ein anti-kommunistischer Kampferverband, der sich zusätzlich gegen die neuen imperialistischen Player auf dem Weltmarkt, China und Russland, positioniert.

Die EU hat stets ein privilegiertes militärisches Bündnis mit den USA und der NATO gesucht, was sie aber gleichzeitig nicht daran gehindert hat, kontinuierlich die eigene Aufrüstung und eine eigene EU-Militarisierung voranzutreiben. Die EU-Verträge verpflichten die Mitgliedsstaaten ausdrücklich zur steten Aufrüstung.

Die EU hat auch niemals die nationalen Selbständigkeiten der Mitgliedsstaaten aufheben können und auch nicht wollen. Sie ist ein reines Kapitalismus-Optimierungs-Bündnis. Die inneren Kräfteverhältnisse dieses Bündnisses haben die bestehenden



*Thies Gleiss ist Mitglied im Bundessprecher*innenrat der AKL. Er war zuletzt von 2016 – 2022 Mitglied im Parteivorstand der LINKEN.“*

Konkurrenzverhältnisse der Mitgliedsstaaten nicht aufgehoben, sondern verfestigt. Die „starken“ Mitgliedsstaaten blieben „stark“ und die schwachen, insbesondere die neu integrierten Peripherie-Länder blieben schwach.

Bei jeder Krise dieses ökonomisch und kapitalistisch beschränkten Bündnisses gab es in allen Mitgliedsstaaten fast nur eine politische Reaktion: Die EU-feindlichen Kräfte, überwiegend rechte und ultrarechte Parteien und Organisationen wurden gestärkt. Die EU hat diese Kräfte nicht überwunden, sondern hervorgebracht. Alle traditionellen bürgerlichen und sozialdemokratischen Parteien passten sich in wichtigen Fragen dieser rechten Welle des Neo-Nationalismus an. Da die Krisen der EU, von der Weltfinanzkrise 2008, die Griechenland-Euro-Krise, über die Corona-Pandemie, die wachsende Migration in die reicheren Länder, die weltweite Klimakrise bis zu den Kriegen in aller Welt mit dem Höhepunkt der Reaktionen auf den Überfall Russlands auf die Ukraine, von Jahr zu Jahr zunahm, und der jahrelang unerschütterliche Glaube, dass der kapitalistische Markt schon alles regeln würde, immer mehr Schaden nahm, setzten sich auch in der EU als Gesamtverband politische Maßnahmen und Projekte durch, die im Widerspruch zu den Vertragsgrundlagen stehen und den schnöden Konkurrenzkampf der Mitgliedsstaaten zur Richtschnur hatten. Dabei sind das Gewicht Deutschlands und dessen nationaler Egoismus stetig gewachsen, insbesondere nach der Wiedereingliederung der DDR in das neue Großdeutschland.

Das Europäische Parlament ist ein durch die EU-Verträge kastriertes Scheinparlament, das noch nicht ein-

mal die Rechte der Parlamente in „normalen“ bürgerlich-parlamentarischen Demokratien hat. Daran hat sich trotz einiger kleiner Reformen bis heute nichts geändert.

Das registrieren auch die Menschen, die dieses Parlament wählen sollen.

Die Wahlbeteiligung ist in den meisten EU-Ländern deutlich unter 50 Prozent. In Deutschland stieg die Beteiligung von 43,2 Prozent in 2009, über 48,1 Prozent in 2014 auf immerhin 61 Prozent 2019. Es spricht viel dafür, dass angesichts der vielen ungelösten Krisen der EU die Wahlbeteiligung bei den kommenden Wahlen 2024 noch einmal zurückgeht.

Für die EU und gegen die EU – was denn nun?

Dreimal ist die LINKE in Deutschland und in Kooperation mit ihren europäischen Schwesterparteien mit einem Wahlprogramm und einer Wahlstrategie angetreten, die sowohl die Kritik an der EU, selbst die grundsätzliche, als auch den angeblich positiven Esprit aus der „EU-Idee“ und das alles gleichzeitig aufgreifen wollten.

Die „Erfolge“ waren vorhersehbar: Dreimal konnte die LINKE nicht annähernd ihr in Umfragen und Beteiligungen an ihren Aktionen erkennbares Potenzial mobilisieren. Ausgerechnet als eine linke, die Gesellschaft umfassend kritisierende Partei, von der eigentlich erwartet werden sollte, dass sie ihre Wähler:innen, und auch die Erstwähler:innen überdurchschnittlich mobilisieren wird, litt die LINKE dreimal überdurchschnittlich an der niedrigen Wahlbeteiligung. 2009 erreichte die LINKE 7,5 Prozent (als sie bei den

Bundestagswahlen noch zweistellig abschnitt); 2014 waren es noch 7,4 Prozent und 2019 schließlich 5,5 Prozent.

Es hätten schon beim ersten Mal die Alarmglocken schrillen müssen, aber nichts geschah. Stattdessen wurde jeweils fünf Jahre später der Fehler wiederholt.

In allen drei EU-Wahlen hätte die LINKE höchstwahrscheinlich deutlich besser abgeschnitten, wenn sie sich als eine linke, sozialistische, EU-kritische Partei profiliert hätte und wenn in der Wahlstrategie ein klarer Kurs auf die bisherigen Nichtwähler:innen eingeschlagen worden wäre. Und selbst wenn es in Zahlen nur gering besser geworden wäre, so wäre das politisch zerstörerische Ergebnis, von der eigenen Basis verlassen worden zu sein, auf keinen Fall eingetreten.

Die Kritiker:innen der vorherigen EU-Wahlprogramme und Wahlkampagnen, auch und besonders die in der AKL, wurden regelmäßig mit den billigsten Totschlagsargumenten angegriffen. Sie seien angeblich für eine „Rückkehr zu den Nationalstaaten“ oder gar zur „Kleinstaaterei“. Zusätzlich wurden sie mit angeblichen Sachzwängen konfrontiert, zu denen es keine „Alternative“ gäbe. Das nahm vor allem in den sich häufenden Krisensituationen der EU zu: Die skandalöse (und im Übrigen auch EU-vertragswidrige) Drangsalierung Griechenlands vor allem durch die Troika unter Führung der deutschen Regierung; die daraus folgende Euro-Krise; die menschenverachtende Flüchtlingspolitik; die stetig zunehmende Militarisierung der EU, das Versagen der EU in der Klima-Politik.

Die EU hat sich niemals von den Nationalstaaten wirklich abgewandt, so

Entwurf

**Wahlprogramm
Europawahl
2024** **DIE LINKE.**

dass von einer „Rückkehr“ prinzipiell keine Rede sein kann.

Gleichzeitig gab es immer und in den letzten drei Jahrzehnten vermehrt Ansätze einer wirklichen europäischen Vereinigung von Unten, die Ausgangspunkte einer linken, internationalistischen EU-Positionierung sein könnten, und die deutlich mehr ermöglichen als nur eine abstrakte Forderung nach Austritt aus der EU oder nach Abschaffung des Euros. Die Klimagerechtigkeitsbewegung, die grundsätzlich nur als internationale und internationalistische Bewegung verstanden werden kann; die überall auftauchenden, aber leider nicht zusammengeführten Proteste gegen Mietwucher, Wohnungsmangel und Immobilienspekulation; die gewerkschaftlichen Proteste in den großen europaweiten Konzernen gegen Angriffe auf die Löhne und Renten; auch die politischen Kampagnen gegen neue und erweiterte Vertragsgrundlagen der EU gehören zu solchen „Alternativen in der Praxis“; ebenfalls die Welle der länderübergreifenden Solidarität mit Geflüchteten.

Leider gab es nur sehr bescheidene Ansätze einer länder- und EU-übergreifenden Anti-Kriegsbewegung und fast völlig versagt hat die europäische Linke mit ihrer Antwort auf das britische Referendum zum Austritt aus der EU.

Mitgliedsstaaten angelegte, grundsätzliche EU-Kritik zu formulieren. Immer erstickte sie Ansätze dazu durch eine durch nichts zu rechtfertigende „Hoffnung“, irgendwie doch an der EU mitgestalten zu können. Oft wurde dies ergänzt durch eine angebliche Angst, die LINKE würde sich sonst mit den Rechten gemein machen. Doch nichts ist unbegründeter als das. Alle rechten Parteien, die gerne eine Kritik an der EU im Munde führen, sind systemisch inkonsequent, weil sie die EU nicht als Ergebnis und Projekt der kapitalistischen Produktionsweise erkennen und entlarven. Sie sind mittlerweile auch fast alle von einer EU-Kritik abgerückt.

Mit einer solchen konkreten EU-Kritik, die sich mit rebellischer Politik und Opposition gegen die Umsetzung der EU-Politik in den einzelnen Ländern verknüpfen lässt, wären Wahlprogramme, die überzeugen und Wahlkampagnen, die auf Nichtwähler:innen und auf die verbreiteten Ängste vor der EU eingehen, möglich gewesen.

Die vierte Auflage und ihre Besonderheiten

Jetzt liegt der vierte Aufguss des Europa-Wahlprogramms der LINKEN vor und in mehrfacher Hinsicht topt der die vorherigen Ausgaben noch.

chen Wegen dies geschehen kann. Fast auf jeder Seite finden sich neben vielen kleinteiligen Forderungen auch ein oder zwei sehr gewichtige Positionen, die im Grunde nur durch eine revolutionäre Massenbewegung erreicht werden können. Aber wenn dieser kleine Zusammenhang verschwiegen wird, werden solche Forderungen schlicht verhunzt.

Es ist ein auf 86 Seiten verteiltes Sammelsurium von konkreten Forderungen (die so schöne und richtige wie isolierte Forderung nach kostenloser Verteilung von Sonnencreme in den europäischen Hotspots ist ja schon in den Medien rauf und runter verspottet worden), worunter auch erfreulicher Weise ein paar Dinge fallen, die in den Leitungsgremien der LINKEN bisher immer erfolgreich abgebügelt wurden: Viertagewoche bei vollem Lohn- und Personalausgleich, Inflationsausgleich u.a.

Aber was soll dieser bunte Reigen von konkreten Wünschen, wenn er nicht politisch und strategisch gewichtet wird, damit auch nur Ansätze einer Durchsetzungsmöglichkeit erkennbar sind.

Selbst da, wo die gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse eine solche strategische Gewichtung unmittelbar aufzwingen, wie in der Frage der Aufrüstung, der Kriegspolitik angesichts des

Ukrainekrieges oder auch in der Klimagerechtigkeitsbewegung, verweigert sich das Wahlprogramm und addiert nur Forderungen zu einem leblosen Katalog.

So werden Waffenlieferungen an die Ukraine abgelehnt und die Sanktionen gegenüber Russland wegen ihrer Nichtwirkung kritisiert. Wie eine solche Positionierung aber in eine Strategie der Solidarität, der Verteidigung des Selbstbestimmungsrechtes der Ukraine oder der gewerkschaftlichen Kämpfe gegen den Sozialabbau integriert werden kann, wird nicht ansatzweise ausgeführt.

Als politischen Kitt liefert der Programmentwurf

stattdessen so unbrauchbare und beliebig dehnbare Begriffe wie „gerecht“, „fair“, „modern“, die derart inflationär benutzt werden, dass sie schon nach zehn Seiten Lektüre nur noch nerven.



Die Linke in Europa und besonders die LINKE in Deutschland hat sich stattdessen selbst gefesselt, oft bis zum Selbstmord aus Angst vor dem Tod. Sie scheute, die in jeder konkreten Opposition gegen die EU- und die Politik ihrer

Eine überzeugende Bilanz und Kritik der EU, wie wir sie hier skizziert haben, bleibt diesmal völlig aus. Ebenso eine Erklärung welche aktiven gesellschaftlichen Kräfte all die Änderungen in der EU denn erreichen können, und auf wel-

Der Sozialismus wurde entsorgt

Die vielleicht nachhaltigste strategische Lücke im Programmwurf ist allerdings das völlige Fehlen einer kollektiven politischen Identität, hinter der die LINKE als Partei, als Mitgliederorganisation und auch als Angebot an Millionen von Wählerinnen und Wählern versammelt werden soll. Die LINKE ist in der größten Krise ihrer Geschichte, die Möglichkeit von Spaltungen oder gar völliger Erosion ist sehr groß – in einer solchen Situation ist es ein kapitaler Fehler, dass ein neu geschriebenes (oder auch nur ein erfolgreich abgeschriebenes) Programm nicht wenigstens den Versuch unternimmt, all die Wünsche, Hoffnungen und Interessen der Mitglieder und über sie auch der Wählerinnen und Wähler in einem politischen Projekt zusammenzufassen. Was hinderte die Autorinnen im Parteivorstand, ein klares Bekenntnis zum Sozialismus als unsere Zielsetzung in dem Programm zu verankern? Haben unsere Funktionäre, Regierungssozialisten und die entsprechenden -innen dazu ihr Herz und ihre Leidenschaft schon so Richtung Knie oder gar Füße rutschen lassen, dass sie diese einzigartige Möglichkeit, eine neue sozialistische Utopie zu umreißen, gar nicht mehr sehen, geschweige denn anpacken?

So ist das nach unserer Kenntnis erste Wahlprogramm der LINKEN entstanden, wo das Wort „Sozialismus“ nicht wenigstens einmal vorkommt. Das ist alles andere als eine Kleinigkeit. Je umfassender die Reformforderungen in

Richtung EU ausfallen, je klarer die Forderungen realer sozialer Bewegungen aufgegriffen oder gar verallgemeinert werden – desto wichtiger wäre eine strategische, konzeptionelle Aufhebung in einer Skizze dessen, wie wir uns eine neue Gesellschaft, ein „neues Europa“ vorstellen.

„Anitkapitalismus“, der auch im Programmwurf durchgängig zu finden ist, wird erst durch zwei Zusatzpunkte sinnvoll: Ein sozialistischer Gegenentwurf zur bestehenden Gesellschaft und eine Strategie, wie dieses Ziel praktisch erreicht werden soll. Bei beiden Aspekten bietet der EU-Wahlprogrammwurf des Parteivorstandes der LINKEN leider nur Leerstellen.

Und es gibt einen zweiten, nicht weniger gewichtigen Grund für die Notwendigkeit, sich als eindeutige und leidenschaftliche Partei des Sozialismus zu präsentieren:

Es geistert in der LINKEN, allen voran im Block um das Noch-Mitglied Sahra Wagenknecht, eine schrecklich falsche Kritik an der und Alternative zu der EU herum. Es ist das Konzept einer „EU der Nationalstaaten“, in denen die einzelnen Nationalstaaten die schräge Politik aus ökonomischen, keynesianischen Sozialreformen und links blinkenden politischen und kulturellen Konservatismus verfolgen sollen, die Wagenknecht in ihren Büchern entwickelt hat.

Dieses Konzept hat leider nicht nur im Namen sehr viel Ähnlichkeit mit dem Modell der AfD und anderer rechter europäischer Parteien. Es ist kein linkes, sondern ein ausdrücklich anti-sozialistisches Konzept, das seinen Frieden mit

dem Kapitalismus, wenn auch einem hübsch geschriebenen, sucht. Der „linke Konservatismus“ gerät in der Praxis sehr schnell zu einem schnöden reaktionären Konservatismus üblicher Art.

Wenn die LINKE eine Zukunft haben will und wenn sie die Wahlen zum EU-Parlament im nächsten Jahr dafür als Startpunkt nehmen will, dann muss sie diesem Konzept klar widersprechen und eine internationalistische Alternative formulieren. Mit dem jetzt vorgelegten Entwurf für ein Wahlprogramm geschieht dies leider überhaupt nicht.

Sozialismus, internationale Solidarität und Grenzen überwindender Klassenkampf – das müssen die zentralen Elemente jedes, aber vor allem eines EU-Wahlprogramms der LINKEN sein.

Der Parteitag im November 2023 sollte diesen Leitantrag mit Wahlprogrammwurf ablehnen, wenn er in den verbleibenden Wochen nicht grundlegend verbessert wird.

Der Entwurf des EU-Wahlprogramms der LINKEN findet sich hier:

<https://www.die-linke.de/partei/parteidemokratie/parteitag/augsburger-parteitag/wahlprogramm-zur-europawahl/#c75076>



**Menschen entlasten.
Preise deckeln.
Übergewinne
besteuern.**

Resolution der AKL

- **Nein zum Krieg in der Ukraine**
- **Sofortiger Waffenstillstand und Rückzug aller russischen Truppen**
- **NATO-Truppen raus aus Osteuropa**
- **Nein zum Aufrüstungsprogramm für die Bundeswehr**

Der Krieg Russlands gegen die Ukraine ist ein Angriffskrieg gegen ein souveränes Land. Dieser Krieg ist völkerrechtswidrig! Die AKL lehnt den Bruch des Völkerrechts und diesen Krieg und die Besetzung als Mittel der Politik entschieden ab. Das Völkerrecht ist kein Ersatz für linken, sozialistischen Internationalismus und weltweite Solidarität der unterdrückten Klassen, aber es ist zumindest ein Instrument, die kriegerischen Tendenzen kapitalistischer Staaten untereinander zu mäßigen.

Die AKL verurteilt den Angriffskrieg des russischen Staates gegen die Ukraine und fordert den sofortigen Rückzug aller Truppen und die Einstellung aller Kriegshandlungen. Dieser Krieg ist ein imperialistischer Krieg durch eine kapitalistische Regionalmacht gegen einen kleineren Staat. *Wir verteidigen das Recht der Menschen in der Ukraine auf Selbstbestimmung ohne die Einmischung des russischen oder eines anderen Imperialismus.* Es handelt sich gleichzeitig um einen Stellvertreterkrieg, in dem die kapitalistische ukrainische Regierung die geostrategischen Interessen des westlichen Imperialismus repräsentiert.

Dieser Krieg löst keine Probleme für die arbeitende Bevölkerung in Russland oder der Ukraine. Im Gegenteil zahlt immer die Arbeiter*innenklasse den Preis für kapitalistische Kriege. Jede Stunde Krieg kostet Menschenleben und zerstört die Lebensgrundlage der arbeitenden Menschen, die unter Ausbeutung die Werte geschaffen haben, die im Krieg massenhaft vernichtet werden – während die Rüstungsindustrie und andere Kapitalfraktionen ordentlich an dem Krieg verdienen. Immer mehr Menschen sterben, immer mehr Menschen müssen fliehen und immer mehr gegen den Krieg Demonstrierende werden in Russland verhaftet. Unsere Solidarität gehört allen Menschen, die unter dem Krieg und seinen Folgen leiden.

Der zivile und militärische Widerstand gegen die Invasion und die Besetzung durch russische Truppen ist berechtigt. Die Führung des bewaffneten Widerstandes liegt allerdings in den Händen der reaktionären Regierung Selenskyj, die versucht, den Krieg durch die stärkere Einbeziehung der NATO auszuweiten. Wir lehnen eine Unterstützung dieser Regierung ab. Wir stehen für länderübergreifenden Widerstand gegen die kapitalistischen Regierungen, sowohl in Russland, den NATO-Staaten, als auch in der Ukraine. Wir fordern offene Grenzen und Bleiberecht für alle, die vor dem Krieg

flüchten und für alle Deserteur*innen, unabhängig von Hautfarbe, Geschlecht oder Herkunftsland. Wir stellen uns gegen die unselige Allianz aus Politik, Oligarchen, Nationalisten, Rüstungsindustrie und Militär beiderseits der Front. Wir fordern einen sofortigen Waffenstillstand und den Rückzug der russischen Truppen.

Die „Vorgeschichten“ des Krieges

Der Angriff der russischen Armee auf die Ukraine ist durch nichts zu rechtfertigen. Er hat aber eine Vorgeschichte. Mit dem Ende der Sowjetunion und der von ihr geprägten Existenz eines großen Teils der Welt, der nicht völlig vom kapitalistischen Weltmarkt beherrscht war, sondern versuchte, eine bürokratische Zentralverwaltungswirtschaft jenseits des Marktes zu etablieren, begann ein scharfer Kampf um die Neuaufteilung der Welt und den Zugriff auf den bisher nicht kapitalistisch beherrschten Teil.

Der Einflussbereich der Sowjetunion wurde systematisch zurückgedrängt. Ehemalige Sowjetrepubliken wurden unabhängig. Überall im ehemaligen „Ostblock“, begann ein Prozess der Reprivatisierung der Produktionsmittel. Ein größerer Teil der früheren Bürokraten und Angehörige der Nomenklatura, außer in der DDR, eigneten sich diese ehemals gesellschaftlichen Werte an und verwandelten sich in eine kapitalistische Klasse von Privatunternehmer*innen. Es war ein brutaler Prozess der – in Worten von Karl Marx – ursprünglichen Akkumulation von Kapital, der Herausbildung einer neuen herrschenden Klasse und des Aufkommens von großer Armut und tiefer gesellschaftlicher Klassenspaltung als andere Seite der Medaille.

Russland verwandelte sich in den Worten der USA-Ideologen, von einem Schurkenstaat mit einem anderen Gesellschaftssystem in einen rivalisierenden kapitalistischen Staat, der zunehmend zu einem großen Konkurrenten im Kampf um Ressourcen, Weltmarktanteile und politisch-militärische Einflusssonen wurde. Wie zu Zeiten des Ersten Weltkrieges wurde Russland zum imperialistischen Konkurrenten, der heute wie damals zwar deutlich schwächer als der EU-Block, die USA, Japan oder als ebenfalls neuer Akteur China ist, aber eben ein ernstzunehmender Rivale. Der russländische Imperialismus ist heute ein pro-aktiv in den Konkurrenzkampf intervenierender Akteur, er steht unter Expansionszwang wie jeder andere Imperialismus auch.

Genauso wie in Russland hinter Putin stehen in der Ukraine Oligarchen hinter Selenskyj, die sich durch Privatisierung, Diebstahl und Korruption am Volksvermögen bereichern und die Mehrheit der Bevölkerung in Armut getrieben haben. Die ukrainische Regierung hat die Gesellschaft durch Diskriminierung der russischsprachigen Bevölkerung gespalten, hat den Beschuss der so genannten „Volksrepubliken“ in Donezk und Luhansk fortgesetzt und arbeitet offen mit Faschisten zusammen. Auf der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar in München hat Selenskyj den Anspruch auf atomare Bewaffnung der Ukraine erhoben. Im März 2021 hat der ukrainische Präsident

Selenskyj ein Dekret erlassen zur Rückeroberung der Krim.

Nach dem Ende der Blockkonfrontation wurde die NATO zu einem weltweiten Interventionsbündnis aus- und umgebaut. Die NATO bildet zwar auch die scharfen Konkurrenzen zwischen den USA und den europäischen Staaten ab, aber sie ist auch gemeinsames Instrument gegen die neuen kapitalistischen Global Player Russland und China. Sie propagiert und betreibt den Aufbau einer neuen Weltordnung und die Neuauftteilung der Märkte. Diese Neuordnung richtet sich gegen zu starke Regionalmächte und gegen Regierungen, die der schrankenlosen Ausweitung des Weltmarktes im Wege stehen. Seit dreißig Jahren nehmen deshalb die Kriege wieder zu: Schmutzige, asymmetrische Verteilungskriege unter den Verlierer:innen dieser neuen Weltordnung und zahllose Stellvertreterkriege, die nicht wie früher Kriege „Ost gegen West“, sondern „West gegen West“ waren. Dabei werden langjährig bestehende Ungleichheiten zwischen nationalen oder religiösen Bevölkerungsteilen systematisch ausgenutzt, gegeneinander ausgespielt und immer dann auch gemeinsam bekämpft, wenn aus solchen Kämpfen um nationale Unabhängigkeit eine echte Gefahr für die imperialistische Herrschaft zu erwachsen droht.

Seit einigen Jahren gewinnen in diesem innerimperialistischen Konkurrenzkampf die Auseinandersetzungen mit Russland und die damit einhergehende Aufrüstung der Ostflanke an Bedeutung. Aber die Machtproben mit Russland sind nur Vorgeplänkel für die viel mehr gefürchtete Auseinandersetzung mit China, dem Hauptkonkurrenten der USA und der EU. Die USA und die NATO haben seit der Auflösung des Warschauer Vertrages entgegen ihren Versprechungen ihr Einflussgebiet und ihr militärisches Potential nach Osten erweitert und dort mehr und mehr Truppen und Angriffswaffen stationiert. Der Krieg in der Ukraine hat eine Vorgeschichte in den Kriegen in Tschetschenien und Jugoslawien, in Afghanistan, dem Irak und Libyen, im Krieg Aserbeidschans gegen Armenien, aber auch im Jemen und vielen Kriegen unter dem Schlachtruf „Krieg gegen den Terrorismus“. Die Einflusszonen des russländischen Imperialismus sollen zurückgedrängt werden, neuen Akteuren wie China soll das Engagement erschwert werden. Nun hat der Krieg nach der Bombardierung Jugoslawiens 1999 durch die NATO zum zweiten Mal Europa erreicht. Die Ukraine wurde seit Monaten mit Kriegswaffen aus NATO-Staaten auferüstet. Nach Kriegsbeginn hat sich auch Deutschland entschieden, Waffen in diesen Krieg zu exportieren und liefert gepanzerte Fahrzeuge, Panzerfäuste, Panzerabwehrwaffen und Boden-Luft-Raketen. Wer den Export von Kriegswaffen in einen Krieg hinein genehmigt und Waffen liefert, wird selbst zur Kriegspartei. Durch die Lieferung von Waffen an die Ukraine sind die NATO-Mitglieder bereits indirekt Kriegspartei. Ein offenes Eingreifen der NATO z.B. in Form einer Flugverbotszone könnte die Welt in einen Atomkrieg treiben.

Jede weitere Eskalation muss verhindert werden.

Die NATO spielt mit dem Feuer. Nach dem Aufstocken des Militärs in Nordost-, Zentral- und Südosteuropa wurde auf dem spontan einberufenen NATO-Gipfel am 25. Februar die Eingreiftruppe des Bündnisses mit bis zu 40.000 Soldat*innen aktiviert. Die lange geplanten Großmanöver Cold Response ab Mitte März in Norwegen und Defender Europe 2022 ab Mai mit großen Truppenverschiebungen in die Grenzregionen zu Russland sollen weiterhin durchgeführt werden. Die NATO macht mobil und Deutschland ist Aufmarschgebiet. Das sieht nicht nach Deeskalation aus.

Weder die Androhung „Russland zu ruinieren“ noch die massive Aufrüstung der NATO tragen zur Beendigung des Krieges bei. Die USA und die EU haben nach dem Einmarsch der russischen Armee in die Ukraine den Wirtschaftskrieg eröffnet und Russland mit schwerwiegenden Sanktionen belegt. Die Sanktionen treffen vor allem die Bevölkerung in Russland sowie durch die Verteuerung der Energie- und Lebensmittelpreise die Menschen weltweit. Die fehlenden Weizenlieferungen aus Russland und der Ukraine bei steigenden Preisen können eine weltweite Hungerkrise auslösen. Um die Abhängigkeit von Energieimporten aus Russland abzubauen, will die Bundesregierung den Import von umweltschädlichen und teuren US-Fracking-Gas ermöglichen und der grüne Umweltminister Habeck geht auf Einkaufstour in Katar und den Vereinigten Arabischen Emiraten über die Lieferung von Flüssiggas. Beteiligte am Krieg gegen den Jemen und langjährige Einkäufer von deutschen Waffen sind alte und neue Geschäftspartner. Auch der Weiterbetrieb von Atomkraftwerken ist im Gespräch – statt den beschleunigten Ausbau von erneuerbaren Energien voranzutreiben. Kohle, Öl und Gas sind weiterhin Schmiermittel des Kapitalismus.

Die Ampel-Koalition hat mit Unterstützung der CDU/CSU einen Schattenhaushalt von 100 Mrd. Euro für die Bundeswehr auf den Weg gebracht und will diesen im Grundgesetz verankern. Außerdem soll der Militärhaushalt gemäß den NATO-Wünschen auf über 2 % des Bruttoinlandsproduktes steigen (2014 waren es noch 32,4 Mrd. und 2022 bereits 50 Mrd. Euro). Zwei Prozent wären 75 bis 80 Mrd. Euro jährlich. Es sollen bewaffnungsfähige Drohnen und Kampfflugzeuge zum Abwurf von Atombomben angeschafft werden. All diese Waffen standen lange auf der Wunschliste des Militärs, nun hat sich die Bundesregierung unter dem Deckmantel des Krieges endgültig für Großmachtpolitik und massive Aufrüstung entschieden. Deutschland hätte damit den größten Kriegshaushalt in der EU und den drittgrößten weltweit – nach den USA und China. Auch die USA und die anderen NATO-Länder haben massive Aufrüstungsprogramme beschlossen. China nimmt für sich in Anspruch, eine Armee zu haben, die der Größe des Landes angemessen ist und hat seine Rüstungsausgaben in den letzten Jahren auch gesteigert. Dies sichert nicht nur der Rüstungsindustrie weltweit Rekordaufträge und -gewinne, sondern macht Aufrüstung und Krieg als Mittel der Politik endgültig wieder zur Normalität.

„Der Kapitalismus trägt den Krieg in sich wie die Wolke den Regen“, dieses Zitat des

1914 ermordeten französischen Sozialisten Jean Jaurès ist nach wie vor gültig. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion sahen sich die USA als die einzige imperialistische Weltmacht. Aber Russland und vor allem China haben sich inzwischen auch zu imperialen Mächten entwickelt. China hat das Bruttoinlandsprodukt der USA und der EU nicht nur eingeholt, sondern überholt und mit seinem Projekt der neuen Seidenstraße eigene Einflussgebiete abgesteckt. Die USA wollen ihre Welthegemonie ökonomisch und vor allem durch ihren Militärapparat und das militärische Bündnissystem NATO absichern. Sie haben die NATO schon lange gegen Russland und China in Stellung gebracht, auch die EU rüstet im Pazifik auf. Es geht um geostrategische Einflusszonen. Bei einer weiteren Zuspitzung der internationalen imperialistischen Konflikte und dem riesigen Arsenal an Atom- und anderen Waffen ist nicht auszuschließen, dass selbst lokal begrenzte Kriege irgendwann zu einem Weltkrieg und auch Atomkrieg führen. Der Krieg in der Ukraine und die Aufrüstungspläne befeuern auch die Klimakatastrophe als existenzielle Bedrohung der Menschheit.

Internationale Solidarität.

Die Antwort linker Antikapitalist*innen kann nur sein: Internationale Solidarität statt gegenseitiges Abschlagen. Wir setzen uns dafür ein, dass das militärische Gemetzel, die Bombardierungen und das Töten der Zivilbevölkerung sofort aufhören und die Zerstörung der sozialen Infrastruktur gestoppt werden. Wir dürfen nicht zulassen, dass die NATO und der Westen die Ukraine bis zum letzten wehrfähigen Ukrainer verteidigen lassen und der russische Generalstab das Sterben tausender Soldat*innen in Kauf nimmt. Wir dürfen nicht zulassen, dass immer mehr Menschen auf beiden Seiten der Front für die Interessen des Kapitals sterben.

Wir haben kein Vertrauen in kapitalistische Regierungen diesen Krieg zu beenden. Für uns liegen die Ursachen dieses und anderer Kriege auf der Welt im kapitalistischen System, das auf Ausbeutung, Profitmaximierung und Konkurrenzkampf beruht. Kriege sind letztlich die Fortsetzung des internationalen Konkurrenzkampfes um Rohstoffquellen, Absatzmärkte, Handelswege, Arbeitskräfte mit militärischen Mitteln.

Wir setzen deshalb auf den internationalen Widerstand der arbeitenden Bevölkerung. In Russland gehen Menschen trotz schärfster Repression gegen den Krieg auf die Straße. Belarussische Eisenbahner haben aufgrund eines Appells ukrainischer Gewerkschafter:innen, die Eisenbahnverbindung zwischen Belarus und der Ukraine gekappt, um den Nachschub von Truppen zu verhindern. Italienische Arbeiter am Flughafen Pisa haben sich geweigert Waffen für die Ukraine zu verlagern. Die Gewerkschaften könnten hier international koordiniert enormen Widerstand gegen den Krieg aufbauen. Kriege, Aufrüstung und Militarisierung weltweit zeige, dass es letztlich darum gehen muss, den Kapitalismus so schnell wie möglich abzuschaffen.

Wir betrachten es als eine wichtige Aufgabe der LINKEN, auf den Zusammenhang zwischen Kapitalismus und Kriege hinzuweisen und in der Antikriegsbewegung und ins-

besondere in den Gewerkschaften für anti-kapitalistische Positionen einzutreten.

Wir sprechen uns insbesondere gegen alle Versuche von Politiker*innen der Partei DIE LINKE aus, die friedenspolitischen Grundsätze des Erfurter Programms zu relativieren, weil diese angesichts des russischen Einmarschs in die Ukraine angeblich nicht mehr zeitgemäß seien. Wir brauchen in der Linkspartei keine neue Debatte über mehr Aufrüstung, sondern konsequente Abrüstung ist das Gebot der Stunde. Wir müssen auch nicht unser Verhältnis zur NATO neu überdenken, sondern es ist nach wie vor unabdingbar, wie es im Erfurter Programm gefordert wird, die NATO als ein Instrument des kalten Krieges aufzulösen.

Der beste Garant für Frieden ist der internationale Kampf für Abrüstung und der Aufbau einer sozialistischen Arbeiter:innenbewegung.

Deshalb fordern wir:

- **Einen sofortigen Waffenstillstand und den Abzug aller russischen Truppen aus der Ukraine!**
- **Die sofortige Beendigung aller Waffenlieferungen und der verdeckten Beteiligung der NATO an dem Krieg!**
- **Schluss mit den Sanktionen!**
- **Friedensverhandlungen zwischen Russland und der Ukraine unter der Aufsicht der OSZE!**
- **Neutralität der Ukraine und Abbau der NATO-Infrastruktur in der Ukraine!**
- **Rückzug aller NATO-Soldaten aus Osteuropa und Stopp der NATO-Osterweiterung!**
- **Keine Aufrüstung der Bundeswehr – Deutschland raus aus der NATO!**
- **Solidarität und materielle Unterstützung für die Antikriegsbewegungen in Russland und der Ukraine!**
- **Für das Recht auf Selbstbestimmung der Bevölkerung der Ukraine sowie der Menschen in der Ostukraine und auf der Krim. Garantierte Rechte für alle Minderheiten, gegen jede Diskriminierung!**
- **Aufnahme aller Geflüchteten und Desertierenden!**
- **Auflösung des Azow-Bataillons und anderer bewaffneter rechtsextremer Einheiten in der Ukraine.**
- **Nein zur Hetze, Einschüchterung und Bedrohung von Menschen mit russischer Herkunft und Erhalt kultureller, gewerkschaftlicher und wissenschaftlicher Kontakte nach Russland und Belarus!**
- **Enteignung der Kriegsgewinnler: Rüstungs- und Energiekonzerne in Gemeineigentum unter demokratischer Verwaltung und Kontrolle. Absenkung der Energiepreise. Umstellung der Rüstungsindustrie auf sinnvolle gesellschaftliche Produktion!**
- **Kein Zurück zu den fossilen Energiesystemen und der Atomenergie. Beschleunigter Ausbau der nicht-fossilen Energieanlagen!**

Kapitalismus bedeutet Krieg, Umweltzerstörung und Armut



Grundsatztext der AKL, in mittlerweile vierter Auflage.

Eine Analyse der tiefgehenden Krise des Kapitalismus und einer EU, in der statt des Versprechens einer grenzenlosen Freiheit Faschismus und Nationalismus gedeihen. Als Alternative wird eine sozialistische Gesellschaft, aber auch der Weg dahin dargestellt: Eine LINKE, die in außerparlamentarischen Bewegungen zu Hause ist und in Stadtteilen und Betrieben verankert.

42 Seiten
Erhältlich über:
info@antikapitalistische-linke.de

Für eine kämpferische Kommunalpolitik – eine andere Kommune ist möglich



Sammelband zur Debatte um eine linke Kommunalpolitik auf dem Bielefelder LINKE-Parteitag im Juli 2015.

Wie kann auf kommunaler Ebene Widerstand gegen Sparpolitik organisiert werden, wie kommt man gegen sogenannte Sachzwänge an? Wie können Kommunen finanziell bessergestellt werden?

Außerdem dokumentiert: Eine Rede von Claus Ludwig auf dem Bielefelder LINKE-Bundesparteitag zur Kommunalpolitik.

26 Seiten
Erhältlich über:
info@antikapitalistische-linke.de

Nach Goldschätzen graben, Regenwürmer finden – Die Linke und das Regieren



Sollen sozialistische Parteien Koalitionen mit Sozialdemokraten und Grünen eingehen? Und wenn ja, unter welchen Bedingungen? Oder sollen Regierungsämter nur übernommen werden, wenn sie zum Sturz des kapitalistischen Systems eingesetzt werden können? Oder auch gar nicht?

Mit Beiträgen von Özlem Demirel, Sylvia Gabelmann, Thies Gleiss, Inge Höger, Ekkehard Lieberam, Lucy Redler, Bernd Riexinger, Sahra Wagenknecht und Janine Wissler. Erschienen im PapyRossa Verlag.

ISBN 978-3-89438-623-8
256 Seiten, 14,90 Euro

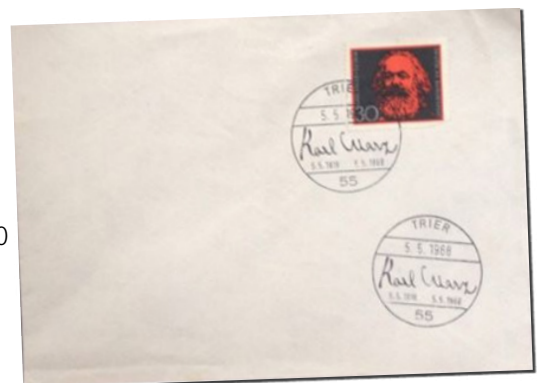
KONTAKT ZUR AKL:

Website:
www.antikapitalistische-linke.de

E-Mail:
info@antikapitalistische-linke.de

Für die AKL Spenden:
DIE LINKE. Parteivorstand
IBAN: DE38 1009 0000 5000 6000 00
BIC: BEVODEBB
Berliner Sparkasse
Kennwort „Antikapitalistische Linke“

Impressum:
V.i.S.d.P.: Inge Höger
Redaktionsschluss: 20.09.2023



Die Antikapitalistische Linke (AKL) ist eine politische Strömung in der Partei Die Linke. Sie besteht aus bewegungsorientierten Mitgliedern der Partei DIE LINKE, aber auch aus Parteilosen. Sie sieht sich als Brückenglied zwischen der Partei DIE LINKE und den außerparlamentarischen Bewegungen. Die AKL setzt sich für die weitere Stärkung des antikapitalistischen Profils der Partei DIE LINKE ein.